

Preußische Allgemeine



Nr. 19 · 8. Mai 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Tag der Erinnerung

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Doch die Menschen bewegt er bis heute.

Seiten 3, 8 und 11 sowie Sonderbeilage



Geschichte Andreas Baaders Fenstersprung und der Weg zur RAF **Seite 10**



Erinnerung Königsbergs legendäres Traditionslokal „Blutgericht“ **Seite 18**

„LOCKDOWN“

Die Politik gerät unter Zugzwang

Immer mehr Bürger hinterfragen angesichts der sinkenden Infektionszahlen die umfangreichen Maßnahmen zulasten ihrer Freiheit

VON HANS HECKEL

Der Unmut im Volk über die „Lockdown“-Maßnahmen wächst trotz zaghafter Lockerungen. Mittlerweile ist dies auch an den Umfragewerten der Parteien abzulesen. In den Zeiten der größten Verängstigung trieb die Corona-Furcht Wähler in Massen zum Regierungslager, insbesondere die Union profitierte heftig. Mittlerweile hat sich dieser Trend wieder umgedreht, zugunsten der Opposition.

In Stuttgart haben nach unterschiedlichen Informationen bis zu 7000 Menschen gegen die Einschränkung ihrer Bürgerrechte demonstriert, kommende Woche erwartet der Veranstalter 50.000 Teilnehmer. Versuche der Antifa, die Bürgerkundgebung zu stören oder gar zu sprengen, verliefen im Sande. Die Polizei führte die Linksextremisten weg. Auch andernorts gingen Bürger auf die Straße. In Pirna soll es sogar zu kleineren Rangeleien zwischen „Lockdown“-Gegnern und Beamten gekommen sein.

Für die etablierte Politik sind das alles bedrohliche Signale. Sie zeigen ihr, dass ihr Kurs tiefgreifend geändert werden muss, wenn die Stimmung nicht eskalieren soll. Bislang konnte sich derjenige Politiker der breitesten Zustimmung erfreuen, der besonders energisch auf Ein-

schränkungen und Kontrollen zulasten der Bürgerfreiheiten pochte. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) tat sich hier hervor, auch im Duell mit seinen NRW-Amtskollegen Armin Laschet von der CDU.

Doch seinem Machtkalkül folgend bereitet Söder offenbar den Seitenwechsel vor: Er attackiert das Robert-Koch-Institut (RKI), dass es „mal eine verlässliche Zahl“ herausbringen sollte, die den Politikern sage, wann es verantwortlich sei, „Dinge (sprich: Lockerungen) zu entscheiden“. Nachdem das RKI, bei allen seinen Hakenschlägen, stets betont hatte, genau dies nicht leisten zu können, nämlich Politikern quasi die Entscheidungsfindung abzunehmen, erscheint Söders Kritik wie der Versuch, den Schwarzen Peter loszuwerden. Jetzt, da sich der Wind dreht und seine bisherige Rolle als härtester „Lockdown“-Sheriff an Popularität einbüßt.

Söders Amtskollege Reiner Haseloff (CDU) aus Sachsen-Anhalt muss in dieser Strategie als Ärgernis erscheinen. Er hatte Lockerungen in seinem Land verkündet, ohne auf eine Art Anweisung aus dem RKI zu warten. Damit hat er bewiesen, dass Landespolitiker sehr wohl auf eigene Verantwortung aktiv werden können, was Söders Verweis auf das RKI wie einen Vorwand erscheinen lässt.

GELDPOLITIK

Das richtige Signal aus Karlsruhe

Mit seinem Urteil zum Staatsanleihekaufprogramm der EZB hat das Bundesverfassungsgericht der Europäischen Zentralbank endlich Grenzen gezogen

VON RENÉ NEHRING

Das Urteil ist ein Paukenschlag. In dem Verfahren über die Rechtmäßigkeit des Aufkaufs von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich das Bundesverfassungsgericht am Dienstag offen gegen die bisherige Praxis der Krisenmaßnahmen der EZB gestellt.

Eine Gruppe von Ökonomen und Unternehmern hatte gegen das 2015 von der EZB beschlossene Staatsanleihekaufprogramm (Public Sector Purchase Programme – PSPP) Verfassungsbeschwerden eingelegt, weil es gegen das Verbot der „monetären Staatsfinanzierung“ (Finanzierung aus der Notenpresse) verstoße und die Zentralbank somit ihre Kompetenzen überschreite (also „ultra vires“ agiere). Zudem hätten es Bundesregierung und Bundestag unterlassen, die Verhältnismäßigkeit der EZB-Maßnahmen zu prüfen und gegebenenfalls dagegen vorzugehen.

Zwar hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) 2018 entschieden, dass das PSPP nicht über das Mandat der EZB hinausgehe. Doch haben nun die Karlsruher Richter mit ihrem Beschluss festgestellt, dass die PSPP-Beschlüsse der EZB durchaus als Ultra-vires-Maßnahmen zu werten sind – und die Zentralbank somit ihre Kompetenzen überschritten hat.

Desweiteren hat das Verfassungsgericht festgehalten, dass deutsche Verfassungsorgane und Behörden weder am Zustandekommen noch an der Umsetzung von Ultra-vires-Akten mitwirken dürfen und dass sie dazu verpflichtet sind, im Falle offensichtlicher Kompetenzüberschreitungen durch EU-Institutionen auf die Aufhebung dieser Maßnahmen hinzuwirken. In diesem Sinne gaben die Richter der Bundesregierung und der Bundesbank auf, binnen drei Monaten die Verhältnismäßigkeit des EZB-Staatsanleihekaufprogramms zu prüfen und darzulegen. Bis dahin ist der deutschen Notenbank die weitere Mitwirkung am PSPP untersagt.

Auch wenn Beobachter davon ausgehen, dass es der EZB leichtfallen dürfte, die Verhältnismäßigkeit des PSPP zu belegen und somit doch die Erlaubnis zu dessen Fortsetzung zu bekommen, hat das Urteil von Karlsruhe weitreichende Folgen. Zum einen gilt die von Mario Draghi 2012 geäußerte Ankündigung, die EZB werde alles Notwendige unternehmen, um den Euro zu retten („whatever it takes“), eben nicht unbegrenzt. Zudem hat Karlsruhe mit seinem Hinwegsetzen über das zwischenzeitige Urteil des EuGH festgestellt, dass die Europäische Union trotz ihrer voranschreitenden Integration noch immer ein Staatenbund souveräner Nationen ist – und kein Bundesstaat.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Der Hauptstadtflughafen BER startet bereits als „akuter Sanierungsfall“ **Seite 5**

Kultur

Vor 150 Jahren wurde der „Rinnsteinkünstler“ Hans Baluschek geboren **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Ostpreußen droht die größte Dürre seit mehr als einem Jahrhundert **Seite 13**

Lebensstil

Vor 300 Jahren wurde der Lügenbaron Münchhausen geboren **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer neuen Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Hotel und Gastronomie Diese Branche ist durch die staatlichen Maßnahmen gegen Corona besonders betroffen. Allerdings plagen den Wirtschaftszweig daneben diverse andere, ältere, strukturelle Probleme

Der Abwärtstrend begann schon früher

Was neben dem „Lockdown“ sonst noch zur aktuellen Krise in der Branche beiträgt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Laut Aussage der Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA), Ingrid Hartges, könnten aufgrund der Corona-Krise bis zu 70.000 Beherbergungsunternehmen und Restaurants hierzulande Konkurs anmelden. Das wäre ungefähr ein Drittel aller derzeit existierenden Betriebe. Noch düsterere Szenarien malt der stellvertretende DEHOGA-Bezirksvorsitzende von Unterfranken, Thomas Dauenhauer. Die gesamte Branche sei bereits jetzt am Ende, und das werde gravierende Konsequenzen haben. „Falls Sie glauben, dass irgendjemand in diesem Sommer oder Herbst in einem Biergarten sitzen wird: Vergessen Sie es.“ Und tatsächlich ist die Lage im Hotel- und Gaststättengewerbe dramatisch.

Viele Probleme sind hausgemacht

Die wegen der Corona-Pandemie verordneten flächendeckenden Schließungen trafen viele Wirte und Hoteliers gerade zum ersehnten Ende der winterlichen Durststrecke vor Saisonbeginn. Nun sitzen sie auf ihren perspektivisch angeschafften Vorräten und müssen Umsatzeinbrüche von bis zu 100 Prozent hinnehmen. Zugleich fallen die Fixkosten für Miete oder Pacht sowie Strom für die Kühlanlagen weiter an. Und wer sich gegen all dies mit einer Betriebsschließungsversicherung zu wappnen versucht hat, darf jetzt erleben, wie nicht wenige Assekuranzen die Schadenregulierung unter fadenscheinigen Begründungen verweigern. So unter anderem der, dass SARS-CoV-2 doch „ein ganz neuartiges“ Virus und deshalb kein versichertes Risiko sei.

Inzwischen gab es bereits erste große Pleiten. Unter anderem waren die Restaurantketten Vapiano und Maredo gezwungen, Insolvenz anzumelden. Im Falle Vapianos sind davon 230 Betriebe mit 10.000 Mitarbeitern in über 30 Ländern betroffen.

Das Beispiel Vapiano zeigt, dass die Corona-Krise oft nur der berühmte letzte Tropfen ist, der das Fass zum Überlaufen bringt. Das Unternehmen hatte jahrelang eine aggressive Expansionsstrategie verfolgt, was am Ende zur finanziellen Überlastung führte. Und so verhält es sich auch in vielen anderen Fällen. Die Hotel- und



Nicht untypisch für die Probleme der Branche: Das Berghotel Bastei

Foto: Mauritius

Gaststättenbranche kämpft schon seit Längerem mit hausgemachten oder vom Staat verursachten Problemen. Beispielsweise sind manche Betriebsinhaber schlichtweg unfähig, adäquat auf veränderte Kundenwünsche einzugehen und aus

den Rückmeldungen der Gäste im Internet die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Ebenso befinden sich unter ihren Mitarbeitern nicht nur engagierte Fachkräfte, sondern auch viele demotivierte, weil schlecht bezahlte Personen.

Der Staat wiederum drangsaliert Hotels und Gaststätten mit ständig neuen gesetzlichen Vorschriften vom Brandschutz bis hin zu Rauch- und anderen Verboten sowie ausufernden Dokumentationspflichten. Dadurch entstehen erhebliche Mehrkosten. Dazu kommen kommunale Bettensteuern sowie Abgaben für die Nutzung von Freiflächen, deren Höhe ständig steigt. Gleichzeitig schmälern die explodierenden Energiekosten den Gewinn.

Auch der Staat ist nicht schuldlos

Infolge all dessen setzte bereits Mitte der 1990er Jahre ein allgemeines Hotel- und Gaststättensterben ein. Seitdem hat jeder zweite Restaurant- oder Kneipen-Betreiber aufgegeben. Nicht ganz so dramatisch verlief die Entwicklung in der Hotelbranche. Doch schlossen allein zwischen 2005 und 2016 um die 3500 Beherbergungsbetriebe – das waren knapp 14 Prozent des Gesamtbestandes. Der Abwärtstrend begann also auch hier lange vor der Corona-Krise.

Kurzporträts



Die DEHOGA-Hauptgeschäftsführerin **Ingrid Hartges** fordert einen staatlichen Rettungsfonds für die angeschlagene Hotel- und Gastronomiebranche



Nach Meinung des DEHOGA-Vizechefs von Unterfranken, **Thomas Dauenhauer**, hat die Gastronomie und Hotellerie in Deutschland keine Zukunft mehr



Martin Dulig ist in Sachsen Vorsitzender der SPD, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und seit 2014 Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

SACHSEN

Ein Gutachten für den Freistaat mit nationaler Bedeutung

Die BBE Handelsberatung GmbH Leipzig hat bereits vor der „Lockdown“-Krise die Lage der Branche analysiert

Wo die konkreten Probleme im deutschen Hotel- und Gaststättengewerbe liegen, die der Branche bereits vor Ausbruch der Corona-Pandemie zu schaffen machten, ergibt sich aus einer Studie der BBE Handelsberatung GmbH Leipzig vom Juli 2018 im Auftrag des schon damals von Martin Dulig (SPD) geführten Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Das Papier analysiert den damaligen Ist-Zustand und das Entwicklungspotenzial der Betriebe in Sachsen vor dem Hintergrund der bundesweiten Gegebenheiten. Dabei kommt deutlich zum Ausdruck, dass die sächsischen Verhältnisse denen in anderen Bundesländern gleichen und somit verallgemeinerbar sind.

In der „Studie zum betriebswirtschaftlichen Ist-Zustand des Hotel- und Gaststättengewerbes nach Betriebsarten und Betriebsgrößen mit Bewertung des zukünftigen Entwicklungs- und Investitionspotenzials im Freistaat Sachsen 2017“ heißt es: „Die gute Umsatzperformance der Branche darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Ertragskraft der Unternehmen keine durchdringenden Verbesserungen zu verzeichnen sind. Die wesentlichen Ursachen liegen in steigenden Personalkosten sowie Warenkosten begründet.“ Danach heißt es: „Die Sicherung der Unternehmensnachfolge gestaltet sich weiterhin als großes Problem.“ Das gelte auch für attraktive Objekte in Tourismusregionen.

Auffallend sei zudem, „dass die Branche von einem immer härteren Wettbewerb gekennzeichnet ist“. Dieser führe ebenso zu verstärkten Investitionen wie neue gesetzliche Auflagen: „Die Anteile investierender Unternehmen sind ... signifikant gestiegen.“ Zwischen 2013 und 2017 hätten 94 Prozent aller Hotels und 78 Prozent der Gastronomiebetriebe Modernisierungen durchgeführt. Bei den Hotels ermittelten die Unternehmensberater ein durchschnittliches Investitionsvolumen von 309.000 Euro und bei den Restaurants von 98.000 Euro.

Das Geld stamme fast vollständig aus Eigenmitteln, was auf ein Aufzehren der vorhandenen Rücklagen hinauslaufe. Die-

„Die Sicherung der Unternehmensnachfolge gestaltet sich weiterhin als großes Problem“

BBE Handelsberatung GmbH
Leipzig

se Art der Finanzierung resultiere aus dem „problematischen Zugang der Branche zum Fremdkapitalmarkt“ aufgrund der häufigen Insolvenzen, die potenzielle Kreditgeber zur Vorsicht gemahnten.

So meldeten allein 2017 100 Gastronomie-Unternehmer und neun Hotelbetreiber in Sachsen Insolvenz an. Und dann wäre da noch der Mitarbeiter- beziehungsweise Fachkräftemangel und der bürokratische Aufwand, der immer mehr zunehme und sich „für manche Betriebe zu einem existenziellen Risiko entwickelt“ habe. Denn er mache Einschränkungen beim Leistungsangebot nötig, was wiederum auf den Umsatz drücke.

W.K.

BERGHOTEL BASTEI

Ein Beispiel für die Misere

Der Bastei-Felsen in knapp 200 Metern Höhe über dem Elbstrom in der Sächsischen Schweiz ist die meistfrequentierte Sehenswürdigkeit in sämtlichen Nationalparks Deutschlands. Hier tummeln sich mittlerweile um die 1,8 Millionen Touristen pro Jahr. Das macht das in unmittelbarer Nähe befindliche Bastei-Hotel samt Panorama-Gaststätte und Biergarten zu einer Goldgrube ersten Ranges, denn etwa jeder fünfte Besucher nutzt die Gelegenheit zur Einkehr.

Trotzdem kämpfen die neuen Inhaber der Berghotel Bastei GmbH, Petra Reiß-Morgenstern und Kai Reiß, welche das Objekt erst im Vorjahr für einen Kaufpreis von mehreren Millionen Euro übernommen haben, derzeit mit drückenden wirtschaftlichen Problemen infolge der Corona-Krise. Zwar wurden die rund 100 Mitarbeiter auf Kurzarbeit Null gesetzt, aber für die zwölf Lehrlinge sind weiterhin monatlich 12.000 Euro fällig. Dazu kommen Stromkosten für das Kühlhaus und den derzeitigen Notbetrieb sowie die Raten zur Tilgung des mit Sicherheit ziemlich hohen Kredits zum Erwerb des Betriebes.

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Denn die Situation auf der Bastei fing auch schon vor der Corona-Pandemie und den dadurch bedingten Schließungen an, prekär zu werden. So klagten die Gäste zunehmend über die veraltete Einrichtung des Hotels, das nicht sonderlich gute Preis-Leistungsverhältnis und die mangelnde Kundenorientierung, die sich unter anderem in der kleinlichen Erhebung von Toilettengebühren innerhalb des Restaurants zeige. Dazu gab es Probleme mit der Wasserversorgung. Der vorherige Inhaber musste 2018 Trinkwasser in Tankwagen heranholen, um den Betrieb trotz versandeter Brunnen aufrechtzuerhalten. Außerdem wurde das absolute Glanzstück des gesamten Bastei-Komplexes, nämlich die spektakuläre Aussichtskanzel ganz vorn am Felsriff, im Jahre 2016 wegen fortschreitender Verwitterung des Sandsteins auf unabsehbare Zeit gesperrt.

W.K.

Die Paradoxie eines Gedenktags

Wie hältst du es mit dem 8. Mai? So lautet die seit Jahrzehnten umstrittene Gretchenfrage der deutschen Erinnerungspolitik. Eine allgemein zufriedenstellende Antwort gibt es kaum. Letztendlich hängt das Urteil immer vom jeweiligen Standpunkt ab

VON BURGHARD GIESELER

In diesen Tagen begehen wir den 75. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1945. Über die Deutung dieses Datums ist in den vergangenen Jahrzehnten heftig gerungen worden. In jüngster Zeit wurde die Forderung, den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ zum staatlichen Feiertag zu erklären, immer vehementer erhoben. Die deutsche Hauptstadt Berlin hat ihn – als einziges Bundesland – anlässlich des runden Jahrestages tatsächlich zum einmaligen Feiertag bestimmt.

Die pauschale Bezeichnung „Befreiung“ zu hinterfragen ist erkennbar unerwünscht. Wer es dennoch tut, muss sich zunehmend rechtfertigen. Da aber das kritische Hinterfragen in einer Demokratie nicht nur erlaubt, sondern notwendig ist, sei hier dennoch die Frage gestellt: Ist der 8. Mai ein Tag der Befreiung?

Eine Frage des Standpunkts

Die Antwort lautet: ja und nein – und hängt wesentlich davon ab, aus welcher Perspektive und unter welchem Gesichtspunkt man diesen Tag betrachtet. Wenn wir den 8. Mai aus heutiger Perspektive rückblickend bewerten, ja, dann war er die Befreiung von dem verbrecherischen NS-Regime, das für Holocaust, Gewaltherrschaft, Krieg steht – und damit letzten Endes auch für den Verlust der deutschen Ostprovinzen verantwortlich war. Wir, die wir heute leben, sind dankbar dafür, dass wir nicht unter einem Regime leben müssen, das Menschen in Konzentrationslagern interniert und sie dort umbringen lässt und das seine Nachbarn mit Krieg überzieht.

Wenn wir den 8. Mai aber aus damaliger Perspektive historisch betrachten, nein, dann war er für die meisten Deutschen und auch für unsere östlichen Nachbarn, die unter stalinistische Zwangsherrschaft kamen, keineswegs eine Befreiung.

Mit dem Wort „Befreiung“ verbinden wir Bilder von KZ-Insassen, die, halb verhungert und völlig entkräftet, aus müden Augen ihren Befreier fassungslos, aber voller Dankbarkeit entgegenblicken oder – etwa bei der Befreiung von Paris – von alliierten Soldaten mit Blumen am Stahlhelm, die von ihren Fahrzeugen herab einer dankbar jubelnden Menge fröhlich zuwinken.

So war es in Ostpreußen nicht. Im Gegenteil. Im Januar 1945 brach über Ostpreußen und den gesamten deutschen Osten die Hölle auf Erden herein. Viele von denjenigen, die nicht rechtzeitig hatten fliehen können oder deren Treck überrollt worden war, wurden getötet, die Mädchen und Frauen wurden – oft mehrmals – vergewaltigt. Nicht zuletzt markiert der 8. Mai für die meisten Ostpreußen den schmerzhaften Verlust ihrer Heimat.

Schuldfragen

Von diesem und anderem Leid unserer Landsleute ist heute wenig bis gar nichts mehr bekannt. Die Fokussierung der deutschen Erinnerungspolitik auf die von Deutschen begangenen Kriegsverbrechen hat dazu geführt, dass von deutschen Opfern – zum Beispiel den Toten des alliierten Luftkriegs – kaum noch die Rede ist. So konnte es geschehen, dass in den letzten Jahren das Totengedenken am Jahrestag der Zerstörung Dresdens von Linksextremisten mit Parolen wie „Bomber-Harris, do it again!“ oder „Deutsche sind keine Opfer, sondern Täter!“ regelmäßig gestört wird. Ein Aufschrei der Empörung war in Politik und Medien leider kaum zu vernehmen.

Eine deutsche Kollektivschuld aber (wie sie derartige Parolen unterstellen) gibt es nicht. Schuld ist niemals kollektiv, sondern immer individuell und setzt eine bewusste Willensentscheidung zwischen „Gut“ und „Böse“ voraus. Zwar kann der Einzelne sich



„... erlöst und vernichtet in einem“: Flüchtlinge aus dem Osten 1945 am Brandenburger Tor in Berlin

Foto: AKG images

auch dadurch schuldig machen, dass er einem verbrecherischen Kollektiv beiträgt (oder nicht aus ihm austritt), aber niemand wird dadurch schuldig, dass er in ein bestimmtes Volk hineingeboren wird oder ihm angehört.

Natürlich gibt es auch Abstufungen der Schuld. Sonst wäre im Strafrecht für jedes Vergehen nur eine einzige Strafe notwendig. Diejenigen, die den Holocaust befahlen und durchführten, haben sich in ganz anderer Weise schuldig gemacht als diejenigen, die wegschauten, wo sie hätten hinschauen müssen, die schwiegen, wo ein mutiges Wort notwendig gewesen wäre. Gleichwohl haben sich auch diese schuldig gemacht. Aber eben durch ihr Wegschauen, durch ihr Schweigen – und nicht dadurch, dass sie Deutsche waren.

Kürzlich habe ich einen Erlebnisbericht gelesen, dessen Verfasser bei der Flucht aus Ostpreußen zehn Jahre alt war. Welche Schuld, frage ich, hatte dieses Kind auf sich geladen, das immer wieder mit ansehen musste, wie seine Mutter vergewaltigt wurde? Dieser Junge steht stellvertretend für alle

Kinder, die auf der Flucht schier Unvorstellbares haben erleiden müssen.

Die Haltung der Alliierten

Und im Westen? Die alliierte Luftflotte bombardierte im Frühjahr 1945 die Städte über dem immer kleiner werdenden Reichsgebiet, das noch nicht erobert war, bis kurz vor deren Kapitulation, als diese Angriffe militärisch schon längst sinnlos waren. Ihr alleiniges Ziel war es nur noch – das muss man so klar sagen – zu zerstören und zu töten. Und selbst nach der Eroberung ging das Zerstören mitunter weiter. So wurde beispielsweise die Stadt Friesoythe in Nordwestdeutschland nach der Einnahme durch die Kanadier und nach Beendigung der Kampfhandlungen vollständig zerstört.

Die Haltung der Westalliierten macht die aus dem April 1945 stammende Direktive 1067 an die amerikanischen Streitkräfte deutlich, in der es heißt: „Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegt Feindstaat.“

„Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern“

Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 8. Mai 1985

Selbstverständlich war der 8. Mai 1945 für alle Verfolgten des NS-Regimes durchaus eine Befreiung, und er war, wenn man so will, auch eine Befreiung aller Deutschen und Europäer vom Zweiten Weltkrieg. Es wurde nicht mehr geschossen, es fielen keine Bomben mehr. Aber es wurde noch lange Zeit gestorben.

Das Sterben ging weiter

Besonders schwer hatte es die deutsche Bevölkerung getroffen, die im nördlichen Ostpreußen unter sowjetische Herrschaft gekommen war. 80 Prozent aller dort verbliebenen Deutschen starben an Hunger. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das furchtbare Schicksal der ostpreußischen Hungerkinder. Erinnert sei aber auch an alle Kriegsgefangenen und Verschleppten, die in den sowjetischen Arbeitslagern noch bis 1955 elendig an Unterernährung, Kälte und Entbehrung zu Grunde gingen.

Am 8. Mai 1945 lag unser Land in Trümmern. Millionen Menschen waren ausgebombt oder heimatlos. Kaum eine Familie, in der man nicht um den Sohn, den Bruder, den Ehemann weinte. Viele hatten im Krieg körperliche oder seelische Wunden davongetragen, die ihnen, sofern sie nicht an diesen Wunden zerbrachen, noch lange Schmerzen bereiteten – sogar bis heute.

Aber nicht nur die äußere Welt war zerstört – auch die innere. Alles, wofür die Deutschen so lange gekämpft und gelitten hatten, lag nun in Trümmern. Nichts galt mehr. Sie mussten schmerzhaft begreifen, dass sie geirrt hatten und einem Verbrecher gefolgt waren. Viele taten sich mit dieser Einsicht noch lange schwer.

Kein Datum für pauschale Aussagen

Der 8. Mai eignet sich in seiner Vielschichtigkeit nicht für pauschale und undifferenzierte Etikettierungen. Diejenigen, die heute lautstark dafür plädieren, dieses Datum als „Tag der Befreiung“ zu feiern, berufen sich dabei gern auf den früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und dessen Rede im Jahr 1985, in der dieser den 8. Mai 1945 als „einen Tag der Befreiung“ bezeichnete.

Doch – und das ignorieren gern all jene, die sich auf Weizsäcker beziehen – der Bundespräsident sagte damals auch: „Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern.“ Und weiter: „Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, dass Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche vor dem geschenkten neuen Anfang.“ Letztendlich war der 8. Mai für Weizsäcker ein Tag des Gedenkens an alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft – unabhängig von ihrer Nationalität. Und ein Tag des Nachdenkens über die Frage: „Wie konnte all das nur geschehen?“

Das Denkwürdige an all den Debatten der Deutschen über einen angemessenen Umgang mit dem Datum des Kriegsendes ist, dass die wohl trefflichste Formel bereits formuliert worden ist, noch bevor die Bundesrepublik gegründet worden war. Am 8. Mai 1949, noch bevor er zum ersten Bundespräsidenten gewählt wurde, sagte Theodor Heuss in einer Rede vor dem Parlamentarischen Rat: „Im Grunde bleibt dieser 8. Mai die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.“

● Burghard Gieseler ist Studiendirektor und war u.a. von 2004 bis 2014 Landesvorsitzender des Niedersächsischen Altphilologenverbandes. Seit 2016 ist er Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V.

● MELDUNGEN

Staatsanwalt ohne Maske

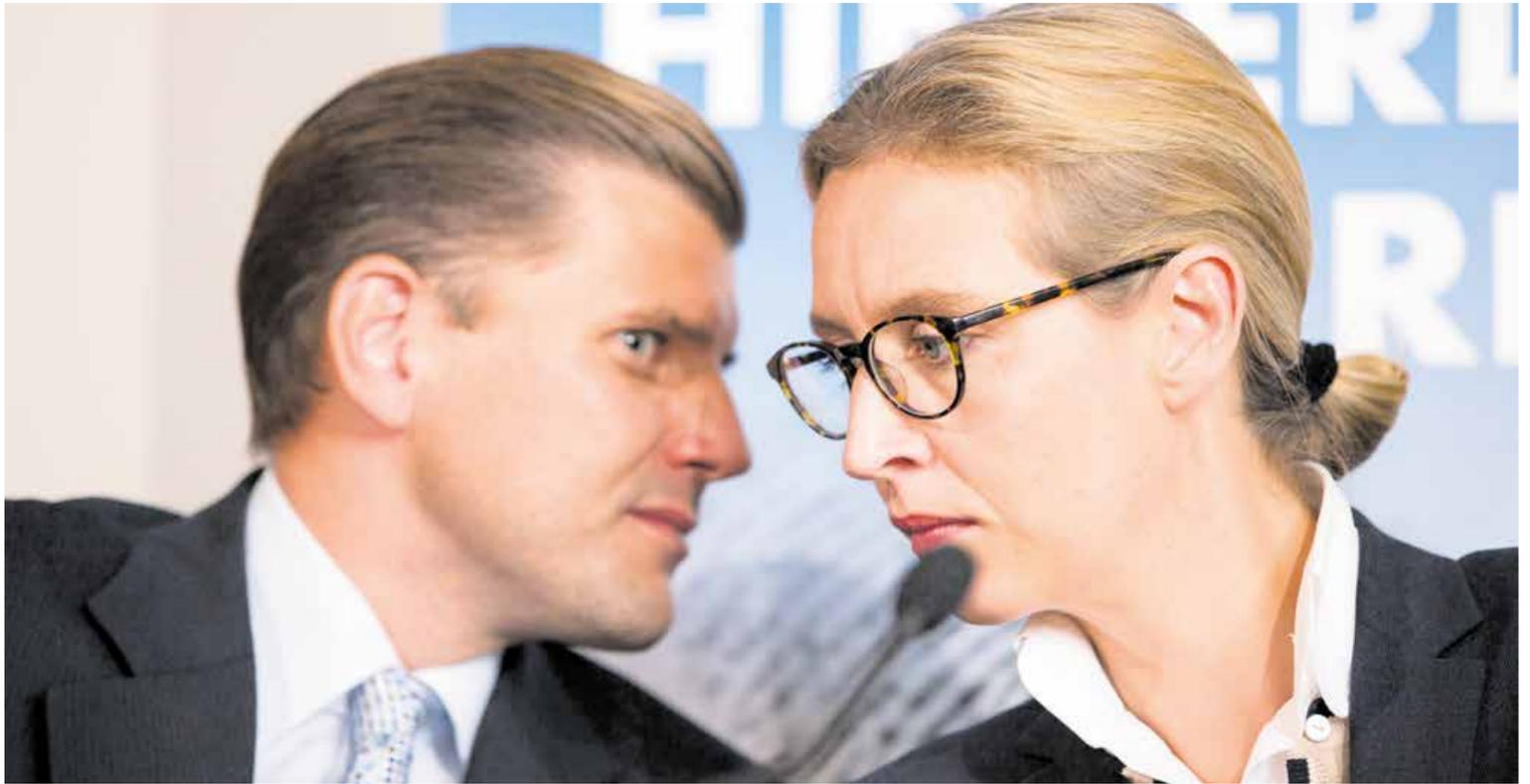
Brandenburg/Havel – Weil ein Potsdamer Staatsanwalt sich mehrfach weigerte, eine Mund-Nasenschutzmaske zu tragen, sind am Amtsgericht Brandenburg zwei Prozesstermine aufgehoben worden. Nach Angaben der Direktorin des Amtsgerichtes besteht an dem Gericht zwar keine generelle Maskenpflicht, allerdings hat jeder Richter im Sitzungssaal das Hausrecht. Im konkreten Fall hatte die Vorsitzende Richterin eine Maskenpflicht in dem Sitzungssaal angeordnet. Wilfried Lehmann, der Leitende Oberstaatsanwalt, sagte zu dem Vorfall, die sitzungspolizeilichen Anordnungen der Richter seien grundsätzlich zu befolgen, jedoch sei es auch nicht verboten, die Anordnung kritisch zu hinterfragen. Weiter sagte der Leitende Oberstaatsanwalt, er „würde im Prozess schon gerne das Gesicht eines Zeugen sehen“. Die Staatsanwaltschaft in Potsdam kündigte an, den Vorfall am Amtsgericht Brandenburg hausintern überprüfen zu wollen. N.H.

Anträge fast alle geprüft

Berlin – Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, hat bekannt gegeben, dass laut Bundesverwaltungsamt annähernd 97 Prozent der Anträge auf eine Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche zivile Zwangsarbeiter, die bis Ende 2017 gestellt werden konnten, überprüft worden sind. Insgesamt waren 46.851 Anträge bei der Behörde eingegangen. 37.998 Antragstellern wurde eine Anerkennungsleistung bewilligt, 6.383 Anträge wurden abgelehnt und 1378 stehen noch zur Prüfung an. Das Bundesverwaltungsamt will die noch offenen Anträge schnell bearbeiten, da die Betroffenen in der Regel über 80 Jahre alt sind. Fabritius lobte, dass die Bundesregierung mit der Anerkennungsrichtlinie für ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter das Unrecht und das Schicksal der Betroffenen anerkannt habe, wenn auch die Anerkennungsleistung sie nicht annähernd für das ihnen widerfahrene Leid entschädigen könne. MRK

„E-Fuel“ nicht vorgesehen

Berlin – Auf je eine Kleine Anfrage der FDP- und der AfD-Fraktion bezüglich der Nutzungsmöglichkeiten alternativer Kraftstoffe für die Teile des Verkehrs, die nicht vollständig direkt elektrifiziert werden können, antwortete die Bundesregierung, dass ökologische und ökonomische Erwägungen berücksichtigt und die Klimabilanz „sektorübergreifend betrachtet werden“ müsse. Die FDP-Fraktion hatte nach der Rolle von biologisch wie synthetisch hergestellten Kraftstoffen für den Personen- und den Güterverkehr auf der Straße sowie den Luft- und Schiffsverkehr gefragt, die AfD-Fraktion speziell nach der Freigabe von reinem paraffinischem Dieseldieselkraftstoff, sogenanntem E-Fuel, für neue Fahrzeuge. Hierzu sagte die Regierung, dass E-Fuel konventionellem Diesel bis zu 26 Prozent beigemischt werden könne, die Zulassung von reinem paraffinischem Dieseldieselkraftstoff derzeit aber nicht vorgesehen sei. MRK



Der inzwischen freigestellte Leiter der Pressestelle und die Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion: Christian Lüth und Alice Weidel

Foto: pa

AFD

Die Partei übt weiter Selbstbeschäftigung

Das Fehlen einer Linie in der Corona-Frage ist nur eines der Probleme der Alternative für Deutschland

VON PETER ENTINGER

In der AfD gehörte Christian Lüth quasi zum Inventar. Der Pressesprecher überlebte die Gründungsriege um Bernd Lucke, überstand auch den Austritt von Frauke Petry. Nun ist er selbst gestürzt. Der 43-jährige Familienvater bezeichnete sich in einem Whats-App-Chat mit einer Frau laut „Zeit Online“ als Faschist und soll mit Bezug auf seinen Großvater von seiner „arischen“ Abstammung gesprochen haben. Bei der Frau handelte es sich offenbar um eine Bewerberin für eine Stelle in der AfD-Bundestagsfraktion, deren Pressestelle Lüth bis zur vergangenen Woche geleitet hat. Er galt lange als Vertrauter des Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland, der gemeinsam mit Alice Weidel die Fraktion führt.

Und in dieser ist die Stimmung ziemlich schlecht. Seit Wochen liegt die AfD in Meinungsumfragen deutlich unter ihrem Wert der Bundestagswahl 2017. Während die Werte in den mitteldeutschen Ländern auf hohem Niveau stagnieren, befindet sich die Partei in einigen westdeutschen Ländern im freien Fall. Nur noch sechs Prozent würden derzeit die Partei in Bayern und Nordrhein-Westfalen wählen, in

Schleswig-Holstein wären es sogar nur vier Prozent.

„Das ist eine Momentaufnahme. In der Stunde der Corona-Krise sind die Regierenden stark. Ich mache mir keine Sorgen“, verkündete der Bundessprecher Jörg Meuthen, der zum Gesicht der Krise zu werden droht. Vor Wochen brachte der Wirtschaftswissenschaftler eine Spaltung der Partei ins Spiel, um sich vom rechten Flügel abzugrenzen. Die deutliche Mehrheit im Parteivorstand um seinen Co-Vorsitzenden Tino Chrupalla ging auf Distanz. Um Meuthen wird es einsam. Als Einziger des engen Führungszirkels gehört der Europaabgeordnete nicht der Bundestagsfraktion an.

Pressesprecher Lüth freigestellt

Dort rang man zuletzt um eine einheitliche Linie in Sachen Corona. Während Weidel früh vor den Gefahren einer Pandemie warnte, verspotteten andere Abgeordnete das Virus als „eine Art Schnupfen“. Nun versucht sich die Partei als Anti-Shutdown-Partei zu inszenieren. Doch das gelingt nur bedingt. Kommunikationsexperten haben herausgefunden, dass die Interaktionen auf den Social-Media-Kanälen der Partei zuletzt um die Hälfte zurückgingen, ob-

wohl die Partei so aktiv wie nie gewesen sei.

Wie das Zweite Deutsche Fernsehen berichtet, sei vielen in der Fraktion der Corona-Kurs der Vorsitzenden Weidel lange Zeit zu defensiv gewesen. Sie verhalte sich, so ein Fraktionsmitglied, wie ein „Schoßhund der Regierung“. Nun ist Weidel auf den Mehrheitskurs umgeschwenkt, unterstützt die Forderungen nach einem sofortigen Ende der Corona-Maßnahmen. Die 41-Jährige ist die Schlüsselfigur im aktuellen Machtkampf. Sie steht an der Spitze der Fraktion, ist stellvertretende Sprecherin der Bundespartei und führt den unruhigen Verband in Baden-Württemberg allein.

„Es wird ein Hauen und Stechen um die vorderen Listenplätze geben“

Ein AfD-Bundestagsabgeordneter gegenüber der PAZ

Dort wird ein Spitzenkandidat für die Landtagswahl im kommenden Frühjahr gesucht, der das Ergebnis von 2016, 15,1 Prozent, zumindest halbwegs halten kann. Wenige Wochen später dürfte die Landesliste zur Bundestagswahl gewählt werden. Weidel hat verdeutlicht, dass sie die nächste Bundestagsfraktion mit Chrupalla führen möchte, sollte Gauland aus Altersgründen verzichten. Meuthen, den es offenbar von Brüssel nach Berlin zieht, könnte eine Doppelspitze mit Beatrix von Storch anstreben. „Es wird ein Hauen und Stechen um die vorderen Listenplätze geben“, so ein Bundestagsabgeordneter gegenüber der PAZ. Vor allem, wenn absehbar sein sollte, dass die Mandatszahl unter der von 2017 liegen könnte.

Weidel spielt eine Schlüsselrolle

Das Machtgefüge im Ländle ist unübersichtlich, in Nordrhein-Westfalen und Bayern ist es vorsichtig formuliert chaotisch. In Schleswig-Holstein möchte sich die ausgeschlossene Vorsitzende Doris von Sayn Wittgenstein vor einem ordentlichen Gericht zurück in die Partei klagen, im Saarland kämpft der amtsenthobene Vorstand um Josef Dörr vor Gericht um sein politisches Überleben. Die Liste ließe sich fast beliebig fortsetzen.

DSCHIHAD

Neusser Exmuslim im Visier des IS

Fünf Asylsucher sollen die Ermordung des Islamkritikers Amir Masoud Arabpour M. geplant haben

Fünf verhaftete mutmaßliche Dschihadisten aus Tadschikistan, die sich als Asylsucher einen Aufenthalt in Deutschland verschafft hatten, planten Anschläge auf Einrichtungen der US-Streitkräfte und Einzelpersonen. Der christdemokratische Innenminister Nordrhein-Westfalens, Herbert Reul sprach diesbezüglich von „riesigen Dimensionen“. Geld für Waffen hatten sie sich durch einen Auftragsmord in Albanien beschafft. So standen scharfe Schusswaffen und Munition bereits in größerem Umfang der Terrorzelle zur Verfügung. Ihre Anweisungen erhielt sie offensichtlich direkt von der IS-Zentrale im syrischen Idlib in Syrien.

Laut dem nordrhein-westfälischen Innenminister hatten die Verdächtigen auch einen Mordanschlag auf eine in seinem Bundesland lebende Person geplant, die sich „aus Sicht der Beschuldigten islamkritisch in der Öffentlichkeit geäußert hatte“. Hierfür sei bereits seit Monaten das Umfeld des Islamkritikers ausspioniert worden. Später war im „Kölner Stadt-Anzeiger“ und in der „Jerusalem Post“ zu lesen, dass sich die Mordpläne gegen den in Neuss wohnhaften Islamkritiker Amir Masoud Arabpour M. richteten. Amir Arabpour ist ein zum Christentum konvertierter Ex-Muslim aus dem Iran, der aus eigener Erfahrung die Men-

talität und das Verhalten seiner ehemaligen Glaubensbrüder kennt. Vor allem auf Youtube hat er eigene Foren, auf denen er sich mit kritisch mit seiner ehemaligen Religion auseinandersetzt. Amir Arabpour wird nicht nur von radikalen Moslems gehasst. So sperrt Youtube immer wieder Videos von ihm, etwa zu dem Thema Inzest oder Pädophilie im Islam.

Bei Immigranten aus dem Iran wie Amir Masoud Arabpour stellt die Konversion zum Christentum inzwischen die meist genannte Begründung für einen Asylantrag dar. Auch bei den Herkunftsländern Afghanistan und Irak steigt die Zahl der mit einer Konversion begründe-

ten Asylanträge. In Berlin und Brandenburg gibt es bereits Teams aus Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die ausschließlich mit derart begründeten Anträgen befasst sind.

Während die Zahl der mit einer Konversion begründeten Asylanträge zunimmt, nimmt der Anteil derer, denen stattgegeben wird, ab. Offenbar wird im Bamf die Glaubwürdigkeit vieler Konversionen bezweifelt. Der IS hat da anscheinend weniger Zweifel. Dafür spricht zumindest sein Bemühen, Personen wie Amir Masoud Arabpour zu töten.

Bodo Bost

FLUGHAFEN

BER startet als „akuter Sanierungsfall“

Eindringliche Warnung von Experten überschattet die Erleichterung über die lang ersehnte Eröffnung

VON NORMAN HANERT

Mit der Erteilung einer Nutzungs freigabe für das Hauptterminal durch die Bauaufsichtsbehörde hat der neue Großflughafen BER eine weitere Hürde gemeistert. Nach 14 Jahren Bauzeit kann der neue Flughafen für die Region Berlin-Brandenburg nun endlich an den Start gehen.

Mittlerweile ist es acht Jahre her, dass die Flughafengesellschaft und der damalige Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) quasi im letzten Moment die Flughafeneröffnung abblasen mussten. Die Umzugsvorbereitungen vom alten Stadtflughafen Tegel und Schönefeld-Alt zum neuen BER liefen bereits auf Hochtouren, als Klaus Wowereit am 8. Mai 2012 überraschend ankündigte, dass der BER wegen ungelöster technischer Probleme nicht am 3. Juni in Betrieb gehen könne.

Auch eine daraufhin angepeilte Inbetriebnahme im März 2013 und im darauffolgenden Oktober platzten. Als ebenso unrealistisch stellten sich zwischenzeitlich genannte Eröffnungstermine in den Folgejahren heraus. Erst jetzt, acht Jahre, nachdem aus heiterem Himmel kleinlaut die groß angekündigte Eröffnungsfeier mit tausenden bereits geladenen Gästen abgesagt werden musste, hat der TÜV Rheinland alle Sicherheitsanlagen am neuen BER-Terminal abgenommen. Vor Kurzem hat nun auch die zuständige Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Dahme-Spreewald grünes Licht für die Nutzung des Hauptterminals gegeben.

Aufbruchssignal nach „Lockdown“

Engelbert Lütke Daldrup, der Chef des Flughafens, sieht in der Freigabe durch die Baubehörde und der damit möglich gewordenen Eröffnung am 31. Oktober auch ein Aufbruchssignal nach der „Lockdown“-Krise: „Die Eröffnung des BER kann in diesen Zeiten ein Signal dafür werden, dass es in der Hauptstadtregion wieder aufwärts geht und die Wirtschaft wieder auf die Füße kommt.“

Allerdings mischen sich bereits Zweifel in die Euphorie. Denn obwohl die baurechtliche Freigabe endlich vorliegt, sind nun erneut Warnungen vor den finanziellen Risiken des Projekts laut geworden.



„Dass die Wirtschaft auf die Füße kommt“: BER-Chief Engelbert Lütke Daldrup bleibt optimistisch Foto: imago images/Stefan Zeitz

Bereits der BER-Experte Frank Welskop hatte in einem Buch und auch im Interview mit dieser Zeitung (PAZ 25/2016) auf eine Rentabilitätslücke bei dem Projekt hingewiesen und vor einem finanziellen Desaster beim neuen Großflughafen gewarnt.

Dieser Tage haben Professor Hans Georg Gemünden von der TU-Berlin, der Finanzexperte Professor Harald Krehl sowie der Wirtschaftsprüfer Karl-Heinz Wolf eine neue Studie vorgelegt, in der die Flughafengesellschaft als Zuschussbetrieb und als „akuter Sanierungsfall“ bezeichnet wird. Laut den Wirtschaftsexperten müssen sich die drei Eigentümer Berlin, Brandenburg und der Bund beim BER nach den bisherigen Milliardenüberweisungen darauf gefasst machen, bis 2023 nochmals bis zu 1,8 Milliarden Euro an frischem Geld nachzuschießen. Ähnlich wie der Buchautor Frank Welskop sehen die Studienverfasser beim Flughafenstandort Berlin eine Einnahme- und Gewinnschwäche. Dem stünden hohe

Kosten für den BER gegenüber. Schon bis zur geplatzten Eröffnung im Jahr 2012 seien gut 2,4 Milliarden Euro in den Bau geflossen. Durch teilweisen Rückbau des Hauptterminals, Neubau und Finanzierungslasten sollen die Kosten mittlerweile auf weit mehr als 5,5 Milliarden angestiegen sein. Normalerweise ein Betrag, der für zwei neue Flughäfen dieses Zuschnitts gereicht hätte.

Defizit trotz Passagier-Rekord

Die drei Wirtschaftsexperten haben für ihre Untersuchung die Ergebnisse mehrerer deutscher Verkehrsflughäfen im Zeitraum von 2005 bis 2018 genauer angesehen: In diesem Vergleichszeitraum glänzten die Berliner Flughäfen bei den Passagierzahlen mit einem Plus von insgesamt fast 200 Prozent. Frankfurt/Main und München konnten zwar bei den Passagierzahlen nicht mit Berlin mithalten, dafür führen sie aber gute Gewinne ein. Die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg (FBB) musste allein seit der ab-

geblasenen Eröffnung des BER im Sommer 2012 laut der Untersuchung jedes Jahr mehr als 100 Millionen Euro allein an Zinszahlungen für die aufgenommenen Kredite aufwenden. Die Tilgungen schlugen zudem mit bis zu 75 Millionen Euro jährlich zu Buche. Laut der Analyse hat die Flughafengesellschaft seit dem Jahr 2006 in keinem ihrer Jahresberichte einen operativen Gewinn vor Steuern ausgewiesen. Bei Frankfurt, dem Primus der deutschen Flughäfen, addierten sich zwischen 2005 und 2018 dagegen die operativen Gewinne auf 2,9 Milliarden Euro.

Für die FBB ermittelten die Studienautoren für den Vergleichszeitraum im Kontrast dazu ein Minus von fast 1,6 Milliarden Euro. Damit die Flughafengesellschaft nicht in der Überschuldung und Insolvenz endet, muss sie nach Ansicht des Experten-Trios schnell und grundlegend saniert werden, damit der BER durch die hohen Zins- und Tilgungsbelastungen bald nach der Eröffnung nicht in die Insolvenz rutscht.

LINKE GEWALT

Den Tod des Opfers in Kauf genommen

1. Mai: Linksextremisten attackieren ein Team der ZDF-„heute show“ mit erschreckender Brutalität

Die Aufmärsche und Krawalle von Linksextremisten am 1. Mai wurden vom Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD) verboten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sagte bundesweit seine Kundgebungen zum 1. Mai ab. DGB-Chef Reiner Hoffmann begründete dies als „historisch einmalige Entscheidung“, die man „schweren Herzens“ treffe.

Auf seine schon traditionellen Gewaltorgien wollte das linksradikale Milieu jedoch nicht verzichten. In den sozialen Medien war von einer dezentralen Guerilla-Taktik die Rede: Auch und gerade in den Corona-Zeiten gebe es „mehr als genug Gründe, um auf die Straße zu gehen ... Demos, Dezentrales, Aktionen und Balkonien“ – es sei vieles „vorstellbar“.

Geisel musste sich Gegenstrategien ausdenken. Es ging um die Durchsetzung der vom Senat beschlossenen „Lock-

down“-Regeln. Tatsächlich gelang es der Berliner Polizei weitgehend, Massensammlungen zu verhindern. Einen ersten Aufzug in der Wiener Straße (Kreuzberg) konnten die Beamten schon nach wenigen Metern stoppen. Eine zweite Versammlung um 19.30 Uhr an der Kottbusser Brücke bekam die Polizei ebenfalls in den Griff, obwohl hier schon einige 100 Linksextremisten marschierten und skandierten: „Gesundheit für alle, sonst gibt's Krawalle!“

Auf dem Mariannenplatz waren dann mehr als 1000 Protestierer zusammengesommen. Laute Punkmusik aus einigen Fenstern, farbiger Rauch aus Rauchtöpfen und Geschrei („Hoch die internationale Solidarität!“) tonte durch die Straßen. Von den Hausdächern und Balkonen brannten Sympathisanten dazu reichlich Feuerwerk ab.

Während Geisel bereits – etwas voreilig – eine Bilanz zog und von einem „erfolgreichen, gewaltfreien und friedlichen 1. Mai“ sprach, ereignete sich doch noch etwas bisher nicht Dagewesenes. Eine Gruppe von bis zu 25 mutmaßlich linksextremen Angreifern griff Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Senders ZDF an und verletzten diese schwer: „Sie sind mit Totschlägern auf das Team los. Unserem Tonassistenten wurde ins Gesicht getreten – mit einer Brutalität, mit der man in Kauf genommen hat, dass es ein Mensch nicht überlebt“, so Harald Ortman von der vom ZDF beauftragten Produktionsfirma.

Sympathie für linke Schläger

Die Polizei war nicht vor Ort, nahm aber sofort die Verfolgung auf und konnte sechs der Täter – vier Männer und zwei

Frauen – stellen und verhaften. Diese hatten mit einem Auto versucht, die Flucht zu ergreifen. Laut Landeskriminalamt sind die sechs Verdächtigen der linken Szene zuzuordnen. Auf Veranlassung der Generalstaatsanwaltschaft Berlin befinden sich die sechs inzwischen jedoch wieder auf freiem Fuß. In vier Fällen bestehe kein dringender Tatverdacht, in zwei Fällen gäbe es keine Haftgründe.

Das Team war für die ZDF-Satiresendung „heute-show“ unterwegs. Dabei war auch der Kabarettist Abdelkarim Zemhoute, der sich geschockt zeigte angesichts der Brutalität der Angreifer. Im Internet kursiert indes auch das Video einer anderen „heute-show“-Reportage des Mitarbeiters Ralf Kabelka, in dem er Sympathie für Linke äußert, die „Rechten ein paar in die Fresse hauen wollen. Ich finde, die haben recht.“ Frank Bücker

KOLUMNE

„Fußball-Woche“ in Bedrängnis

VON THEO MAASS

Seit fast 100 Jahren erscheint in Berlin die Fachzeitung „Fußball-Woche“. Sie ist unabhängig und kann damit in Zeiten einer Krise nicht mit der Unterstützung eines großen Medienkonzerns rechnen. Auch der Zweite Weltkrieg konnte das 1923 gegründete Blatt nicht auslöschen. Kriegsbedingt wurde die Zeitung 1944 zwar eingestellt, doch ab 1950 hatten die Berliner ihre „Fußball-Woche“ wieder, nachdem der Gründer Kurt Stoof aus der Sowjetzone (wo er inhaftiert war) nach West-Berlin zurückgekehrt war. Schwerpunkt war und ist der Berliner Fußball, Spitzenvereine wie lokale Klubs. Von den Bundesligisten – von denen Berlin im Laufe der Jahre fünf sah – den Zweit- und Drittligen bis zu den niedrigsten Amateuren gab es stets etwas zu lesen. Immerhin 30.000 verkaufte Zeitungen gingen vor dem „Lockdown“ pro Woche über den Ladentisch.

Nun aber ist die Situation kritisch geworden. Chefredakteur Horst Bläsing macht sich Sorgen: „Der Einzelverkauf an den Kiosken ist natürlich schon spürbar eingebrochen.“ Stütze des Blattes sind die treuen Abonnenten. Bläsing: „Es kamen auch etliche neue Bestellungen von Abos dazu.“ Ein Amateurrevier aus Berlin-Lichtenberg hat zudem eine Spendenaktion initiiert: „Durch die Spenden ist ein Betrag zusammengekommen, der uns schon mal wieder ein bis zwei Monate weiterhilft.“

Abgesehen von den angedachten Geisterspielen im Profibereich steht bei den Amateuren der Abbruch der Saison zur Debatte. Dieses Szenario könnte allerdings auch die Existenz des Traditionsblattes trotz allen Beistands durch Vereine und neue Leser bedrohen. Damit verschwände wieder ein Stück Alt-Berlin aus der Stadt. Das wäre sehr schade, denn in den Zeiten der Einkaufsketten und der Multi-Kulti-Schnösel-Welt werden die traditionellen Institutionen Berlins ohnehin immer rarer.

MELDUNG

Gastronomie hart betroffen

Berlin – Guido Zöllick, Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga), hat das Gastronomie- und Hotelgewerbe als die Wirtschaftszweige bezeichnet, die am schwersten von der Weiterführung der „Lockdown“-Maßnahmen betroffen sei: „Unsere Betriebe waren die ersten, die geschlossen wurden, und sind nun die letzten, die wieder öffnen dürfen.“ In Brandenburg bezeichnet der dortige Dehoga-Präsident, Olaf Schöpe, die derzeitige Situation der Branche als „psychisch und betriebswirtschaftlich katastrophal“. Schöpe schätzt, dass in den nächsten Monaten bis zu 2000 Betriebe in der Mark von einer Insolvenz betroffen sein könnten. Angelehnt an die Dürrehilfe für Landwirte fordert er eine „Schließungs- oder Stillstandshilfe“, damit Unternehmen die laufenden Kosten abdecken könnten. N.H.

● MELDUNGEN

Rückkehr
in die Ukraine

Kiew – Im Zuge der Corona-Pandemie sind Hunderttausende Ukrainer, die in EU-Ländern beschäftigt waren, in ihre Heimat zurückgekehrt. Nach Angaben des ukrainischen Grenzschutzes sind allein zwischen dem 13. März und dem 1. April 650.000 Ukrainer aus dem Ausland wiedereingereist. Seit dem Euromaidan im Jahre 2014 hat insbesondere die Westukraine eine große Abwanderungswelle erlebt. Ziele der ukrainischen Arbeitsmigranten waren vor allem Polen, Tschechien, Italien sowie die USA. Allein die Zahl der Ukrainer, die in den letzten Jahren nach Polen gegangen sind, wird auf rund zwei Millionen geschätzt. Die Wirtschaft der Ukraine war ab 2014 mehrere Jahre stark geschrumpft. Erst 2018 wies die Ukraine wieder ein Wirtschaftswachstum aus. Der Präsident der Ukrainischen Industrie- und Handelskammer äußerte die Hoffnung, dass die Ukraine von der Nähe zur EU profitiert, wenn weltweit Lieferketten neu organisiert werden. **N.H.**

Saakaschwili ist
wieder am Ball

Kiew – Die Ankündigung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, Michail Saakaschwili zu seinem stellvertretenden Regierungschef zu ernennen, stieß nicht bei allen auf Begeisterung. Saakaschwili, der aus der sogenannten Rosenrevolution als Präsident von Georgien hervorging, gilt als westlich orientierter Reformpolitiker. Selenskij setzt auf dessen Erfahrungen. Saakaschwili soll sich in der Ukraine um die Reformpolitik und Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds kümmern. Selenskij steht unter Druck, weil die meisten seiner Regierungsmitglieder politisch unerfahren und überfordert wirken. Saakaschwili gilt jedoch als dominant und unbeherrscht. Kritiker sagen der Personalwahl kein gutes Ende voraus. Dafür spreche nicht zuletzt das Zerwürfnis zwischen Saakaschwili und Selenskij's Vorgänger Poroschenko nach Saakaschwili's nur kurzer Amtszeit als Gouverneur von Odessa. **MRK**

Margrethe II.
wagt Zweifel

Kopenhagen – Königin Margrethe II. von Dänemark gab der Tageszeitung „Politiken“ anlässlich ihres 80. Geburtstages ein Interview, in dem sie Zweifel an dem menschengemachten Klimawandel äußerte. Sie sei „nicht komplett davon überzeugt“, dass der Klimawandel menschengemacht sei. „Man weiß auch, dass sich das Klima immer verändert hat und sich die ganze Zeit verändert.“ Die Monarchin warnte vor Panik wegen des Klimawandels. Diese hält sie für unangemessen. Die linke Opposition ist empört: „Das ist ein Schlag ins Gesicht der jungen Menschen, die sich große Sorgen um ihre Zukunft auf dieser Erde machen. Ich wünschte, dass sie das nicht gesagt hätte, und vor allem, dass sie das auch nicht meint“, erklärte Signe Munk von den Volkssozialisten. Klimaminister Dan Jørgensen von den Sozialdemokraten einsilbig: „Ich sehe keinen Grund dazu, einzelne Teile eines Interviews der Königin zu kommentieren.“ **F.B.**

GROSSBRITANNIEN

Boris-Höhenflug trotz Corona-Krise

Der Londoner Regierungschef ist beliebt, Labour weit abgeschlagen

VON CLAUDIA HANSEN

Großbritannien ächzt unter dem „Lockdown“. Die wegen der Corona-Epidemie angeordnete Stilllegung des öffentlichen Lebens und der Volkswirtschaft belastet das Land zunehmend. London erschien an manchen Tagen wie eine Geisterstadt. Hinter den Kulissen ringt die Regierung darum, wie eine Lockerung des Notfallregimes aussehen könnte. In der Tory-Partei und in der Wirtschaft machen einflussreiche Stimmen Druck. Premierminister Boris Johnson, der selbst im April mit einer Corona-Erkrankung im Krankenhaus war, hat einem schnellen Exit eine Absage erteilt. Bei einer verfrühten Beendigung der Notmaßnahmen zur Eindämmung des Virus könnte eine neue Welle von Ansteckungen folgen. Am 7. Mai wird ein Prüfungsbericht der Lockdown-Maßnahmen veröffentlicht – dann dürfen wohl mehr Geschäfte und Betriebe wieder öffnen.

Das Virus hat das Königreich seit Mitte März lahmgelegt, viele Tote gefordert und wie in anderen Ländern die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Krieg ausgelöst. Die zuvor niedrige Arbeitslosigkeit

steigt rasant, Millionen Selbstständigen und Unternehmern droht das Geld auszugehen. Alle anderen politischen Streitthemen sind dagegen in den Hintergrund getreten – auch das Ringen um den Brexit, den Großbritannien am 31. Januar formell vollzogen hat.

Mit der Zahl der Toten, die bis Anfang Mai nach der offiziellen Statistik deutlich über 28.000 gestiegen ist, liegt Großbritannien mit Italien und Spanien in der Gruppe der am schwersten betroffenen Länder Europas. Ärzte und Pfleger im unterfinanzierten staatlichen Nationalen Gesundheitsdienst arbeiten bis zur Erschöpfung. Beklagt wird, dass Schutzkleidungen fehlen. Bei der Anzahl der Corona-Tests wurde das Ziel verfehlt. Es hagelt daher viel Kritik an Johnsons Regierung, gerade aus EU-freundlichen, linken Medien wie dem „Guardian“, der weiter am Brexit verzweifelt.

Über die Hälfte für die Tory-Partei

Dennoch bleibt die Zustimmung in der Bevölkerung zum Regierungschef und der Tory-Partei hoch – sie ist in der Corona-Krise deutlich gestiegen. Die Konservativen kommen in aktuellen Umfragen auf gut 50 Prozent, das ist ein starker Anstieg

seit ihrem Wahltriumph vom Dezember, als sie die größte Parlamentsmehrheit seit Margaret Thatchers Tagen errangen. Das Ergebnis war ein phänomenaler Sieg für „Boris“, wie viele Briten und Medien den Regierungschef familiär nennen.

Dagegen liegt die linke Labour-Partei in aktuellen Umfragen mit nur 33 Prozent noch unter ihrem katastrophalen Ergebnis vom Dezember, das ihr die geringste Zahl an Parlamentssitzen seit 1935 bescherte. Der neue Labour-Vorsitzende Keir Starmer, der im April auf den marxistischen Linksaußen Jeremy Corbyn folgte, bemüht sich um einen Neuanfang. Er will die ewigen Antisemitismus-Skandale der Partei überwinden und mit einem seriösen, konstruktiven Kurs Wählervertrauen zurückgewinnen und die Partei nicht mehr vor allem mit Gender-Themen

und Transsexuellenrechten beschäftigen, wie das der linke Labour-Flügel obsessiv machte. Doch Starmer erreicht nur wenig Aufmerksamkeit in der Corona-Krise. Die von EU-freundlichen Medien hochgelobten, bei der Wahl aber gescheiterten linksliberalen Liberal Democrats sind fast völlig in der Versenkung verschwunden.

Derweil kämpft die Regierung noch an einer anderen, weniger beachteten Front: mit Brüssel. Die Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen zur EU stocken, für ein Freihandelsabkommen legt Brüssel die Latte hoch. Die EU will, dass sich London weiterhin an bisherige EU-Vorgaben und Regulierungen hält und die Urteile des EU-Gerichtshofs anerkennt, obwohl das Land aus der EU ausgetreten ist.

Brexit-Anhänger sehen die Brüsseler Regulierung als Fesselung. Kabinettsminister Michael Gove warnt, die EU müsse endlich verstehen, dass Großbritannien seit dem Brexit ein souveränes Land sei. Johnson hat kategorisch ausgeschlossen, die Brexit-Übergangsfrist noch einmal zu verlängern. „Get Brexit done“ (Bringt den Brexit fertig), lautete das Motto, mit dem er den Wahlsieg errungen hat. In Brüssel wird man sich noch wundern über die Entschlossenheit der Johnson-Regierung.

Die EU will das
Königreich weiter an
ihre Regulierung
fesseln



Großbritannien soll nach dem Willen der EU auch als Nicht-EU-Mitglied seine Urteile anerkennen: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit Sitz in Luxemburg

BALKANROUTE

„Sie müssen abgeschoben werden“

In Zeiten von Corona möchte Bosnien die dort gestrandeten Migranten loswerden

Viele Migranten auf der Suche nach Asyl in Deutschland sind auf ihrem Weg nach Mitteleuropa von der Schließung der Balkanroute überrascht worden. Viele der deshalb in Bosnien gestrandeten Pakistani, Iraner oder Araber, die eigentlich aus der Mittelschicht ihrer Herkunftsländer stammten und die Schlepper schon im Voraus bezahlt hatten, sind jetzt mittellos. Viele dieser an die Zehntausend gehenden muslimischen Asylgestrandeten haben vor allem in der einstigen muslimischen Enklave um die Stadt Bihac im Norden von Bosnien eine Bleibe in provisorischen Notunterkünften ohne jegliche Hygiene gefunden.

Da in Zeiten von Corona die Unterbringung dieser unregistrierten Wartenden ein unabwägbares Risiko für die einheimische Bevölkerung geworden ist, bemühen sich inzwischen Bosniens Behörden erstmals um eine Registrierung dieser papierlosen Menschen. Der bosnische Sicherheitsminister Fahrudin Radončić hat nun angekündigt, dass Tausende unregistrierter Migranten abgeschoben werden sollen. Bisher hatte es Bosnien-Herzegowina kaum fertiggebracht, Rückführungen, etwa nach Pakistan, zu organisieren.

Dies solle sich nun ändern, versprach Radončić. Die Fremdenpolizei soll nun zunächst damit beginnen, die Migranten

zu befragen, ob sie willens und bereit sind, sich in ihre Heimat zurückfliegen zu lassen, verfügte Radončić. Personen, die künftig eine Identitätsfeststellung verweigern, könnten im Gefängnis landen, kündigte der Minister an.

Minister droht mit Gefängnis

„Alle diese Migranten kommen aus Ländern, die reicher als Bosnien und Herzegowina sind, und sie müssen abgeschoben werden“, sagte Radončić. Die EU werde die Rückführungen bezahlen. Infolge der Pandemie werde die Arbeitslosigkeit auch in Bosnien stark ansteigen. Da könne sich sein Land nicht auch noch um Migranten

auf der Dauerdurchreise kümmern. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Gesundheitskrise seien auch für Bosnier schwer einzuschätzen. Es könne deshalb nicht sein, dass „Bosnien-Herzegowina ein Parkplatz für Europa ist“, so Radončić.

Da die meisten Migranten in den Aufnahmezentren nicht kooperieren wollten, sollen nun Gespräche mit den Botschaften jener Staaten aufgenommen werden, aus denen die meisten Migranten kommen: Pakistan, Algerien, Marokko und Afghanistan. Ausgenommen sind Syrer mit Dokumenten, die vor Krieg und Gewalt geflüchtet sind. Sie bekommen auch in Bosnien-Herzegowina Asyl. **Bodo Bost**

VON NORMAN HANERT

Nach erfolgreichen Jahren steckt die Lufthansa als Folge weltweiter Einreisestopps ohne eigenes Verschulden in einer tiefen Krise. Vor diesem Hintergrund will die Bundesregierung Europas größtem Luftverkehrskonzern mit fast zehn Milliarden Euro beispringen. Politisch umstritten ist nun, inwieweit das finanzielle Engagement des Staates mit einem staatlichen Einfluss auf die Unternehmensführung einhergehen soll.

Der Rettungsplan der Bundesregierung für das Unternehmen mit dem Kranich-Symbol sieht eine Mischung von Krediten und Kapitalbeteiligung vor. Im Gespräch ist offenbar eine direkte Beteiligung des Bundes an der Lufthansa mit einem Anteil von 25,1 Prozent. Angesichts des stark gesunkenen Börsenwerts dürfte diese Beteiligung den Bund die vergleichsweise geringe Summe von knapp einer Milliarde Euro kosten. Abgesichert mit einer Bürgschaft des Bundes, soll die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) der Lufthansa zudem noch weitere 3,5 Milliarden Euro bereitstellen.

Die Airline will wenig Staatseinfluss

Eine weitere Säule des Rettungspaketes wurde von einigen Beobachtern inzwischen mit Bezeichnungen wie „Daumenschrauben“ kommentiert. Als stille Beteiligung will der Bund dem angeschlagenen Luftfahrtunternehmen zusätzlich 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Laut dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ erwartet die Bundesregierung für diese Finanzspritze eine Garantiedividende von neun Prozent.

Zumindest derzeit scheint es schwer möglich, eine solch hohe Dividende zu erwirtschaften. Aktuell steht der größte Teil der Lufthansaflotte mit 760 Fliegern am Boden. Im Vergleich zum Vorjahr befördert die Lufthansa zurzeit nur noch ein Prozent der Passagiere. Da viele Fixkosten trotz umfangreicher Kurzarbeit weiterlaufen, verliert das Luftverkehrsunternehmen pro Stunde eine Million Euro aus seiner Liquiditätsreserve.

Lufthansa-Vorstandschef Carsten Spohr glaubt, dass die Lufthansa-Gruppe geschrumpft aus der Corona-Krise hervorgehen wird. Spohr sagte, er gelange zunehmend zu der Erkenntnis, dass die Welt in dieser Branche nach der Pandemie eine andere sein werde. Angesichts dieser Entwicklung warnt der Lufthansa-Chef, dass weltweit Fluggesellschaften die Corona-Krise nur mit Hilfe staatlicher Unterstützung überleben würden.

Mit Blick auf das eigene Unternehmen merkte Spohr gegenüber der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ an: „Wenn die Bundesrepublik zu große Einflussnahme auf operative Geschäftsaufgaben nehmen



Zurzeit überwiegend am Boden vorzufinden: Flugzeuge der Lufthansa

Foto: imago images/A. Friedrichs

LUFTHANSA

Bund will dem Konzern mit Steuermitteln helfen

Ob die Staatshilfen mit Bedingungen verknüpft sein sollten und wenn ja mit welchen, ist heftig umstritten

wollte, fordert das vielleicht die österreichische Regierung ebenso ein, dann möglicherweise auch die Schweiz, Belgien, Bayern oder Hessen.“

Die Linke will viel Staatseinfluss

Hintergrund der warnenden Worte Spohrs sind Forderungen wie die des Chefs der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich, der sich bereits gegen eine stille Beteiligung des Bundes ausgesprochen hat: „Wenn Unternehmen wie die Lufthansa aus Steuergeldern Staatshilfen in Milliardenhöhe bekommen, müssen auch Mitspracherechte für den Bund gewährleistet sein.“

Wie weit solche Mitspracheforderungen gehen können, wird bei den Auslands-töchtern der Lufthansa-Gruppe deutlich. In Wien verlangen Politiker etwa im Gegenzug für staatliche Unterstützung für den Lufthansa-Ableger Austrian Airlines

eine langfristige Sicherung des Wiener Flughafens als Lufthansa-Drehkreuz.

Auch in Belgien wird im Gegenzug für eine Liquiditätshilfe für die Lufthansa-Tochter Brussels Airlines die Benennung konkreter Ziele zur Entwicklung des Brüsseler Flughafens erwartet. Belgische Zeitungen berichten sogar, dass für den Fall einer Staatsbeteiligung ein Vetorecht bei der Unternehmenspolitik zur Diskussion steht, die bis hin zum Angebot konkreter Reiseziele gehen soll.

Ebenso hat Berlins Flughafenchef Engelbert Lütke Daldrup inzwischen von der Lufthansa mehr Langstreckenflüge für die deutsche Hauptstadt gefordert: „Wenn wir zurzeit in Deutschland darüber reden, dass eine Deutsche Lufthansa mit etwa zehn Milliarden Euro unterstützt werden soll, dann ist es eine naheliegende Überlegung, den nationalen Carrier zu fragen, was er für seine Hauptstadt tut.“

Sehr weitreichend sind offenbar auch die Erwartungen in der Bundestagsfraktion der Linkspartei. Deren Fraktionsvize Fabio De Masi sagte, eine stille Beteiligung des Bundes bedeute, „der Staat schiebt die Kohle rüber, hat aber nichts zu sagen“. Aus Sicht des Deutsch-Italieners werde nach der Corona-Pandemie ein „unternehmerischer Staat“ gebraucht, „der eingreift und die Interessen von Beschäftigten und Allgemeinheit schützt“.

„Unternehmerischer Staat“

Offenbar in Voraussicht solcher Forderungen soll der Lufthansa-Chef zeitweilig sogar über eine Alternative zur Staatsrettung nachgedacht haben. Wie es aus Gewerkschaftskreisen hieß, hat Spohr intern erklärt, er führe das Unternehmen lieber in die Insolvenz in Form eines Schutzschirmverfahrens, als sich von der Politik reinreden zu lassen.

EURORAUM

Banknoten horten und mit Karte zahlen

Wie Europäische Zentralbank und Corona den Umgang der Bürger mit Geld beeinflussen

So viele Deutsche wie noch nie zahlen „kontaktlos“. Und die Bundesbürger horten wieder deutlich mehr Bargeld in den eigenen vier Wänden. Die Bundesbank hatte zu Beginn der Corona-Krise mehr beziehungsweise höhere Abhebungen der Bürger beobachtet. Mittlerweile habe sich dies aber wieder normalisiert, so Deutschlands Zentralbank.

Die Hortung von Bargeld in den eigenen vier Wänden ist übrigens kein rein deutsches Phänomen. Aus einer Analyse der Beratungsfirma Barkow Consulting im Auftrag der niederländischen Direktbank ING geht hervor, dass der Umlauf von Scheinen und Münzen im Euroraum im März um fast 100 Milliarden Euro oder acht Prozent stieg. Der Bargeldbestand

stieg von 1,25 auf 1,35 Billionen Euro. Finanzexperten sehen seit der Euro-Krise von 2013 einen dahingehenden Trend. Verantwortlich dafür ist die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank.

Bereits die Bankenkrise im Jahr 2009 hatte ihre Spuren hinterlassen. „Es ist kein Wunder, dass die Deutschen scheinbar etwas verunsichert sind und einen Teil ihres Geldes lieber unter das Kopfkissen legen“, sagte Thomas Dwornitzak, Leiter Sparen und Anlegen der ING-Deutschland.

Es sind dabei nicht nur ältere Menschen, die Geld zu Hause aufbewahren. Auch jüngere Bürger tun dies verstärkt. Klaus Kraemer, Professor für Wirtschaftssoziologie an der Universität in Graz,

glaubt, dass einige Menschen das Gefühl hätten, einen besseren Überblick über ihre Finanzen zu haben, wenn die Euros als Bargeld zu Hause lägen. Zudem spiele Misstrauen gegenüber den Banken auch eine Rolle.

Sicherer Hafen statt Zahlungsmittel

Ebenso wie der Bargeldbestand hat auch der Zahlungsverkehr mit Smartphone oder Karte deutlich zugenommen. Nach einer Berechnung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes wurden im März rund 206 Millionen Bezahlvorgänge ohne Bargeld durchgeführt. Das sind 11,4 Prozent mehr als im Februar. „Bargeldloses Bezahlen ist aktuell eine wichtige Maßnahme, um das Risiko für Kunden

und Mitarbeiter in den Märkten zu reduzieren“, teilte die Lebensmittelkette Edeka mit und berichtet von einer positiven Resonanz.

Einen Widerspruch zum Trend vieler Menschen, verstärkt Bargeld zu Hause zu horten, sehen Experten darin nicht. „Interessant ist, dass Bargeld zwar die Rolle eines sicheren Hafens aus Sicht der Kunden behält, aber gleichzeitig zunehmend die Rolle als Zahlungsmittel verliert. In den letzten Jahren haben wir schon eine konstante Entwicklung in Richtung bargeldlosen Zahlungen gesehen. Die Auswirkungen von Covid-19 haben zu einem sprunghaften Anstieg bargeldloser Zahlungen geführt“, heißt es von Seiten der ING-Bank. Peter Entinger

● MELDUNGEN

Deutsche Bank steht gut da

Frankfurt am Main – Die Deutsche Bank hat für das erste Quartal 2020 ein Ergebnis vorgelegt, das deutlich besser ausfiel, als Analysten zuvor erwartet hatten. Der Primus in der deutschen Bankenbranche erwirtschaftete in den ersten drei Monaten des Jahres ein Ergebnis vor Steuern von 206 Millionen Euro und erzielte einen Gewinn von 66 Millionen Euro. Trotz der Corona-Krise fielen die Einnahmen der Deutschen Bank mit 6,4 Milliarden Euro im ersten Quartal sogar höher aus als im Vorjahreszeitraum. Beobachter nennen als mögliche Triebkraft hinter der guten Ertragsentwicklung das Investmentbanking und dabei insbesondere den Handel mit Anleihen und Devisen. Auch der von Vorstandschef Christian Sewing angestoßene Sanierungskurs zeigt Wirkung, wie sich an gesunkenen Ausgaben der Bank ablesen lässt. Wegen drohenden Kreditausfällen von Geschäftskunden hob die Deutsche Bank im ersten Quartal ihre Risikovorsorge auf eine halbe Milliarde Euro an. N.H.

Stärke weckt Besorgnis

Brüssel – Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager gebeten, Unternehmen mit höheren Kreditgarantien helfen zu können. Bislang genehmigt die EU-Kommission eine 100-Prozent-Garantie nur bis zu einem Kreditvolumen von 800.000 Euro. Aus Sicht Altmaiers entspricht diese Begrenzung nicht den Anforderungen der Realwirtschaft. Vestager ist bislang nur in Einzelfällen bereit, eine vollständige Haftungsübernahme durch den Staat zu genehmigen. Inzwischen äußerte Vestager auch ihre Sorge vor wachsenden Ungleichgewichten in der EU. Die Dänin wies auf Deutschland hin, das nach Jahren mit Haushaltsüberschüssen in der Corona-Krise mehr Spielraum als hoch verschuldete EU-Länder habe. Laut der „Financial Times“ entfallen 52 Prozent der bislang bewilligten staatlichen Beihilfen der EU auf die Rettungsprogramme Deutschlands. N.H.

Buhlen um EU-Touristen

Palermo – Die Regionalregierung Siziliens will zur Ankurbelung des Tourismus nach der Corona-Krise offenbar Kosten für Flüge und Hotelrechnungen ausländischer Urlauber übernehmen. Demnach will die sizilianische Regierung Touristen anbieten, die Hälfte der Flugkosten zu übernehmen und jede dritte Nacht im Hotel zu bezahlen. Weitere 50 Millionen Euro will die Regierung zudem für ein Programm zur Verfügung stellen, um Urlaubern kostenlose Eintrittskarten für Museen und archäologische Stätten anzubieten. Nach Schätzungen sind der sizilianischen Tourismusindustrie durch die Reisebeschränkungen bislang eine Milliarde Euro an Einnahmen entgangen. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise hat die EU-Kommission ihre Beihilferegulungen gelockert, sodass die Mitgliedstaaten Unternehmen sehr viel stärker als bislang Zuschüsse, Darlehen und Bürgschaften zu Verfügung stellen dürfen. N.H.

KOMMENTARE

Neue totalitäre Realität

HARALD TEWS

Nach acht Wochen Lockdown liegen überall die Nerven blank. Als „faschistoid“ und „geisteskrank“ beschimpfen sich in den sozialen Netzwerken die Gegner und Befürworter der Sperrmaßnahmen der Bundesregierung gegenseitig. Corona spaltet das Land in verfeindete Lager. Inzwischen halten die meisten zur Kanzlerin, deren Partei in einem traumhaften Umfragehoch schwebt. Wer die Lockdown-Maßnahmen anzweifelt, schweigt im Alltag lieber. Gesunderhaltung über alles, heißt es heute.

Die Geschwindigkeit, mit der die Mehrheit der Deutschen den Abstands-, Mundschutz- und Hygieneregeln gehorcht, erinnert fatal an 1933, als auch die Mehrheit der Bevölkerung rasend schnell umgeschwenkt war. Damals hing man Fahnen mit kruden Kreuzen von den Balkonen, heute wird jeden Abend um 21 Uhr von selber Stelle aus für die Pflegekräfte geklatscht. Dabei dient das lediglich als Applaus für die eigene regierungstreue Gesinnung.

Eine entstehende Volkssolidarität verlangt nach Symbolen, unter denen sich Gesinnungsgenossen versammeln. Im Hammer-und-Sichel-Staat trugen junge Pioniere rote oder blaue Halstücher. Heute wird ein Stofftuch vor Mund und Nase zum Sinnbild der neuen Zeit.

Wer die Kontaktsperre nicht einhält, wird denunziert, wer draußen im Freien trotz Mundschutz den Abstand nicht einhält und zu dicht aufhäuft, wird wie früher von der Stasi angefaucht, wobei man im Streit nur weitere potenzielle Viren herausschleudert. Die Gesellschaft ist irre geworden. Ist das die neue totalitäre Normalität, die ihre Kanzlerin wie eine Heilige feiert und die einen Krieg gegen die eigene Wirtschaft und Kultur führt? Bis zum Untergang?

Mit Erscheinen dieser PAZ jährt sich zum 75. Mal der Jahrestag des Kriegsendes. Der 8. Mai wäre ein ideales Datum gewesen, um völlig mit dem aktuellen Welt-Irrsinn Schluss zu machen. Doch je länger man damit wartet, desto eher wird uns die Seuche erreichen. Wirtschaft und Kultur tragen keinen Mundschutz.

Widersprüche

ERIK LOMMATZSCH

Würde „Corona“ gegenwärtig nicht den Großteil der öffentlichen Aufmerksamkeit absorbieren – einige Ergebnisse der Umfrage über die „Haltung der Deutschen zum Nationalsozialismus“ im Auftrag der „Zeit“ (www.zeit.de/ns-umfrage) hätten wohl einen wesentlich größeren Aufschrei nach sich gezogen.

Zu bewerten war etwa die Aussage, es sei übertrieben, dass „einem fast jeden Tag in den Medien“ der Nationalsozialismus vorgehalten werde. 59 Prozent stimmen dem „voll und ganz“ oder „eher“ zu. 56 Prozent sagen, die ständige Erinnerung an den Nationalsozialismus verhindere, dass die Deutschen ein „gesundes Nationalbewusstsein entwickeln“. Ähnliche Zustimmung findet die These, wegen des Nationalsozialismus könnten die Deutschen „nicht mehr offen über bestimmte Themen diskutieren“. Besonderer Aufreger: 53 Prozent sind der Meinung, man solle einen „Schlussstrich unter die Vergangenheit“ des Nationalsozialismus ziehen.

Vielleicht stellen sich manche unter „Schlussstrich“ etwas anderes vor als

die Panikmacher in puncto „rechte Gefahr“? Aber diese können ohnehin beruhigt sein, denn weitere Zahlen wirken fast als Widerspruch. Die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte sei „angesichts jüngster Entwicklungen heute so wichtig wie eh und je“ – dem stimmen 77 Prozent zu und erkennen möglicherweise nicht die Instrumentalisierung, die in diesen Formulierungen steckt. Dies gilt ebenso für die Behauptung, „wir Deutsche“ haben aufgrund des NS eine „besondere Verantwortung gegenüber Verfolgten aus anderen Ländern“. Das unterstützen 53 Prozent.

Es ist bedauerlich, dass sich die – in der Sache wichtige – Erhebung nicht damit begnügen kann, nach der Ansicht über die Rolle der historischen Gegebenheiten zu fragen, sondern durch das Herstellen von unsachlichen Verbindungen die Linie der gegenwärtigen politischen Führung bedienen muss. Dass es „Pflicht“ sei, die Erinnerung an den Holocaust aufrechtzuerhalten, beharren – ohne begründende Zusätze – 77 Prozent. Von mangelndem Bewusstsein für die NS-Verbrechen an sich kann also kaum die Rede sein.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Lässt sich bei der Corona-Politik von der Bundesregierung übergehen: Der Deutsche Bundestag Foto: Steffen Prößdorf

KOLUMNE

Per Dekret regiertes Volk

FLORIAN STUMFALL

Über die gesundheitlichen Schäden der Epidemie wird man erst zu verlässlichen Aussagen kommen, wenn man nach einem halben oder ganzen Jahr den Vergleich der Mortalität im laufenden Jahr gegenüber dem langjährigen Durchschnitt eines entsprechenden Zeitraumes anstellen kann. Wahrscheinlich wird man binnen kürzerer Zeit feststellen können, welche Schäden die Maßnahmen gegen die Infektionskrankheit in der Wirtschaft angerichtet haben, denn die Zahlen der Arbeitslosen und der Insolvenzen tauchen in der Statistik schneller auf. Dann wird man erörtern können, welcher Ausschlag über die normale Mortalität hinaus die ruinierten Existenzen rechtfertigt.

Ein Schaden anderer Art indes ist heute schon abzusehen. Es ist derjenige am Rechtsstaat, und die einzige Frage, die hier noch offen ist, besteht darin, wie lange es währt, um ihn vergessen zu machen. Das kann dauern, denn im vorliegenden Fall handelt es sich um Geltung und Wirkkraft von Grundrechten, wie sie in den ersten Artikeln des Grundgesetzes festgehalten sind.

Ob die „Maßnahmen“, wie sie freundlich genannt werden, geeignet sind, die Menschenwürde (Artikel 1 GG) zu beschädigen, mag dahingestellt sein. Die Freiheit und freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 GG) sind empfindlich beschädigt. Unerträglich eingeschränkt ist die Freiheit der Religionsausübung (Artikel 4 GG), was gerichtlich bereits beanstandet wurde. Außer Kraft gesetzt ist die Versammlungsfreiheit (Artikel 8 GG), in Teilen auch die Freizügigkeit innerhalb des Bundesgebietes (Artikel 11 GG). Stark eingeschränkt wurde das Recht auf Eigentum (Artikel 14 GG), wobei hier der unmittelbare Zusammenhang zu den wirtschaftlichen Schäden gegeben ist.

Über allem aber, gewissermaßen als Querschnitts-Bedrohung, liegt die schmerzliche Unwirksamkeit der Garantie von Meinungs- und Informationsfreiheit (Artikel 5 GG), die darin begründet ist, dass zur Sache Corona wie auch zu anderen politischen Gegenständen – Klima, Russland, Entwicklungshilfe, grüne Energie – in den Systemmedien jeweils nur eine einzige Meinung vorgetragen und alles andere zumindest weggeschoben oder gelehnet, wenn nicht verfemt und mit Acht belegt wird.

Diese systematischen und von offizieller Seite gewollten Verstöße gegen wesentliche Grundrechte, vor denen sogar die Hohe Kommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, gewarnt hat, geschehen unter dem Vorwand, es müsse so Schlimmeres verhütet werden. Nun gibt es tatsächlich Einschränkungen der Grundrechte, etwa die Möglichkeit der Haft im Strafrecht, doch diese Einschränkungen sind durch das Grundgesetz vorgesehen, darin gerechtfertigt und in einem Gesetz beschlossen. In der Corona-Sache aber werden Teile des Grund-

„Frau Bundeskanzlerin, so geht das nicht!“

gesetzes durch eine Verordnung aufgehoben und hierin liegt der Skandal.

Rechtsnormen haben unterschiedliche Wertigkeiten. So orientiert sich das Grundgesetz in seiner ethischen Ausrichtung am Naturrecht, das nicht von Menschen beschlossen, sondern aus der abendländischen Rechtstradition und Philosophie erarbeitet wurde. Es unterliegt keiner Körperschaft und keinem Votum. So können auch die Grundrechte des Grundgesetzes nicht durch den Bundestag abgeschafft werden, egal mit welcher Mehrheit.

Verordnungen statt Gesetze

Hier nun erkennt man die Ungeheuerlichkeit, dass die Politik mit Rechtsverordnungen an die verfassungsgemäße Substanz der Republik geht; nicht einmal ein Gesetz – als nächster Rang in der Wertigkeit der Normen nach der Verfassung – wird bemüht, um die Liquidation von Grundrechten zu rechtfertigen, sondern man behilft sich mit einer Verordnung, die im Rang noch weiter unten steht, und die zu erlassen ein Federstrich der Exekutive reicht, kein Parlament muss so befehligt werden.

Hier wird auch sichtbar, dass der Schaden am Rechtswesen nicht nur darin liegt, dass Grundrechte ausgehebelt werden, sondern auch, dass der Weg, auf dem dies geschieht, einen Verstoß gegen das Prinzip der Gewaltenteilung darstellt. Die Rechts-

normen stürzen und müssen sich der politischen Praktikabilität unterordnen.

Doch auch hier ist noch eine Steigerung der Sünde am Rechtsstaat möglich. Unterstellt, es gelte tatsächlich, einer Gefahr zu wehren, welche die Pest im Mittelalter noch übersteigt, könnte man die „Maßnahmen“ vielleicht noch mit einer Hilflosigkeit der Politiker wenn nicht entschuldigen, so doch erklären. Aber es ist ganz anders. In Deutschland während der Ära Merkel ist das Durchregieren per Dekret zur Normalität geworden, jedenfalls bei heiklen Vorhaben: Die Grenzöffnung im Jahre 2015, die Energiewende, die faktische Tilgung des besonderen Schutzes der Familie im Grundgesetz oder die virtuelle Generierung von Abermilliarden zu verschiedenen Euro-Stützungsmaßnahmen, die aus dem Virtuellen zu realen Schulden werden – all das macht die Kanzlerin mit einer Handbewegung, einer Bemerkung im Interview oder bestenfalls dadurch, dass sie das ihr ergebene Parlament informiert, wie das bei der Energiewende der Fall gewesen ist.

Informiert, aber nicht befragt. Und es befindet sich unter 700 Parlamentariern kein einziger, der aufstünde und sagte: „Frau Bundeskanzlerin, so geht das nicht!“ Dafür, möchte man meinen, werden die Damen und Herrn zu gut bezahlt.

So der Stand der Dinge mit Datum Anfang Mai. Doch es scheint, als wäre damit die Malaise noch nicht vollständig beschrieben. Denn von verschiedenen Seiten sind Mutmaßungen zu vernehmen, nach der Krise würde nichts mehr wie zuvor, allen voran kündigt Finanzminister Olaf Scholz an, man werde sich an eine „neue Normalität“ gewöhnen müssen. Hier ist der Zeitpunkt gekommen, wiederum vorzugsweise für die Mandatsträger, nachzufragen, was denn damit gemeint sei. Wird man sich daran gewöhnen müssen, in Hinkunft ständig mit Mundschutz auszugehen und auf Handschlag und Umarmung zu verzichten? Oder was ist noch und anderes darunter zu verstehen?

Sollte die „neue Normalität“ darin bestehen, dass nun das Merkel'sche Durchregieren per Dekret in diesem Staat zur politischen Wirklichkeit auf Dauer werde? Dass der Bundestag dem römischen Senat zur Kaiserzeit ähnlich werde, vorhanden, würdig und überflüssig?

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Schlesischer „Rinnsteinkünstler“

Vor 150 Jahren geboren: Der Breslauer Maler Hans Baluschek – Seine Bilder eröffnen Bröhan-Museum

VON BETTINA MÜLLER

Berlin, Sommerfest in einer Laubenkolonie. Eine Schar Kinder zieht mit Laternen durch eine kleine Siedlung am Stadtrand, während in der Ferne düstere Mietskasernen stumm vor sich hinbrüten. Hans Baluscheks 1909 entstandenes Ölgemälde „Sommerfest“ ist synonym für viele seiner Werke. Man ahnt, wer einmal in diesen Umständen gefangen ist, entkommt ihnen nur in Augenblicken des vergänglichlichen Vergnügens. Doch die vorbeiziehenden Mädchen sind in strahlendem Weiß gekleidet, leuchten fast übernatürlich, trotzen dem Elend. So schält sich aus dem Elend auch ein anderer, erhabenerer Gemütszustand heraus: Hoffnung. Fast haftet dieser Szene auch etwas Religiöses an, man denkt an Kommunionkinder.

Doch Baluschek war kein Maler, der Religion in den Vordergrund stellte, weil er sich seine ganz eigene Glaubenswelt geschaffen hatte: Das Berlin der endlosen Straßen der Miets Häuser im Osten, in denen ungezählte Menschen oft chancenlos vor sich hinvegetierten, die aber in ihrer Welt auch fest zusammenhielten. Das machte das Elend erträglicher.

Dem am 9. Mai 1870 in Breslau als Sohn eines Eisenbahnbeamten geborenen Baluschek wurde es in die Wiege gelegt, sich anderen Menschen ohne Dünkel zu nähern. In seinem Elternhaus wehte ein „demokratischer Wind“, wie ein Biograf einst schrieb. 1876 zog die Familie nach Berlin, der Vater nahm ihn bei den Dienstgängen mit, der Junge spielte mit Kindern aus Arbeitervierteln, das prägte ihn.

Baluschek entschied sich daher nach seinem Studium an der Königlichen Akademie der Bildenden Künste, die von dem konservativen Anton von Werner geleitet wurde, früh für etwas Neuartiges: die Sozialkritik in der Kunst. Schlüsselerlebnis war dabei 1882 eine Ausstellung des russischen Künstlers Wereschtschagin mit extremen Kriegsdarstellungen. Diese Drastik galt es fortzuführen, und zwar in Berlin. Aus diesem Anspruch heraus entstanden seine Bilder, deren wenig heitere Titel, zum Beispiel „Kinderbegräbnis“ oder „Kriegswinter“, stets von vornherein vorgeben, was der Betrachter zu erwarten hatte. Seine mitunter derben Bilder wurden von erfrorenen Vagabunden und Bettelweibern bevölkert, unter denen der Tod umging, von Großstadtprostitution,



Als „Abstandsgebot“ noch ein Fremdwort war: Baluscheks „Großstadtlichter“ von 1931. Unten: Der Künstler im Atelier, 1904/05

Kokainisten, Schwindsüchtigen oder „Rummelnutten“.

Auch Baluscheks „Tingeltangel-Dame“ ist gefangen in ihrem Dasein, und über allem wacht ein Bild des Kaisers, als sie gerade als Señorita auf dem Tisch tanzt. Lasziv und ganz in plüschiges Rot gekleidet, wirft sie den Biedermännern im Publikum aufreizende Blicke zu.

Mitbegründer der Secession

Baluschek forderte den Betrachter indirekt dazu auf, die Augen nicht vor dieser unbekanntem Welt zu verschließen, denn sie war nun einmal ein Teil der Stadt. Die Reaktionen waren verheerend. Ein Schrei der Empörung entfuhr der Kunstwelt und dem Publikum, nachdem Baluschek in den Jahren 1895 bis 1897 zusammen mit seinem Freund Martin Brandenburg in der Galerie Gurlitt hatte ausstellen dürfen. Der Kaiser ließ sich sogar zu der Schmähung „Rinnsteinkunst“ hinreißen.

Doch dass Baluschek, trotz der zunächst verpönten Sujets, ein großes Talent als Maler besaß, war unübersehbar. „Zum Glück“ malte er auch noch unver-

fängliche „Eisenbahnbilder“, und wurde so zu einer Art geduldeter Außenseiter. Durch eine Spaltung der Berliner Kunstszene – Auslöser war eine durch Anton von Werner abgesetzte Ausstellung mit Bildern von Eduard Munch – formierte sich 1898 als Gegenentwurf zu dem konventionellen Kunstbetrieb die „Berliner Secession“, zu deren Gründungsmitgliedern Baluschek gehörte.



FOTO: ARCHIV BRÖHANMUSEUM

Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete er verstärkt als Illustrator, wirkte aber auch als Dozent an der Berliner Volkshochschule. Durch eine 1924 von Friedrich Wandel geschriebene Monografie über den Künstler verfestigte sich sein Ruf als „marxistischer“ Maler des „Lumpenproletariats“, was ihm nach 1933 zum Verhängnis wurde, und so wurde er von den Nationalsozialisten wegen seiner „entarteten Kunst“ geschmäht. Aller seiner Ämter enthoben starb Baluschek am 28. September 1935 in Berlin.

Wiedereröffnung

Am 12. Mai wird das Berliner Bröhan-Museum in der Schloßstraße 1a mit der Ausstellung „Zu wenig Parfüm, zu viel Pfütze: Hans Baluschek zum 150. Geburtstag“ wieder für den Besucherverkehr geöffnet. Dabei wird auf die strikte Einhaltung der Hygieneregeln sowie des Abstandsgebots geachtet. So dürfen sich nur jeweils 30 Personen in den Ausstellungsräumen aufhalten. Die Dauerausstellung bleibt weiterhin geschlossen.

www.broehan-museum.de

MELDUNGEN

Bahnhof ohne Flick-Kunst

Berlin – Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) und die Contemporary Art Limited (CAL) haben sich darauf geeinigt, den 2003 geschlossenen Leihvertrag über die Friedrich-Christiana-Flick-Collection, die von der Nationalgalerie am Standort Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart präsentiert wird, am 30. September 2021 auslaufen zu lassen. Grund für diese plötzliche Auflösung der Zusammenarbeit ist der Abriss der Rieck-Hallen neben dem Hamburger Bahnhof, die einst auf Kosten der CAL hergerichtet wurden. Eine österreichische Immobiliengesellschaft, auf deren Grund die Hallen stehen, will dort neu bauen lassen. Die Sammlung Flick mit Werken moderner Kunst war nicht unumstritten. Sie verlieh dem rampolierten Image des Hamburger Bahnhofs einigen Glanz, gründete aber auf einen Konzern, der in der NS-Zeit Zwangsarbeiter beschäftigte. Dank zweier Schenkungen von Friedrich Christian Flick bleiben Berlin aber 268 wichtige Werke der zeitgenössischen Kunst erhalten. *tws*

Brandenburg öffnet Museen

Potsdam – Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) öffnet in Brandenburg und Berlin ausgewählte Museumschlösser wieder für den Publikumsverkehr. Vom 12. Mai kann man folgende Einrichtungen wieder besuchen: in Potsdam die Bildergalerie, die Neuen Kammern und das Chinesische Haus im Park Sanssouci; in Brandenburg die Schlösser Rheinsberg (und das Kurt-Tucholsky-Literaturmuseum), Oranienburg und Caputh; in Berlin den Neuen Flügel des Schlosses Charlottenburg, das Mausoleum im Schlossgarten Charlottenburg sowie das Schloss Schönhausen. Außerdem bleiben die Park- und Gartenanlagen der SPSG – mit Ausnahme der Pfaueninsel in Berlin – zugänglich. Um Infektionsrisiken durch das Coronavirus zu reduzieren, sollen sich die Besucher an die geltenden Abstands- und Hygieneregeln halten. Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes ist Pflicht. *tws*

Monet geht in Verlängerung

Potsdam – Bereits seit dem 6. Mai ist das Potsdamer Museum Barberini wiedereröffnet. Es hat seine wegen des „Lockdowns“ wochenlang unterbrochene Monet-Ausstellung jetzt bis zum 19. Juli verlängert. *tws*

Th.-Mann-Preis für Bossong

Lübeck – Die Bremer Autorin Nora Bossong erhält den mit 25.000 Euro dotierten Thomas-Mann-Preis. Die Verleihung findet am 12. November im Theater Lübeck statt. Zuletzt erschien 2019 ihr Roman „Schutzzone“. *tws*

FRÜHRÖMANTIK

Eingedeutschter Shakespeare

„Sein oder Nichtsein“ eines Übersetzers und Gelehrten – Vor 175 Jahren starb August Wilhelm Schlegel

Neben der Luther-Bibel gibt es wohl nur eine weitere Übersetzung, gegen die bis heute kein Kraut gewachsen ist: Die Schlegel/Tiecksche Übersetzung der Werke Shakespeares besitzt in Deutschland so etwas wie Kanoncharakter. Jeder kennt sie und hat sie vielleicht sogar gelesen.

Mit August Wilhelm Schlegel, Ludwig und Dorothea Tieck sowie Wolf Graf von Baudissin war eigentlich ein vierköpfiges Übersetzerkollektiv am Projekt beteiligt. Initiator und mit 17 übersetzten Dramen fleißigster Mitarbeiter aber war der vor 175 Jahren gestorbene A. W. Schlegel. Der vom Aufklärer Wieland, der eine erste Prosa-Übersetzung schuf, und Goethe

„entdeckte“ Shakespeare wurde durch Schlegel/Tieck quasi eingedeutscht und zum Romantiker umfunktioniert.

In der Keimzelle der deutschen Romantik, Jena im Jahre 1797, entstanden mit „Ein Sommernachtstraum“, „Romeo und Julia“ und „Julius Caesar“ die ersten Übersetzungen. Der 1767 in Hannover geborene Schlegel war auf Schillers Veranlassung an die Universität von Jena als Privatdozent geholt worden. Den dort zum Teil auch in einer Hausgemeinschaft lebenden „Jenaer Kreis“ um A. W. Schlegel, seinen Bruder, den Literaturkritiker Friedrich, deren Frauen Caroline und Dorothea, den Philosophen Fichte sowie die

Dichter Tieck und Novalis bezeichnete man auch als „Romantische Schule“.

Was die englische Sprache betrifft, war Schlegel Autodidakt. Er ist nie auf die Insel gereist, hat aber für sein Shakespeare-Projekt eifrig Vokabeln gepaukt. So mancher Wortwitz ist ihm dabei durchgerutscht, und manche seiner Verse klingen hölzern: „Wir sind solcher Zeug / Wie der zu Träumen, und dies kleine Leben / Umfaßt ein Schlaf“. So prosaisch übersetzt er die Rede des Prospero im „Sturm“, wo es heißt, „We are such stuff / As dreams are made on“. Johannes Mario Simmel machte daraus den poetischen Romantitel „Der Stoff aus dem die Träume sind“.

Obgleich er mit „Ion“ auch ein von Goethe aufgeführtes Drama schrieb, war Schlegel weniger Dichter als Gelehrter. So hielt er in Wien bedeutende Vorträge zur romantischen Theorie und über „Dramatische Kunst und Literatur“, gab mit seinem Bruder Friedrich die Literaturzeitschrift „Athenäum“ heraus und lehrte in Bonn Indologie und das neue Wissenschaftsfach Vergleichende Linguistik. Daneben war er Sekretär (und vielleicht auch Liebhaber) der exilierten französischen Autorin Madame de Staël.

Am Ende überlebt er fast alle Frühromantiker und starb am 12. Mai 1845 in Bonn im Alter von 77 Jahren. *H. Tews*

GUSTAV H. LÜBBE

Nicht nur ein König der Groschenhefte

Wenn man bedenkt, dass Gustav Lübbes Vater Landwirt war, verlief das Berufsleben des Verlegers erstaunlich stringent. Es begann nach der Schule mit einer Schriftsetzerlehre. Während des Zweiten Weltkrieges, an dem der 1918 in Engler, Landkreis Osna-brück, geborene Preuße von 1919 bis 1945 teilnahm, machte er Abitur. Anschließend arbeitete er als Journalist. Daneben veröffentlichte er die zwei Romane „Das unguete Geld“ und „Die zweite Geburt“.

Für einen Mann der Presse, der Romane schrieb und geschäftstüchtig war, lag es nicht wirklich fern, dass er nebenbei Romanhefte an Pressegrossisten und Bahnhofshändler verkaufte. Das tat er ab 1949 zusammen mit seiner Ehefrau Ursula geborene Sprenger. Im darauffolgenden Jahr beteiligte er sich an dem von Ilse Tormin 1949 gegründeten Kölner Bastei-Verlag, den er 1953 vor dem Konkurs rettete und als Verleger übernahm. Den damals noch kleinen Verlag baute Lübbe zum Groschenheft-Imperium aus. Besonders erfolgreich war er mit Romanheftserien. Bereits ein Jahr nach der Verlagsübernahme betrat „Jerry Cotton“ die Bühne. Kein Kriminalromanserienheld ist im deutschsprachigen Raum erfolgreicher als New Yorks legendärer FBI-Agent, der es, dargestellt von George Nader, auch in die Kinos schaffte.

Ganz Journalist, war Lübbe auch auf dem Gebiet der Regenbogenpresse erfolgreich. Die seit 1971 wöchentlich erscheinende Frauenzeitschrift „Das Goldene Blatt“ sei hier als ein Beispiel genannt.

Doch der Abiturient, der es im Krieg immerhin bis zum Hauptmann gebracht hatte, wollte mehr. Der Mann mit der erklärten Überzeugung, dass viele über den „einfachen Lesestoff zu gehobener Unterhaltung und oft sogar zu anspruchsvoller Lektüre gelangen“, wollte auch letztere anbieten. 1963 gründete er den Gustav Lübbe Verlag, der das Angebotssortiment um Bücher und niveauvolleren Lesestoff erweiterte. Hier konnte der leidenschaftliche Hobbyhistoriker und Kunstliebhaber mit entsprechenden vornehmlich kulturell und geschichtlich orientierten Sachbüchern seinem Hobby fröhnen. Aber auch anspruchsvolle Unterhaltungsliteratur wurde ins Verlagsprogramm aufgenommen.

Das Herz des Verlegers war weniger leistungsfähig als sein Verstand. Im gar nicht einmal so hohen Lebensalter von 77 Jahren verstarb Gustav H. Lübbe vor einem Vierteljahrhundert, am 18. Mai 1995, an Herzversagen.

Manuel Ruoff



Vor 25 Jahren gestorben: Gustav H. Lübbe im Jahre 1981

ROTE ARMEE FRAKTION

Andreas Baader: Geburtsstunde des linken Terrors

Vor einem halben Jahrhundert wurde der damals 27-Jährige von Gesinnungsgenossen aus der Haft befreit. An dieser sogenannten Baader-Befreiung wird bis heute das Entstehen der RAF festgemacht



Das Fluchtfenster steht noch offen: Polizeibeamte bei der Spurensicherung an der Rückseite des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen der FU Berlin in der Miquelstraße

VON KLAUS J. GROTH

Die Befreiung des Häftlings Andreas Baader gilt als Geburtsstunde der Rote Armee Fraktion (RAF). Nach dessen Flucht am 14. Mai 1970 überzogen die Links-Terroristen der Baader-Meinhof-Bande, ausgebildet in Lagern der Palästinenser, die Bundesrepublik Deutschland mit brutaler Gewalt. Die Bilanz des Terrors: 34 Morde, 200 Verletzte, diverse Geiselnahmen, Banküberfälle und Sprengstoffattentate.

Baader war gemeinsam mit Gudrun Ensslin 1968 wegen versuchter menschengefährdender Brandstiftung in zwei Frankfurter Kaufhäusern zu jeweils drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Neun Anwälte hatten die Verteidigung übernommen, unter ihnen Horst Mahler und der spätere Bundesinnenminister Otto Schily. Von Ost-Berlin angeheizt, hatten sich große Teile der Studentenschaft radikalisiert, nachdem der Student Benno Ohnesorg 1967 erschossen worden war. In West-Berlin marschierten 50.000 Menschen bei der Mai-Demonstration, der Kampf gegen die Notstandsgesetze begann, auf den Studentenführer Rudi Dutschke wurde geschossen, der Verlag Axel Springer wurde belagert. In jener aufgewühlten Zeit wurde der Prozess gegen Ensslin und Baader geführt. Gegen das Urteil von drei Jahren Zuchthaus legte die Verteidigung Revision ein, der Vollzug wurde ausgesetzt. Ensslin und Baader setzten sich nach Paris ab. 1970 kehrten beide nach Berlin zurück. Sie wohnten bei der Journalistin Ulrike Meinhof, bis ein V-Mann einen Hinweis auf Baader gab. Der wurde festgenommen und in der Justizvollzugsanstalt Tegel inhaftiert.

Meinhofs Flucht war nicht geplant

Seitdem planten Gesinnungsgenossen die Befreiung. Eine wesentliche Rolle spielte dabei der Verleger Klaus Wagenbach. Für ein angebliches, gemeinsames Buchprojekt von Meinhof und Baader zur „Organisation randständiger Jugendlicher“ beantragte Wagenbach „Ausführung zum Quellenstu-

dium“. Das sollte im Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) stattfinden.

Am Tag zuvor hatten die Gesinnungsgenossinnen Ingrid Schubert und Irene Goergens das Institut in Augenschein genommen. Ulrike Meinhof saß bereits im Lesesaal, als am nächsten Tag Baader, begleitet von zwei Beamten, eintraf. Wenig später kamen auch Schubert und Goergens, mussten aber außerhalb des Lesesaals bleiben. In einem unbeobachteten Moment betätigten sie den automatischen Türöffner für die Außenpforte. Ein Mann mit Kopfmassage stürmte herein, in jeder Hand eine Pistole. Ihm folgte eine ebenfalls maskierte Frau. Georg Linke, ein Mitarbeiter des Instituts, versuchte sie aufzuhalten. Der Eindringling schoss und traf Linke. Mit zwei Mitarbeiterinnen des Instituts flüchtete der schwerverletzte Linke durch ein Fenster. Derweil waren Schubert und Goergens zum Lesesaal gerannt, gefolgt von den beiden Maskierten. Schubert und Goergens schossen mit Gaspistolen. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem ein Aufseher der maskierten Frau die Perücke vom Kopf riss, es war Ensslin. Sein Kollege schlug zugleich dem maskierten Mann eine Baretta aus der Hand. Der schoss

eine Ladung Tränengas ins Gesicht des Aufsehers. Baader sprang aus dem Fenster, Meinhof folgte. Die anderen schossen noch mehrere Gaspistolen ab, bevor auch sie aus dem Fenster sprangen. Auf der Straße standen zwei Fluchtautos.

Die Flucht der Journalistin Meinhof war nicht geplant gewesen. Sie hatte im Institut bleiben wollen, um später über die Befreiung zu berichten. Der Einsatz der scharfen Pistole hatte alles geändert. Die Gruppe versteckte sich in der Wohnung einer Freundin Meinhofs.

Während die Fahndung nach Baader und dessen Befreiern auf Hochtouren lief, war die Gruppe in Berlin untergetaucht. Kontaktfäden liefen zu dem Kabarettisten Wolfgang Neuss sowie den Rechtsanwälten Kurt Groenewold, Mahler und Schily. Zugleich machten die Linksextremisten den ersten Schritt in die Öffentlichkeit. Das anarchistische Blatt „Agit 883“ veröffentlichte im Juni 1970 einen Text, der forderte: „Die Rote Armee aufbauen!“ Drei Wochen nach der gewaltsamen Befreiung Baaders betrat die RAF damit die Bühne.

Mehrere Mitglieder der Gruppe waren inzwischen enttarnt worden, ihre Steckbriefe hingen aus. Dennoch wagten sich etliche von ihnen zum nächtlichen

Baden an den Schlachtensee, die Pistolen versteckten sie in ihren Kleidern. Baader und Freundin Ensslin fuhren mit großem Wagen auf dem Kurfürstendamm, wo sie teuer einkauften. Sie wollten chic ausgestattet sein, wenn sie sich nach Jordanien absetzten.

Zwei Jahre später begann das Töten

Über einen Palästinenser hatte die Gruppe Kontakt zur Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas (Fatah) aufgenommen. Geplant war die militärische Ausbildung in einem Camp der palästinensischen Fedajin. Die Reisevorbereitungen standen vor dem Abschluss, die Flugtickets waren für den 8. Juni 1970 beim DDR-Unternehmen Interflug gebucht, die Hotelzimmer in Beirut bestätigt.

Zum Abschied hatte Meinhof ein Tonband besprochen, das dem „Spiegel“ vorgespielt wurde. Das Magazin druckte davon Teile. Meinhof äußerte sich zur Gewalt gegenüber Polizisten: „... und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.“

Nicht alle, die an der Befreiung Baaders beteiligt waren, hatten sich in den Libanon abgesetzt. Im Oktober 1970 wurden Goergens, Schubert und Mahler in Berlin festgenommen. Bei dem folgenden Prozess im März 1971 verteidigte Schily Mahler, die Verteidigung der beiden Frauen übernahmen Klaus Eschen und Hans-Christian Ströbele. Eschen und Ströbele betrieben in Berlin das „Sozialistische Anwaltskollektiv“, dem auch Mahler angehörte. Wegen versuchten Mordes und Gefangenbefreiung verurteilte das Gericht Schubert zu sechs Jahren Freiheitsstrafe, Goergens zu vier Jahren Jugendstrafe, Mahler wurde freigesprochen.

Zwei Jahre nach der Befreiung Baaders begann das Morden der Baader-Meinhof-Bande.

Kurzporträts



Nach fünf Sprengstoffanschlägen mit vier Toten sowie mehreren Bankrauben wurde **Andreas Baader** 1972 verhaftet und fünf Jahre später zu lebenslanger Haft verurteilt. Er wählte 1977 den Freitod



Nach fünf Bombenanschlägen mit vier Todesopfern wurde **Gudrun Ensslin** 1972 verhaftet und wegen vierfachen Mordes 1977 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Sie beging 1977 Selbstmord



Nach ihrer Teilnahme an der sogenannten Mai-Offensive der Rote Armee Fraktion wurde die Journalistin **Ulrike Meinhof** 1972 festgenommen. Sie wurde 1974 in ihrer Zelle erhängt aufgefunden

VON FRIEDRICH-WILHELM
SCHLOMANN

Deutsche Frontsoldaten aus dem Zweiten Weltkrieg sind eine Seltenheit geworden. Wer jetzt noch lebt, ist über 90 Jahre alt und gehört zum letzten Aufgebot der Wehrmacht. Die damalige Hitler-Jugend, aufgeteilt in Sparten wie Motor-, Funker- und Flieger-HJ, fand viel Interesse bei uns Jugendlichen: Letztlich stellte sie eine vormilitärische Erziehung dar. So konnte ich mit knapp 16 Jahren mit einem Maschinengewehr sowie einem kleinen Granatwerfer scharf schießen. Im Frühjahr 1945 erhielten wir in einem Wehrrüchtigungslager eine kurze, aber harte Soldatenausbildung.

Mit 16 Jahren eingezogen

Als die Rote Armee vor Berlin stand, wurde ich zur Führernachwuchsschule II des Heeres in Potsdam eingezogen. Nach sieben Tagen Ausbildung im Häuserkampf zogen wir jungen Soldaten an die Front Berlin-Potsdam. Wir besaßen weder Soldbuch noch Wehrpass. Es hieß, sie würden folgen – was indes nie geschah. So wurden später viele tote Kindersoldaten namenlos begraben. Ich selbst trug einen Zettel mit meiner Heimatadresse bei mir.

50 Jahre später hatten viele Schwierigkeiten, diese Zeit für ihre Rente anzurechnen. Beweise waren schwierig, zumal man nach dem Gesetz erst mit 17 Jahren Soldat werden konnte. Die meisten von uns verbanden in ihrem Fanatismus ihr Leben mit dem Schicksal unseres Deutschlands unter Adolf Hitler. Hinzu kamen die Schrecken der russischen Streitkräfte bei ihrem Vorgehen, die Angst vor Gefangenschaft saß tief. Hitlers Worte, die Sowjets würden vor Berlin die größte Niederlage erleben, gaben uns Mut.

„Den Führer 'raushauen“

Eines Morgens war das benachbarte Schützenloch leer. Die zwei Deserteure habe man aufgehängt, was wir kommentarlos hinnahmen. Bei einem Angriff der russischen Soldaten habe ich zwei erschossen. Auch der Einsatz ihrer Flammenpanzer brach nicht unseren Widerstand, obwohl wir Angst hatten. Vielleicht galt Gleiches für die Gegenseite. Jedenfalls konnten wir uns nachts unbemerkt mit Sturmbooten über die Havel absetzen. Wir sollten den Kessel aufreißen und „den Führer 'raushauen“. Doch allzu bald blieben wir im russischen Sperrfeuer liegen. Unvergesslich ist mir, wie ein Bekannter meiner Heimatstadt verwundet um Hilfe schrie, eine Hilfe, die feindlicherseits verhindert wurde. Die Abstände seiner Rufe wurden zusehends größer, seine Stimme kraftloser und dann war er ganz still.

Seiner Mutter habe ich später nicht sein allmähliches Sterben erzählt, sondern ihr vorgelogen, er sei sofort erschossen gewesen. Wir mussten viele Leichen sehen, auch vergewaltigte Frauen im Alter von sieben bis 70 Jahren. Wir bekamen Verstärkung: Ein bunter Haufen älterer Soldaten, Luftwaffen-Angehörige, Männer vom Volkssturm und Reichsarbeitsdienst. Viele waren 14-jährige Hitlerjungen in ihrer Uniform, ich sah sie auf Fahrrädern mit zwei Panzerfäusten. Beim Befehl „Panzerknacker nach vorn“ gingen sie, obwohl sie gewiss ahnten, dass sie nicht zurückkehren würden.

Erbitterte Straßenkämpfe in Golm

Der Ort Golm brachte erbitterte Straßenkämpfe. Feindliche Panzer tauchten auf, fast automatisch schoss ich mit der Panzerfaust, traf auch einen und wurde zugleich verwundet, die ganze linke Körperseite schien zerfetzt zu sein. Ich weinte vor Schmerz, schleppte mich ins nahe Frontlazarett. Hier saß neben mir ein knapp 14-jähriger Hitlerjunge mit einem Wangendurchschuss, er heulte nach seiner Mutter, ich habe ihn nie wiedergesehen. Ein Arzt mit einer 16-jährigen Krankenschwester stellte bei



Für viele Deutsche endete der Kriegsdienst in der Gefangenschaft: Ein von US-Truppen 1945 gefangener Junge Foto: akg images

KRIEGSENDE

Erinnerungen eines Kindersoldaten

Der 1928 im damals preußischen Lüneburg geborene Autor beschreibt, wie er das Kriegsende vor 75 Jahren erlebte

mir 33 Granatsplitter fest, das sei aber „nicht schlimm“.

Verbandsmaterial war knapp, ich musste operiert werden. Als ich später den Raum verlassen konnte, stand ein „Iwan“ mit seiner Kalaschnikow vor mir – tat mir aber nichts. Getrieben von Angst vor Sibirien, bin ich auf recht primitiven Krücken dann nachts mit drei Soldaten geflüchtet. Um einem Auftauchen von Russen zu entgehen, mussten wir immer wieder stoppen. Erst nach sieben Stunden erreichten wir wieder deutsche Linien in einer Entfernung von nur rund fünf Kilometern.

Am 4. Mai erreichten wir die Elbe

Ende April gelang es der Armee Wenck, den Kessel Berlin-Potsdam gerade in unserer Gegend für einige Stunden zu sprengen. Mehr konnten die total erschöpften Soldaten nicht tun, es fehlte zudem an Munition. Mit sechsspännigen Pferdewagen zogen wir in Richtung Westen, durch brennende Dörfer, und wurden oft in Schießereien mit versprengten Sowjetsoldaten verwickelt. Die Strapazen verlangten das Letzte.

Am 4. Mai erreichten wir bei Tangermünde die Elbe im Rücken der „Iwan“, auf dem anderen Ufer der „Ami“. Am Abend sangen wir noch unser Deutschlandlied, auch ich hatte Tränen in den Augen. Wir fragten uns, was aus unserem Deutschland wird. Am nächsten Morgen überquerten wir die schon unter russischem Beschuss liegende Brücke und begaben uns in US-Kriegsgefangenschaft. Drei Tage später gelang dem späteren Außenminister Hans-Dietrich Genscher als einem der Letzten noch der gleiche Weg.

Noch Jahrzehnte träumte ich von einem Kindersoldatengesicht, durch das ein Bajonett ging

Später wurde ich aus britischer Gefangenschaft entlassen. In den gleichen Tagen haben die Engländer meine Heimatstadt Schwerin den sowjetischen Streitkräften überlassen. Angesichts der Gerüchte, diese würden entlassene Soldaten erneut gefangen nehmen, machte ich mich noch jünger mit kurzen Haaren, recht kurzer Kniehose und ließ alles Militärische verschwinden.

Um eine echte Jugend gebracht

Dem russischen Grenzposten stotterte ich etwas von „Mamma“ und „Doma“, er ließ mich passieren. Bald lag ich meiner überglücklichen Mutter in den Armen (mein Vater war in US-Gefangenschaft). Erst allmählich stellten wir fest, dass man uns eine echte Jugend gestohlen hatte. Wir waren bloßes Kanonenfutter und starben für Hitler, der selbst feigen Selbstmord beging.

Keine einzige Wehrmachtkartei registrierte unsere Wehrmachteinheit, nur die Briten hatten mich als Gefangenen registriert. Der Weg ins Normalleben war nicht leicht. Am 1. Oktober 1945 jedenfalls gingen wir wieder zur Schule, manche einstigen Schüler kamen nicht vom Krieg zurück, andere waren verwundet, ich ging noch mit einem Handstock. Noch Jahrzehnte träumte ich von einem Kindersoldatengesicht, durch das ein Bajonett ging. In ungeheizten Schulräumen in Mänteln ohne Schulmittel, eigentlich immer hungrig – dennoch waren wir sehr glücklich, dem so vielen Kriegstoten mit toten Kameraden, brennenden Panzern und vergewaltigten Frauen entronnen zu sein.

SHB

Zwischen Jusos und Marxisten

Wer vor der friedlichen Revolution in der Bundesrepublik studierte, begegnete ihm meist, dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB). Nicht selten koalierte der SHB als Juniorpartner mit dem Marxistischen Studentenbund (MSB). Doch was war seine parteipolitische Heimat? Das Logo mit dem Buch, dem Zahnrad und dem Handschlag erinnerte sehr an Symbole von Staaten und Parteien des real existierenden Sozialismus, doch die DKP hatte ja bereits mit dem MSB eine Studentenorganisation. Und in der Tat hatte der SHB im Gegensatz zum MSB, den Juso-Hochschulgruppen und dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) keine Mutterpartei.

Letzteres gilt zumindest für die beiden letzten Jahrzehnte seiner Existenz. In deren erstem Jahrzehnt war das noch anders gewesen, aber da stand die Organisation noch weiter rechts und „SHB“ für „Sozialdemokratischer Hochschulbund“. Als solcher wurde der SHB vor 60 Jahren, am 9. Mai 1960, von Abtrünnigen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) gegründet. Ab 1946 hatte der SDS als Hochschulverband der SPD fungiert, aber der SDS wurde den Sozialdemokraten zu links. Sie förderten deshalb die Abspaltung des SHB und machten ihn zu ihrem neuen Hochschulverband. Der SDS überlebte die Loslösung von der SPD bis zu seiner Selbstauflösung 1970.

Kurioserweise erlitt dann der SHB dasselbe Schicksal wie vorher der SDS. Sein Marsch nach links mit einer Annäherung an SDS und MSB hatte zu einer Entfremdung von der SPD geführt. Letztere löste sich 1971 vom SHB und stellte dessen finanzielle Unterstützung ein. Ein Jahr später folgte der Beschluss des SPD-Parteivorstandes, dem SHB das Prädikat beziehungsweise Attribut „sozialdemokratisch“ abzuerkennen. So wurde aus dem „Sozialdemokratischen“ der „Sozialistische Hochschulbund“. Die damalige Rolle des SHB bei der Loslösung der SPD von der SDS übernahmen nun die Juso-Hochschulgruppen.

Allerdings war der Bruch nicht ganz so hart wie weiland beim SDS. So hatte die SPD 1972 die Unvereinbarkeit von SPD- und SDS-Mitgliedschaft beschlossen. Einen derartigen Unvereinbarkeitsbeschluss gab es hinsichtlich des SHB nicht. Umgekehrt unterschied sich der SHB vom MSB trotz aller sonstigen Annäherung wenigstens noch darin, dass er die SPD als reformierbar erachtete.

Nach der friedlichen Revolution erlitt der SHB das Schicksal so vieler Organisationen, die bis dahin von jenseits des Vorhangs unterstützt worden waren und denen die Durststrecke bis zum Beginn des Kampfes gegen rechts in der rot-grünen Regierungssära Gerhard Schröders zu weit war. Nachdem die Juso-Hochschulgruppen die angestrebte Fusion abgelehnt hatten, löste sich der SHB-Bundesverband 1992 auf.

Manuel Ruoff



FOTO: MARIELUISE BECK

Auch ein Ex-SHBler: Marieluise Beck

VON WOLFGANG KAUFMANN

So mancher Wirtschaftsexperte versucht derzeit vorherzusagen, wie die wirtschaftlichen Spätfolgen der Corona-Krisenmaßnahmen aussehen könnten. Besonders fundierte Aussagen finden sich in der unlängst veröffentlichten Studie „Longer-Run Economic Consequences of Pandemics“ (Längerfristige wirtschaftliche Auswirkungen von Pandemien) aus der Feder von Oscar Jorda, Sanjay R. Singh und Alan M. Taylor, welche im Auftrag der Federal Reserve Bank of San Francisco entstand. Darin beschreiben die drei Wissenschaftler vom Department of Economics der Universität von Kalifornien in Davis unweit der kalifornischen Hauptstadt Sacramento die Konsequenzen von 15 Pandemien der Vergangenheit, in deren Verlauf mehr als 100.000 Menschen starben.

Die Bandbreite reicht dabei von der mittelalterlichen Pestwelle zwischen 1347 und 1352 mit bis zu 75 Millionen Opfern, welche als „Schwarzer Tod“ in die Geschichte einging, über die möglicherweise noch verheerendere Spanische Grippe, die ab 1918 grassierte, bis zur Schweinegrippe-Pandemie von 2009/10.

Im Zuge ihrer Analyse einer Vielzahl von historischen Quellen aus sieben Jahrhunderten – betreffend etwa die Zinssätze, Arbeitslöhne und Unternehmensgewinne – gelangten Jorda, Singh und Taylor zu recht eindeutigen Ergebnissen: Danach waren die wirtschaftlichen Effekte der Pandemien während der Zeit von 1347 bis 1968/69 im Durchschnitt noch 40 Jahre später nachweisbar. Das gelte zwar gleichermaßen für Kriege, jedoch hätten die Waffengänge andere Folgen gezeitigt, da es bei bewaffneten Konflikten zur verbreiteten Zerstörung von Werten komme, woraus dann eine intensive Aufbauaktivität resultiere. Der Impuls aus einem solchen Wiederaufbau entfalle nach Pandemien.

Schub für neue Technik

Gleichzeitig schmälere Arbeitskräftemangel die Gewinne all derer, die Lohnarbeiter beschäftigten, was freilich bloß für Pandemien mit hohen Sterberaten bei Erwerbstätigen gelte. Nur dann nämlich Sorge die Verknappung von Arbeitskräften für einen spürbaren Lohnanstieg. Allerdings falle der in den ersten Jahren nach dem Ende der Pandemie noch relativ moderat aus und erreiche erst drei Jahrzehnte später seinen Höhepunkt. Anschließend fielen die Löhne wieder, weil eine neue Generation von Arbeitnehmern herangewachsen sei.

Darüber hinaus hätten die Pandemien des Mittelalters und der Frühen Neuzeit auch einen Technisierungsschub ausgelöst. So steche ins Auge, dass die Einführung beziehungsweise Nutzung von Erntemaschinen und anderen Hilfsmitteln in der Landwirtschaft sowie der Nahrungsmittelbranche immer dann besonders zügig vorangeschritten sei, wenn zuvor eine mörderische Seuche gewütet habe.



Tiefgreifende Langzeitfolgen: Wegen „Lockdown“ geschlossenes Café in Berlin

Foto: imago images/Seeliger

SPÄTFOLGEN

Pandemien haben die Wirtschaft oft für Jahrzehnte verändert

Forscher haben die Nachwirkungen von Seuchenwellen seit dem „Schwarzen Tod“ 1347 bis in die jüngste Zeit untersucht: Manches wiederholt sich offenbar, manches könnte diesmal ganz anders werden

Sehr intensiv befassten sich Jorda, Singh und Taylor auch mit der Entwicklung des Realzinses, also der Differenz zwischen dem jeweils marktüblichen Zinssatz und der Inflationsrate. Demnach gab es nach den Pandemien zunächst geringfügige Anstiege des Realzinses, bevor dieser in den darauffolgenden zwei Jahrzehnten um durchschnittlich 1,5 Prozent sank und selbst 40 Jahre später noch 0,5 Prozent unter dem Ausgangswert lag. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu den Verhältnissen im Anschluss an Kriege: Da war der Realzins stets kontinuierlich gestiegen, bis er nach 20 Jahren um einen Prozentpunkt höher lag.

Gleichzeitig fanden die drei kalifornischen Ökonomen auch Unterschiede zwischen einzelnen Staaten, wobei ihr Fokus vorrangig auf Europa liegt. So brach der Realzins im Nachgang zu den Pandemien vor allem in Frankreich, Spanien und Italien ein und verharrte dort auch dauerhaft auf deutlich niedrigerem Niveau. Dahingegen fiel er in Deutschland und Großbritannien nur um rund 0,4 Prozentpunkte und erholte sich bereits nach 30 Jahren vollständig. Somit gab es also offenbar schon früher ein gewisses Nord-Süd-Gefälle, was die Anfälligkeit der jeweiligen Volkswirtschaften für pandemiebedingte Turbulenzen betraf.

Schon früher Nord-Süd-Gefälle

Ebenso fanden Jorda, Singh und Taylor heraus, dass nach den Seuchenwellen die Sparquote stieg, derweil die Zinsen dann niedriger lagen. Ganz offensichtlich suchten die Menschen, sich für weitere Krisen zu wappnen, indem sie Geld auf die hohe Kante legten, auch wenn das kei-

ne sonderlichen Gewinne versprach. Und zu guter Letzt folgten den Pandemien verschiedene wirtschaftspolitische Umwälzungen oder der Ruf nach solchen, wobei größere Gerechtigkeit per Lastenverteilung im Vordergrund stand. Das wiederum bahnte politischen Strömungen den Weg, welche sich genau dies auf ihre Fahne geschrieben hatten.

Allerdings bleibt fraglich, ob solche Szenarien auch für die Zeit nach der Corona-Krise gelten. Immerhin weist diese einige Besonderheiten auf: Zum Ersten sterben mit (weniger „an“) Covid-19 nahezu nur Menschen, welche ohnehin sehr nahe am Rande des Ablebens stehen und daher nicht mehr erwerbstätig sind, weshalb es zu keinem signifikanten Rückgang der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte kommt. Zum Zweiten waren die Zinsen bereits vor den Corona-Maßnahmen extrem niedrig. Daher ist ein weiteres Absinken kaum mehr möglich. Und zum Drit-

ten dürfte die Mentalität der Menschen heute eine andere sein, was das Sparen betrifft. Immerhin spannt der Staat nun allerlei soziale Netze auf, wovon diejenigen am meisten profitieren, die keine Rücklagen gebildet haben.

Andererseits wird auch die Corona-Pandemie technische Innovationen hervorbringen – vor allem natürlich solche, welche in Zeiten von Kontakt- und Ausgangssperren den Alltag und die Berufsausübung erleichtern. Ebenso könnte es wieder zu politischen Veränderungen kommen. Darauf deuten die jetzt laut werdenden Forderungen nach Sonderopfern der Vermögenden sowie die Zentralisierungs- und Reglementierungstendenzen in vielen Staaten unter dem Deckmantel einer effektiveren Corona-Bekämpfung hin. Dabei dürften die pandemiebedingten Umwälzungen aber von Land zu Land unterschiedlich verlaufen – so wie das früher auch der Fall war.

TRAUMA PANDEMIE

Furcht um die wirtschaftliche Existenz steht an erster Stelle

Bis hin zu weit mehr Suiziden: Britische und US-Wissenschaftler untersuchen die seelischen Folgen von Corona und „Lockdown“

Durch Corona und „Lockdown“ werden unzählige Menschen auch psychischen Schaden nehmen. Hierzu gibt es erste wissenschaftliche Studien, wie die von Henning Goersch, Professor für Bevölkerungspsychologie und Katastrophenmanagement an der privaten Akkon-Hochschule für Humanwissenschaften in Berlin. Darüber hinaus analysierten Forscher vom King's College in London um die Psychologin Samantha Brooks ältere Untersuchungen über die seelischen Auswirkungen der SARS-Pandemie von 2002/2003 und diverser Ebola-Ausbrüche in Afrika.

Angst und Hilflosigkeit

In beiden Fällen identifizierten die Experten zahlreiche seelisch krankmachende

Stressfaktoren: behördlich verfügte Einschränkungen, Langeweile, Isolation und Einsamkeit, Vorherrschen negativer Affekte wie Angst und Hilflosigkeit sowie das Gefühl der totalen Fremdbestimmung, fehlende Alltagsroutinen in Kombination mit unzureichenden Bewältigungsstrategien, antisoziale beziehungsweise riskante Verhaltensweisen von Mitmenschen, fehlende oder widersprüchliche Informationen seitens offizieller Stellen und Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz.

Letzteres ist das definitiv größte Problem der Menschen in der „Lockdown“-Krise, wie Goerchs Befragungen ergaben. Dahingegen landete die Angst vor einer Ansteckung mit dem Virus SARS-CoV-2

nur auf Platz Acht der meistgehegten Befürchtungen derzeit.

Andererseits unterscheiden sich die Reaktionsweisen je nach Persönlichkeit des Einzelnen: Humorvolle Optimisten, welche zudem noch kreativ sind, erleiden kaum Schaden – genau wie die Introvertierten, denen Kontakt- und Ausgangssperren sogar entgegenkommen. Für die Mehrzahl der Menschen wird die Situation allerdings zunehmend prekär, was insbesondere für jene 2,5 Millionen Deutsche gilt, die sich schon vor der Corona-„Lockdown“-Krise in psychiatrischer oder psychologischer Behandlung befanden. Bei denen dürfte es nun oft zu deutlichen Verschlimmerungen der Krankheits- oder Störungsbilder kommen.

Besonders wahrscheinlich ist dabei die Verstärkung oder Entstehung von Angstneurosen und Posttraumatischen Belastungssyndromen, Zwangsstörungen sowie Suchterkrankungen aller Art. Ebenso droht eine Zunahme schwerer Persönlichkeitsstörungen.

Das böse Erwachen kommt noch

Und sicherlich treten vermehrt Depressionen und andere affektive Psychosen auf, was wachsende Suizidraten impliziert. Über deren genaues Ausmaß lässt sich derzeit nur spekulieren. Nach der Finanzkrise von 2008 ermittelten Wissenschaftler aus Großbritannien und Hongkong einen Anstieg der Selbstmordzahlen in 54 Industriestaaten um durch-

schnittlich 3,3 Prozent. Das wären in Deutschland reichlich 300 Suizide mehr pro Jahr als sonst. Doch diese Werte könnten in der „Lockdown“-Krise deutlich übertroffen werden, weil die psychischen Belastungen deutlich extremer sind und zudem mehr ohnehin schon gefährdete Menschen treffen.

Die Auswirkungen des seelischen Leidensdrucks der Bevölkerung dürfte umso dramatischer ausfallen, je übertriebener oder ungerechter die staatlicherseits verhängten Einschränkungen im Laufe der Zeit erscheinen und je größer der wirtschaftliche Schaden gerät. Dann könnte es nach dem Ende des Pandemie-Albtraums ein sehr böses Erwachen innerhalb der Gesellschaft geben. W.K.



LANDWIRTSCHAFT

So schlimm wie die Corona-Krise

In Ostpreußen droht die größte Dürre seit 100 Jahren – Regierung fördert Gegenmaßnahmen

VON EDYTA GLADKOWSKA

Ein Winter ohne Schnee und der bislang trockene Frühling kündigen eine Dürre an, welche die größte seit 100 Jahren werden könnte. Im März war der Niederschlag in der gesamten Republik Polen der niedrigste in den letzten 30 Jahren. Das Jahr 2019 hat bereits gezeigt, dass die Auswirkungen der Dürre sich auf die Lebensmittelpreise und die Verfügbarkeit von Leitungswasser auswirken. Und die Prognosen für 2020 sind noch schlechter. Nach zwei Wochen ohne Regen im April waren die Wasservorräte im Boden nur noch gering, und das bedeutet Wassermangel für die Pflanzen.

Laut der Staatlichen Wasserwirtschaft „Polnische Gewässer“ betrug der Niederschlag im ganzen Land nur 67 Prozent des langjährigen Durchschnitts. Dass bedeute meteorologische Dürre. Der Mangel an Niederschlägen wirkt sich auf die Bodenfeuchtigkeit und die Vegetation aus. Die Landwirte werden gezwungen sein, die Felder zu bewässern, und deswegen werden die Lebensmittelpreise steigen. Gemüse- oder Obstbauern können noch bewässern, Getreidebauern jedoch nicht. Für einen Preisanstieg könnten auch die Bodenfröste sorgen, die nach warmen Tagen im Februar und März auftraten, als die Samen keimten und die Obstbäume Knospen trieben. Sie beschädigten die Pflanzen und wirken sich letztendlich auf die Größe der Ernte aus.

Zusammen mit dem Grundwasserspiegel sinkt auch der Wasserstand in Flüssen und anderen Wasserläufen. Es ist ein weiteres Jahr in Folge ohne Schnee im Winter. Langsam schmelzender Schnee ist notwendig, um Boden, Flüsse und Grundwasserschicht mit Wasser zu versorgen. Niedrige Wasserstände in Flüssen sind ein weiteres Symptom für Dürre. Hinzu kommt die wachsende Brandgefahr in Wäldern. Auf der Karte der meteorologischen Überwachung von Waldgebieten ist fast das gesamte Land mit roter Farbe bedeckt, was auf ein hohes Brandrisiko in den staatlichen Wäldern hinweist.

Die Situation im südlichen Ostpreußen ist noch nicht kritisch. Das Gebiet ist



Eigentlich sollten sich hier schon die ersten Pflanzen zeigen: Ausgetrocknetes Feld im Raum Allenstein

Foto: E.G.

auf der Karte gelb markiert, was für eine mittlere Gefahr steht.

Zentral- und Zentralostpolen sind besonders anfällig für die Auswirkungen der Bodentrockenheit. Die Daten deuten auf eine sehr intensive meteorologische und landwirtschaftliche Dürre auf der Hälfte des Gebietes des südlichen Ostpreußen hin. Nur leichter Regen, der mehrere Dutzend Tage lang ununterbrochen fällt, könnte diese Prognosen noch verbessern. Ein solcher Niederschlag wird jedoch derzeit vom Institut für Meteorologie und Wasserwirtschaft nicht prognostiziert und ist zu dieser Jahreszeit unwahrscheinlich.

In der Republik Polen werden die Auswirkungen der Trockenheit mit dem Programm „Stoppt die Dürre!“ bekämpft. Für die Verbesserung des Wasserhaushalts des Landes wurden umgerechnet 455 Millionen Euro bereitgestellt. Darüber hinaus wurden 86 Millionen Euro für Wartungsarbeiten sichergestellt. In diesem Jahr sind weitere 13,5 Millionen Euro für das sogenannte Rigole-Retentionsprogramm (Rückhaltung von Regenwasser) vorgesehen, das ausschließlich der Land-

wirtschaft dient. Zurzeit verzögern sich die Arbeiten allerdings aufgrund der Corona-Krise.

Die Landwirte aus dem südlichem Ostpreußen haben sich wegen der bereits zyklisch auftretenden Dürre an den Landwirtschaftsminister gewandt mit der Forderung, Maßnahmen zur Modernisierung von landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen des „Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums 2014 bis 2020“ Hilfen zum Kauf von Maschinen und Technologien zur Begrenzung des Wasserverlustes zu leisten.

Perioden von Trockenheit oder Überschwemmungen sind zyklische Phänomene, die seit Hunderten von Jahren beobachtet und aufgezeichnet werden. Es wird vermutet, dass diese Phänomene mit der Sonnenaktivität verbunden sind, welche die Bildung von Wolken in der Atmosphäre beeinflusst.

Um den Zustand der Wasserressourcen in der Republik Polen zu verbessern, sind große Stauseen und Rückhaltebecken erforderlich, die genügend Wasser für die Regionen bereitstellen. Dafür sind beachtliche Investitionen nötig, um sol-

che Rückhaltebecken in den nächsten Jahren zu bauen.

Es gibt jedoch auch andere Lösungen, die viel schneller eingeführt werden könnten. Im Rahmen lokaler Aktivitäten können kleine Stauseen oder Teiche angelegt werden – die sogenannte kleine oder Mikro-Retention. Im Kampf gegen die Dürre ist es entscheidend, Grünflächen zu gestalten, Bäume und Sträucher in Ödland, ländlichen und städtischen Gebieten zu pflanzen. Es empfiehlt sich auch, in städtischen Parks und sogar in Hinterhofgärten Blumenwiesen zu schaffen. Sie benötigen wenig Bewässerung (wie Rasenflächen) und unterstützen die Bodenfeuchtigkeit perfekt. Darüber hinaus bieten sie einen Lebensraum für Insekten, Vögel und andere Tiere, was der Erhöhung der biologischen Vielfalt dient. Wichtig sind auch Regenwassersammlersysteme oder Regengärten, die mit Regenwasser versorgt werden. Hilfreich kann es auch sein, wenn die Bevölkerung ihre Gewohnheiten ändert oder indem sie kein Trinkwasser zur Bewässerung des Gartens zum Autowaschen verwendet. Diese Tipps kann jeder befolgen.

MELDUNGEN

Badestelle am Haff

Frauenburg – Noch vor dem Sommer wird eine neue Badestelle am Frischen Haff in Frauenburg fertig sein. Die Kosten für deren Einrichtung betragen umgerechnet zirka 660.000 Euro. Frauenburg sei ein Kurort und die Badestelle solle einer der Orte werden, die helfen sollten, die Gesundheit der Kurgäste und Touristen zu erhalten, sagte Damian Krasicki, stellvertretender Bürgermeister von Frauenburg. „Dort entstehen zwei Volleyball-Spielflächen, ein Sanitärgebäude, Therapie-Einrichtungen, ein Außen-Kraftsportraum und ein Platz für verschiedene gemeindliche Veranstaltungen.“ Trotz der Corona-Epidemie gehen die Arbeiten entsprechend den Planungen weiter. Die Fertigstellung ist für Ende Mai vorgesehen. Der Auftragnehmer ist eine lokale Firma aus Braunsberg. Die Europäische Union unterstützt das Projekt mit 572.000 Euro. PAZ

Straßenausbau in Lötzen

Lötzen – Der Bau eines Kreisels auf der Kreuzung Neuendorfer Straße (Richtung Schwiddern) mit der Umgehungsstraße wird kontinuierlich fortgesetzt. Die Generaldirektion für Staatsstraßen und Autobahnen hat einen Vertrag mit einem neuen Auftragnehmer unterschrieben, weil der bisherige seinen Vertragsverpflichtungen nicht nachgekommen war. Die Arbeiten sollten bereits im Mai vergangenen Jahres beendet sein. Die Firma Strabag sprang nun als neuer Auftragnehmer ein und versprach, das Bauvorhaben innerhalb von fünf Monaten für umgerechnet 748.000 Euro umzusetzen. „Der Auftrag für den Unternehmer beinhaltet neben dem Bau des Kreisels ebenso den Ausbau der Umgehungsstraße auf vier Spuren mit Geh- und Radwegen sowie einem Dienstweg“, sagte der Pressesprecher der Allensteiner Abteilung der Generaldirektion, Karol Glebocki, in einem Interview gegenüber Radio Allenstein. PAZ

WARENTRANSIT

Königsberger Gebiet wird wichtiges Drehkreuz

DB und Russische Staatsbahnen arbeiten im internationalen Güterverkehr zusammen – Erfolgreiche Anbindung an Seidenstraße

Die Russischen Staatsbahnen und die deutsche Gesellschaft DB Cargo haben eine internationale Route für den Güterverkehr von China nach Deutschland eingerichtet, die über Königsberg verläuft. Derzeit führen beide Unternehmen ein gemeinsames Projekt zur Transitlieferung von Ladungen aus China nach Europa über den Königsberger Seehandelshafen auf der Route Xi'an-Königsberg-Rostock-Duisburg durch.

Der erste Zug startete am 25. März in China. Auf der Überland-Eisenbahnlinie erreichte er am 5. April Königsberg. Der Zug transportierte 49 40-Fuß-Container, gefüllt mit Konsumgütern. Nach der Umladung im Königsberger Hafen ging der Transport noch am selben Tag auf dem



Königsberger Südbahnhof: Die Pregelmetropole wird ein Drehkreuz der Neuen Seidenstraße

Foto: J.T.

Seeweg weiter nach Rostock. Die Gesamtlieferzeit der neuen Route soll zwei Wochen nicht überschreiten, während der Transport ausschließlich auf dem Seeweg dreimal so lange dauern würde. Es ist geplant, die Strecke Xi'an-Duisburg über den Königsberger Hafen dauerhaft zu betreiben. Auf posi-

tive Erfahrungen kann das Unternehmen DHL zurückblicken. Im Oktober 2019 schickte das Unternehmen zusammen mit Xi'an International Inland Port Investment & Development einen Testcontainerzug auf die Strecke Xi'an-Hamburg. Die Strecke führte durch Kasachstan, Russland, Weißrussland, Litauen und das Königsberger Gebiet, wo der Zug am Grenzübergang Heiligenbeil [Mamonovo-Braniewo] die russisch-polnische Grenze überquerte. Dabei wurde ein neuer Geschwindigkeitsrekord für den Transport aufgestellt: Er verkürzte sich auf zwölf Tage. Die DHL hat daraufhin beschlossen, eine regelmäßige Route für den Gütertransport durch das Königsberger Gebiet einzurichten. Die Frachtbasis der

Route soll von Herstellern verschiedener Waren in Xi'an bereitgestellt werden, wo sich die Automobil- und Elektronikindustrie positiv entwickelt.

In letzter Zeit hat der Güterverkehr über das Königsberger Gebiet ständig zugenommen. Bemühungen, die westlichste Region der Russischen Föderation in das Projekt der „Neuen Seidenstraße“ zu integrieren, haben zu positiven Resultaten geführt. Im Jahr 2018 wurde das entsprechende internationale Abkommen unterzeichnet, mit dem ein neuer Transportkorridor Europa-Russland-China eröffnet wurde. Damals kam der erste Containerzug aus der Republik Polen in Insterburg [Tschernjachowsk] mit Waren für Asien an. Jurij Tschernmyschew

Wir gratulieren...



chert, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Kerbst, Heinz, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Mayer, Elfriede, geb. **Sbrzesny**, aus Lyck, am 12. Mai

Jösten, Brigitte, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. Mai
Jürgen, Gisela, geb. **Lukat**, aus Plein, Kreis Elchniederung, am 4. Mai
Küsener, Erna, geb. **Sotzek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 10. Mai

Michaelis, Ursula, geb. **Berger**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. Mai
Rosinski, Christel, geb. **Meyer**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. Mai
Szameit, Horst, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Woggon, Ruth, geb. **Palluck**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blumenscheit, Hans, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Fäsecke, Gerda, geb. **Meschkat**, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Gornecki, Gertrud, geb. **Botzkowski**, aus Osterschau, Kreis Neidenburg, am 8. Mai
Heinius, Walter, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Hoffmann, Fritz, aus Wehlau, am 13. Mai

Kuhn, Elisabeth, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 12. Mai
Schulte, Gerhard, Kreis Fischhausen, am 12. Mai
Tuma, Elli, geb. **Rücklies**, aus Imten, Kreis Wehlau, am 14. Mai

ANZEIGE

Masuren und Danzig
Reisen mit der MS CLASSIC LADY
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 92. GEBURTSTAG

Boch, Edeltraud, geb. **Kensy**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Bruchmann, Helene, geb. **Scheffler**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 13. Mai
Brunkhorst, Erna, geb. **Tomuschat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Damrau, Alfred, aus Kumehnen, Kreis Fischhausen, am 12. Mai
Ende, Hildegard, geb. **Gehse**, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 12. Mai
Fröhlich, Bruno, aus Ortelsburg, am 12. Mai
Kondoch, Dr. Hartmut, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 8. Mai
Lewandowski, Eva, geb. **Tomuschat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai
Pasternak, Erika, geb. **Weisflog**, aus Wehlau, am 10. Mai
Pettenpaul, Karl-Heinz, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 11. Mai
Scheffler, Ilse, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Sopha, Charlotte, geb. **Berg**, aus Norgau, Kreis Fischhausen, am 9. Mai
Soppa, Werner, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Mai
Stern, Margarete, geb. **Palloks**, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Wenig, Anne-Eva, geb. **Philipp**, aus Kirschnehen, Kreis Fischhausen, am 13. Mai
Wotzke, Elisabeth, geb. **Organowski**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 14. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ahrens, Gertrud, geb. **Kolletzki**, aus Pertelnicken, Kreis Fischhausen, am 11. Mai



Sportstadt Königsberg Ostpreußens Hauptstadt war nicht nur das politische Zentrum der preußischen Provinz, sondern auch ein Mittelpunkt des ostpreußischen Sportlebens. Besonders beliebt war traditionell das Rudern. Gleich mehrere Vereine wie der Königsberger Ruder-Club (KRC), der RC Germania und der Ruder-Verein „Prussia“ waren in der Stadt am Pregel ansässig. Das Bild oben zeigt das Anrudern der Königsberger Rudervereine bei den Packhöfen im Hafen (um 1910–12).

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Becker, Gerda, geb. **Preuß**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Mai
Benter, Margot, geb. **Hoff**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Fanghauser, Hildegard, geb. **Salewski**, aus Neidenburg, am 8. Mai
Füseke, Elly, geb. **Dohmann**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 13. Mai
Gustafson, Edith, geb. **Besmehn**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Ingmann, Lisbeth, geb. **Grigo**, aus Krassau, Kreis Lyck, am 10. Mai
Kämmereit, Christel, geb. **Gottschalk**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 6. Mai
Kinzel, Gerda, geb. **Noetzel**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Leonhardt, Herta, geb. **Wenz**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 8. Mai
Mundt, Hildegard, geb. **Kowalewski**, aus Treuburg, am 13. Mai
Rentzsch, Hildegard, geb. **Henseleit**, aus Ebenrode, am 14. Mai
Rossmann, Walter, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 9. Mai
Sadra, Eva-Maria, geb. **Mahrenholz**, aus Selsen, Kreis Elchniederung, am 12. Mai
Wienefeld, Christel, geb. **Kullik**, aus Lyck, Hindenburgstraße 22, am 12. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Chmielewski, Willi, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, am 8. Mai
Dempke, Melitta, geb. **Döschler**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 14. Mai
Gollub, Adeltraud, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 10. Mai
Herrmann, Siegfried, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 11. Mai
Kwiatkowski, Margot, geb. **Gelhaar**, aus Bolzhaben, Kreis Elchniederung, am 5. Mai
Mischke, Inge, geb. **Grzeski**, aus Allenstein, am 11. Mai
Olbrisch, Waltraud, geb. **Grabosch**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Mai
Scharna, Monika, geb. **Preuss**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 9. Mai
Schrenke, Eva, geb. **Gelhaar**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Mai
Vogt, Lena, geb. **Jotzo**, aus Martinsthöhe, Kreis Lyck, am 8. Mai
Vonscheidt, Ilse, geb. **Jenzewski**,

aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 10. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Christmann, Ilse, geb. **Szoebb**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 9. Mai
Drubba, Helmut, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 10. Mai
Gehlhaar, Helga, geb. **Voß**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Mai
Goldberg, Margarete, geb. **Zins**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 8. Mai
Hincke, Wally, geb. **Stein**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 13. Mai
Höpting, Hildegard, geb. **Fröhlich**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 9. Mai
Hüsgen, Elisabeth, geb. **Rosinski**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 11. Mai
Jelonnek, Erhard, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 8. Mai
Jorkowski, Heinz, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai
Klein, Anneliese, geb. **Rissmann**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. Mai
Kosik, Ewald, aus Rettkau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai
Kruse, Eva, geb. **Woykenat**, aus Treuburg, am 9. Mai
Lankeit, Wilhelm, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 11. Mai
Pieroen, Ilse, geb. **Schmidtke**, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Pletz, Margarete, geb. **Ufermann**, Kreis Ebenrode, am 11. Mai
Plogsties, Werner, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Mai
Reisch, Irmgard, geb. **Sachs**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 10. Mai
Riebeseel, Anna, geb. **Lottermoser**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 12. Mai
Roth, Eveline, geb. **Hoffmann**, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 12. Mai
Saborosch, Helmut, aus Wasienen, Kreis Neidenburg, am 14. Mai
Sdun, Christa, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 10. Mai
Slopianka, Günter, aus Hartwigswalde, Kreis Neidenburg, am 13. Mai
Trümper, Brigitte, geb. **Sukowski**, aus Marscheiten, Kreis Fischhausen, am 9. Mai
Wallesch, Werner, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai
Weiß, Dieter, aus Neukuhren,

Kreis Fischhausen, am 11. Mai
Zakfeld, Gertrud, geb. **Kläs**, aus Neidenburg, am 14. Mai
Zerrath, Herbert, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, am 3. Mai
Zielasko, Gerhard, aus Sentken, Kreis Lyck, am 10. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Dormann, Erika, geb. **Günther**, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 13. Mai
Fröhlich, Barbara, geb. **Napolski**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 12. Mai
Kallweit, Dieter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. Mai
Kirstein-Maetzold, Bärbel, geb. **Kirstein**, aus Ebenrode, am 14. Mai
Kollack, Ingrid, geb. **Wilzewski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 13. Mai
Leng, Gunter, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Mai
Meinecke, Irma, geb. **Dickmann**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Mai
Narzi, Renate, geb. **Schaschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Mai
Niemzig, Heinz-Günter, aus Lyck, am 9. Mai
Nitsche, Gudrun, geb. **Wohlfahrt**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Mai
Schreiber, Ilse, geb. **Pogodda**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 14. Mai
Schröder, Helga, geb. **Türk**, aus Metgethen, Kreis Fischhausen, am 8. Mai
Schwekutsch, Elvira, geb. **Kroska**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 11. Mai
Sternberg, Gerhard, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 12. Mai
Streueck, Elfriede, geb. **Sturm**, aus Schweppehn, Kreis Memel, am 12. Mai
Tischmann, Günter, aus Prostken, Kreis Lyck, am 8. Mai
Zurhausen, Erika, geb. **Klemens**, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 1. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Brosch, Joachim, aus Ortelsburg, am 9. Mai
Schmiedel, Hans Joachim, aus Fischhausen, am 9. Mai
Wilken, Waltraud, geb. **Mildt**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 9. Mai

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Die 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg im Juni muss wegen der Corona-Pandemie leider ebenso ausfallen wie der **Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“** in Allenstein und das **Ostpreußische Sommerfest** in Wuttrienen im Juli.

Weiterhin geplant sind...

18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Bitte vormerken für 2021
Jahrestreffen der Ostpreußen, 05.06.2021, CongressPark Wolfsburg

Wegen der Corona-Krise kann es auch weiterhin zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 21/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 21/2020 (Erstverkaufstag 22. Mai) bis spätestens Dienstag, den 12. Mai 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Geschichte Ostpreußen war seit alters her auch ein Land der Pferde. Dementsprechend gab es in fast allen Städten regelmäßig stattfindende Pferdemarkte. Die Aufnahme oben zeigt den Vieh- und Pferdemarkt in Goldap (um 1930). Im Hintergrund zu sehen ist der „Ostpreußische Hof“. Das Gebäude ist noch erhalten, das Gebäude rechts daneben mit dem zweistöckigen Erker ebenfalls. *Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe
 Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar
 Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landesgruppe – Liebe Mitglieder der Landesgruppe, wir alle sind betroffen von den Einschränkungen, die uns das Coronavirus bescherte. Leider auch einige unserer Veranstaltungen. Sehr schmerzhaft ist, dass das Kulturzentrum Ostpreußen den für den 25. April geplanten Landeskulturtag absagen musste. Das Schloss und damit auch der Flügel des Kulturzentrums ist vorerst wegen der Corona-Einschränkungen geschlossen. Derzeit ist geplant, die Tagung zu nächst um zwei Monate auf einen Termin Ende Juni/Anfang Juli 2020 zu verschieben.

Wir gehen davon aus, dass der Herbsttermin – der Kulturtag der Landesgruppe Bayern – ohne Einschränkungen stattfinden kann. Wenn Sie sich also auf den Termin gefreut hatten – so wie wir – so bleibt uns nur die Hoffnung auf den Nachholtermin – oder auf unseren Landeskulturtag im Herbst. Wir wünschen Ihnen und Ihren Liebsten, dass Sie gut über die Corona-Krise hinwegkommen, und freuen uns auf ein Wiedersehen zur nächstmöglichen Gelegenheit.
Der Vorstand

Bremen
 Das Spargelessen der Frauengruppe, das am 13. Mai 2020 im „Hotel Robben“ – Grollander Krug geplant war, kann aufgrund der weiterhin bestehenden Vorsichtsmaßnahmen leider nicht stattfinden.

Auch die Zusammenkünfte der Frauengruppe, die eigentlich an jedem dritten Donnerstag im Monat im „Hotel zur Post“ stattfinden, müssen bis einschließlich Juli entfallen.

Unsere Geschäftsstelle ist bis zur Sommerpause nur telefonisch erreichbar. Wenn sie ein Anliegen an uns haben, nutzen sie dort bitte unter (0421)3469718 unseren Anrufbeantworter.

Wir bedauern sehr, dass wir bis auf Weiteres keine persönli-

chen Begegnungen haben können und wünschen allen Mitgliedern und Freunden unserer Landsmannschaft gesundheitlich alles Gute!

Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Landesgruppe – Der Vorstand der Landesgruppe Hessen sieht sich veranlasst, wegen der Coronapandemie die vom 9. bis 10. Mai 2020 geplante Kulturtagung leider abzusagen.

Nordrhein-Westfalen
Vorsitzender: Wilhelm Kreuer,
Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964)1037. Fax (02964)945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Vom Ordenskrenz zur Elchschaufel, von der Maas bis an die Memel zur dreigeteilten Provinz. Gedenkschrift der Landesgruppe NRW, 70 Jahre Landesgruppe NRW e.V. 1949–2019, 320 Seiten, A5-Format, 5,00 Euro zuzüglich Versandkosten.

Die Gedenkschrift enthält zahlreiche Abbildungen in Farbe und schwarz-weiß. Sie stellt ein Zeit-, Geschichts- und Kulturdokument ersten Ranges dar.

Bestellungen bitte an: Brigitte Schüller-Kreuer, Schriftführerin der Landesgruppe NRW, E-Mail: Schueller-Kreuer@Ostpreussen-NRW.de oder telefonisch unter (02224) 9873767.



Ennepetal – Sehr geehrte Damen und Herren, aufgrund der bekannten Corona Krise möchte ich hiermit unsere Feier „65 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, Gruppe Ennepetal“ am 14.5.2020 und alle weiteren monatlichen Termine in unserer Heimatstube bis auf Weiteres absagen.
 Mit freundlichen Grüßen
 Monika Wakenhut

1. Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen Gruppe Ennepetal

Düren – Sehr geehrte Damen und Herren, die Heimatabende der Landsmannschaft Ost-Westpreußen Kreisgruppe Düren eV. fallen wegen der Corona-Epidemie bis auf Weiteres aus.

Kulturzentrum Ostpreußen
 im Deutschordenschloß Ellingen

Wegen der aktuellen Corona-Ausbreitung bleibt die Residenz Ellingen bis auf Weiteres für den Besuchsverkehr geschlossen.

Aus diesem Grunde kann auch die Ausstellung „Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Hauptmann von Köpenick“ derzeit nicht besichtigt werden. Sobald der Besuch der Ausstellung wieder möglich sein wird, werden wir Sie informieren. Aktuelle Informationen finden Sie auch auf unserer Internetseite: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Unser Museum bleibt digital geöffnet

Seit einigen Wochen schon hat das Ostpreußische Landesmuseum den Regierungsaufgaben gemäß alle Ausstellungen geschlossen und auch die sonstigen Veranstaltungsangebote vollständig abgesagt.

Damit entfällt zunächst unter anderem leider auch die Eröffnung der großen diesjährigen Sonderausstellung „Sielmann!“ über den großartigen Tierfilmer Heinz Sielmann. Diese tolle Ausstellung ist bereits aufgebaut, die Verantwortlichen hoffen, sie den Besuchern so bald wie möglich präsentieren zu können.

Wie viele Kulturinstitutionen will das Museum wenigstens auf digitalem Weg die Ausstellungen und Sammlungen zeigen. Jede Woche soll deshalb ein Video erscheinen, in dem einige Exponate vorgestellt werden oder über ein Ausstellungsmodul berichtet wird.

Noch nicht fest steht, ob der für den 25. Mai um 18.30 Uhr geplante Vortrag „Faszinierende Artenvielfalt und landschaftliche Ästhetik – Heidelandschaften in Europa“ von Hannes Petrischak stattfinden kann. Bitte informieren Sie sich hierzu zeitnah auf der Webseite.

www.ostpreussisches-landesmuseum.de

ANZEIGE

Bestellen Sie ganz einfach unter (040) 41 40 08 42

Preußische Allgemeine Zeitung

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name/Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 BIC: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit das ostpreußische Schlemmerpaket als spezielle PAZ-Prämie.

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Preußische Allgemeine Zeitung. Die Wochenzeitung für Deutschland.

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreter: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel.: 04102 - 823 300, Fax: 04102 - 47 39 608, Handy: 0151-18 46 100, E-Mail@gmx.net

Terminabsage

Das für den 9. Mai 2020 vorgesehene Jahreshaupttreffen der Angerapper in Ahrensburg wird aufgrund der Corona-Krise abgesagt. Alle gebuchten Zimmer im „Hotel Am Schloß“ wurden storniert. Ob in diesem Jahr noch ein

Jahreshaupttreffen stattfinden kann, ist ungewiss.

Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Homepage www.angerapp.com. Bleiben Sie alle gesund!



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 - 983-31 00; Fax: 04261 - 983 -31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

66. Angerburger Tage (Hauptkreisreffen für den Landkreis Angerburg) am 11. und 12. September 2020 in Rotenburg (Wümme), Kreishaus, Hopfengarten 2.



Bartenstein

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Tel.: 09349 - 929 252, Fax: 09349 - 929 253, csgroeben@gmx.de

Das diesjährige Heimatkreisreffen der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein wird am Sonntag, 5.9.2020 in Nienburg/Weser im Hotel zur Krone stattfinden.



Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstr. 6, 52146 Würselen, Tel.: 02405-73810, GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Tel./Fax: 034203 - 33 567

Hinweis: Das für den 16. Mai 2020 in Lüneburg geplante Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und Elchniederung fällt aufgrund der aktuellen Situation aus.



Fischhausen

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. Familienforschung: Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de, Internet: www.kreis-fischhausen.de. Geschäftsstelle: Fahltkamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

Das 66. Heimattreffen der Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau e.V. findet am zweiten September-Wochenende, 12. und 13.9.2020, in der Patenstadt Eckernförde statt.



Heiligenbeil

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Das Heiligenbeiler Kreistreffen 2020 findet vom 11. bis 13. September in Haases Hotel in Burgdorf statt. Haases Gasthaus „Zur Erholung“ GbR, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf. Telefon: (05136)8879 0

E-Mail: info@hotel-gasthaus-haase.de. Am 12. September 2020 findet im Rahmen des Treffens im Hotel auch um 15.30Uhr das Sondertreffen der Stadtgemeinschaft Zinten statt.



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osna-net.de. Stellvertreterin: Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel. Geschäftsstelle und Heimatmuseum: Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de. Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Liebe Mitglieder und Freunde der Kreisgemeinschaft Lötzen, wie Sie vielleicht mitbekommen haben, wurde unsere Geschäftsstelle neu besetzt. Geschäftsstelle und Heimatmuseum: Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr.

Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Aufgrund der Situation wegen des Coronavirus bleibt die Heimatstube der Kreisgemeinschaft Neidenburg in Bochum-Werne, Kreyenfeldstr. 31, bis auf Weiteres geschlossen. Wir bitten um Verständnis für diese außergewöhnliche Maßnahme und wünschen Ihnen beste Gesundheit.



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

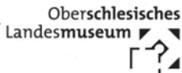
Liebe Ortelsburgerinnen und Ortelsburger,

Oberschlesisches Landesmuseum OSLM

Wegen der Coronavirus-Pandemie werden die für Mai geplanten Veranstaltungen und Ausstellungen des OSLM vorerst ausgesetzt. Das Museum bleibt für Besucher weiterhin geschlossen. Doch nutzt das OSLM-Team die Zeit zur Vorbereitung der nächsten großen Sonderausstellung, die sich mit schlesischen Persönlichkeiten befassen wird. Darüber hinaus hat das OSLM bereits mit digitalen Angeboten auf die Krise reagiert und einen virtuellen Rundgang durch die Osterei-Ausstellung entwickelt, der auf den Facebook-Seiten des Oberschlesischen Landesmuseums veröffentlicht wurde. Es gab viel positive Resonanz,

so dass nun auch zur aktuellen Sonderausstellung „Schaukelpferd und Zinnsoldaten. Kindheit und Jugend in Schlesien“ eine ähnliche Präsentation erarbeitet werden soll. Bereits fertiggestellt und bei YouTube online ist der Video-Beitrag zum Vortrag von Dr. Gregor Ploch über „Die geopolitische Neuordnung Europas nach 1918 und ihre Folgen für Oberschlesien“.

Kontakt und Information: Oberschlesisches Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen (Hösel), Tel.: +49 (0) 21 02 - 96 50, info@oslm.de, www.oslm.de sowie die OSLM-Kanäle in den sozialen Medien



PAZ wirkt!

Rätsel

Grid of crossword puzzles with clues in German. Includes a small Sudoku puzzle and a 'So ist's richtig' section with a word search.

Sudoku

6x6 Japanese-style Sudoku puzzle grid with numbers 1-9.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

6x6 Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6.

Diagonalrätsel

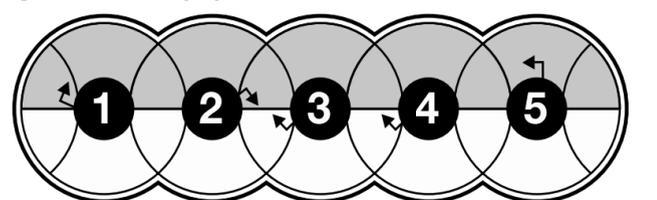
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Synonyme für Debakel.

- 1 Stöpsel, Zapfen
2 Schülerin
3 griechische Bergnymphe
4 Arztbesuch
5 Preisabzug
6 Apfelsine

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Natriumsulfat.

- 1 Handwerker, 2 Hafenstadt in Westafrika (Guinea-...), 3 Urbevölkerung von Spanien, 4 Entschädigung, 5 Vorhandensein einer Sache



Heimatkreisgemeinschaften

im Zusammenhang mit dem Coronavirus sind einige Einschränkungen im öffentlichen Leben notwendig geworden, um die Gesundheit vor allem unserer Mitmenschen der älteren Generation zu schützen. Hierzu zählt insbesondere die Reduzierung von Sozialkontakten.

Für uns bedeutet das konkret, dass wir leider die beiden Heimattreffen im Mai absagen müssen.

Betroffen sind das Heimattreffen der Amtsbezirke Altkirchen, Klein Jerutten, Wildenau, Rheinswein, Farienen, Friedrichshof, Fürstenwalde, Lindenort, Liebenberg, Groß Schöndamerau, Lehmanen und Schöndamerau, das für den 3. Mai 2020 geplant war, und das Heimattreffen der Amtsbezirke Großalbrechtsort, Großheidenau, Kobulten, Steinhöhe, Korpellen, Schiemanen, Mensguth und Willenberg, das für den 9. Mai 2020 geplant war.

Wir bedauern diesen Schritt sehr, doch hoffen wir auf eine Normalisierung unseres Alltags.

Welche Auswirkungen die Ausbreitung des Coronavirus im weiteren Verlauf dieses Jahres haben wird, ist noch nicht absehbar. Wir werden Sie aber über Veröffentlichungen hier in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und über unseren Internetauftritt rechtzeitig informieren.

Seitens des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Ortelsburg wünschen wir Ihnen allen alles erdenklich Gute, wir hoffen, Sie bald gesund wiederzusehen.

Mit den herzlichsten Grüßen
Marc Plessa

Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Ortelsburg

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchverstand und Preußisch Eylauer-Heimattmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Das diesjährige Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau findet am 19. und 20. September 2020 in Verden/Aller statt. Die Veranstaltung wird musikalisch begleitet. Es werden Geschichten vorgelesen und Gedichte vorgelesen. Am 20. September findet eine Feierstunde statt.

Schloßberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale.
Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Das geplante deutsch-russische Kinderferienlager in Otterndorf und auch die Jugendbegegnung in Lasdehnen müssen leider wegen der Coronapandemie in diesem Jahr ausfallen.

Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.

Geschäftsführer: Manfred Urb-schat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Verjüngung der Stadtvertretung

Entsprechend Wahlordnung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. (SGT) entsprechend §9, Abs. 1 der gültigen Satzung hat der Vorstand das Recht und die Pflicht, Kandidaten für die Stadtvertretung der SGT in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ)* vorzustellen. In Ausführung dieser Wahlordnung und unter Beachtung der Rechtshinweise des BdV für die Verbandsarbeit unter den Bedingungen des Versammlungsverbot (siehe PAZ 36(2020) vom 17. April 2020) werden nachfolgend zwei Kandidaten für die Aufnahme in die Stadtvertretung der SGT vorgestellt. Gegebenenfalls sind Einsprüche gegen diese Kandidaten oder Gegenvorschläge seitens der Vereinsmitglieder dem Vorstand mittels Unterschrift von mindestens zehn (10) Mitgliedern zu benennen. Für Gegenvorschläge muss die Einverständniserklärung des Kandidaten beigelegt sein.

Da die ordentliche Versammlung der Mitglieder und der Stadtvertretung zum 15./16. Mai 2020 in Lüneburg (die Einladung erfolgte in PAZ 35/2019) auf unbestimmte Zeit zu verschieben ist, erwartet der Vorstand eventuelle Einsprüche bzw. Gegenvorschläge bis zu diesem Datum.

Selbstverständlich begrüßen die gewählten Stadtvertreter und der Vorstand jede Interessensbekundung für die aktive Mitarbeit in der SGT auch nach diesem Datum ausdrücklich.

Folgende Kandidaten schlägt der Vorstand für die Wahl in die Stadtvertretung der SGT vor:

- Dr. Andreas Kurt Borm, M. A. (Jg. 1981), Mitglied des Bundes Junges Ostpreußen (Beisitzer im Vorstand); Vater aus Tilsit (geb. 1941), Großeltern: Bäckerei Kurt Borm (Rosenstraße) in Tilsit; ab 2001/02 Studium der Fächer Geschichte/Mathematik für das Lehramt an Gymnasien in Heidelberg, Greifswald und Mainz; 2002 Erster Preisträger des Jugendförderpreises der Landsmannschaft Ostpreußen für seine Initiative und Ausführung einer Internetplattform für einen Gedanken- und Dokumentenaustausch über Ostpreußen; seit August 2011 Studienrat, Koordinator einer Schulpartnerschaft mit Polen; 2011–2015 Weiterbildungslehrgang für das Fach Informatik; 2015–2018 Fernstudium Schulmanagement; mehrfache Reisen nach Danzig/Gdansk, Memelland/Litauen, Masuren/Polen, Königsberg/Kaliningrad; April 2017 Promotion über die Entwicklung der Stadt Königsberg zur Großstadt in den 1920er Jahren (Universität Greifswald, online verfügbar).

- Bernd Polte (Jg. 1949), verheiratet mit Frau Inge, geb. Bebersdorf, deren Eltern aus einer Schuhmacher-Generation in Kaukehmen und Heinrichswalde (beides Elchniederung) nach Tilsit übersiedelten. Frau Inge ist Mitglied der Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V., ihre äußerst

eindrucksvolle Familiengeschichte in den Heimatbriefen der Elchniederung, Hefte 68+69; Bernd Polte vom Beruf Binnenschiffer, Berufssoldat NVA 1968–1990, Bundeswehr 1990 –Oberstleutnant; Abschluss Militärakademie Dresden 1987. 1991–2009 Verkaufsführer Melitta-Kaffee für neue Bundesländer. Ordentliches Mitglied in Ausschüssen des Kreistags Prignitz. Gemeindevorte-reter seit 2003 und stellvertreter Bürgermeister seit 2008. Mehrere Besuche im nördlichen Ostpreußen, Hobby – Militärgeschichte, preußische Geschichte. Aktive Teilnahme an Treffen der Stadt- und Kreisgemeinschaften innerhalb der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.; Vorträge, u.a. zu Kirchen in Ostpreußen/Kaliningrader Gebiet.



Rückblende In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand im Fischerdorf Nidden auf der Kurischen Nehrung eine Künstlerkolonie. Zu ihrem zentralen Ort wurde der seit 1867 bestehende Gasthof Blode. Hier stiegen Maler wie Lovis Corinth und Max Pechstein ab, um den Zauber der umliegenden Dünenlandschaft in ihren Bildern wiederzugeben. Zu denjenigen, die sich gar ein Haus auf der Nehrung erbauten, gehörte der Schauspieler Paul Isenfels, von dem diese Aufnahme eines Elches zwischen Nidden und Schwarzort stammt. Foto: Bildarchiv Ostpreußen

eindrucksvolle Familiengeschichte in den Heimatbriefen der Elchniederung, Hefte 68+69; Bernd Polte vom Beruf Binnenschiffer, Berufssoldat NVA 1968–1990, Bundeswehr 1990 –Oberstleutnant; Abschluss Militärakademie Dresden 1987. 1991–2009 Verkaufsführer Melitta-Kaffee für neue Bundesländer. Ordentliches Mitglied in Ausschüssen des Kreistags Prignitz. Gemeindevorte-reter seit 2003 und stellvertreter Bürgermeister seit 2008. Mehrere Besuche im nördlichen Ostpreußen, Hobby – Militärgeschichte, preußische Geschichte. Aktive Teilnahme an Treffen der Stadt- und Kreisgemeinschaften innerhalb der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.; Vorträge, u.a. zu Kirchen in Ostpreußen/Kaliningrader Gebiet.

Die neue Funktion des Sprechers der Stadtvertretung der SGT e.V. ist bereits eingerichtet seit den Vorstandssitzungen Ellingen und Erfurt (siehe PAZ34(2019) bzw. 35(2020).

Prof. Günter H. Hertel
i.A. des 1. Vorsitzenden der
Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.
und Korrespondent zur PAZ.

Hinweis: Das für den 16. Mai 2020 in Lüneburg geplante Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und Elchniederung fällt aufgrund der aktuellen Situation aus.

Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de

Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wriester Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachimscheer@t-online.de

Hinweis: Das für den 16. Mai 2020 in Lüneburg geplante Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und Elchniederung fällt aufgrund der aktuellen Situation aus.

Wehlau

Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640.

Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840.
Internet: www.kreis-wehlau.de

Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Wehlau mit Mitgliederversammlung und Feier des 50-jährigen Bestehens der Städtepatenschaft Bassum-Tapiau.

Freitag, den 11. September 2020, ab 17.00 Uhr, Sonnabend, den 12. September 2020, ab 13.00 Uhr sowie Sonntag, den 13. September 2020, ab 9.30 Uhr im Seminar- und Tagungshaus „Die Freudenburg“, Amtsfreiheit 1a, in 27211 Bassum.

**PAZ
wirkt!**

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch den letzten Heimatort an.

Brandenburg-Preußen-Museum Wustrau

Wieder geöffnet!

Seit Mittwoch, 22. April, dürfen Museen in Brandenburg unter Einhaltung bestimmter Maßnahmen wieder öffnen. Wir können bis zu 20 Besucher gleichzeitig ins Museum lassen, das sollte selbst an Wochenenden nicht zu längeren Wartezeiten führen. Besuche von Gruppen, öffentliche Führungen und Vorträge sind leider weiterhin nicht möglich, daher müssen wir leider alle bis Ende Mai angekündigten Veranstaltungen erst einmal absagen. Bitte halten Sie die Abstandsregel von 1,5 Metern auch im Museum unbedingt ein und machen Sie von den Möglichkeiten einer gründlichen

Händereinigung Gebrauch. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass unsere Mitarbeiter Sie auf das Einhalten von Abständen hinweisen werden.

Wir empfehlen sowohl den Besuch der Hauptausstellung als auch die diesjährige Sonderausstellung „Wilde Heimat Brandenburg“ mit den atemberaubend schönen Naturfotos der Neuruppiner Steinmetzmeisterin und Naturfotografin Anke Kneifel.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Kontakt

Eichenallee 7a, 16818 Wustrau
Telefon: (03 39 25) 7 07 98
museum@bpm-wustrau.de

trag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de.

Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 €. Den Aufnahmean-



KÖNIGSBERGER GESCHICHTE

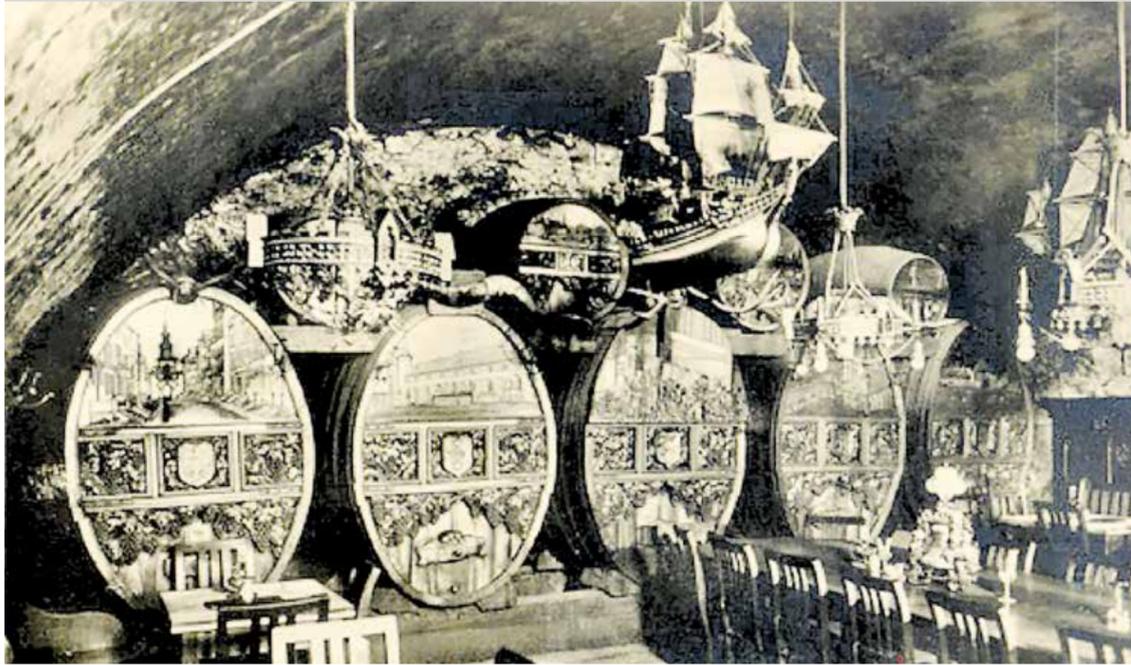
Treffpunkt von Honoratioren und Berühmtheiten

Das Weinlokal „Blutgericht“ war eine äußerst beliebte und weit über die Grenzen Ostpreußens hinaus bekannte Sehenswürdigkeit

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Im „Führer durch Königsberg und Umgebung“ von Gräfe und Unzer aus den 1930er Jahren stößt man auf eine bescheidene Annonce des Wein- und Feinschmeckerlokals „Blutgericht“. Dabei brauchten die „historischen Weinstuben“ im Königsberger Schloss eigentlich keine Reklame, denn wie „Auerbachs Keller“ in Leipzig und der „Schweidnitzer Keller“ in Breslau war das „Blutgericht“ eine überregional bekannte Attraktion für Touristen und Einheimische. Vermutlich entstand das Lokal im 14. Jahrhundert. Der Eingang im Schlossinnenhof befand sich im „Hochmeisterflügel“, dem westlichen Nordflügel des Schlosses, in einem niedrigen Vorbau unter der Holzgalerie. Der schaurige Name erinnerte an die mit diesem Ort verbundenen Schrecknisse der Vorzeit. Er wurde in Anspielung auf die mittelalterliche Blutgerichtsbarkeit der Landesherren von Preußen gewählt. Bei den Verhören wurde üblicherweise die Folter angewendet. Erst Friedrich der Große erließ 1740 ein Folterverbot.

In der Herzogenzeit (ab 1525) dienten viele der ehemaligen Ordensburgen als Gefängnisse und Gerichtsgebäude, so auch die Königsberger Burg. Während die Herzöge und später die Könige im Ost- und Südflügel in der zum Schloss umgebauten Königsberger Burg residierten, war im Nordflügel die Landesverwaltung untergebracht. Seit 1810 tagte das Oberlandesgericht im östlichen Teil des Nordflügels in einem Neubau auf den Fundamenten des alten Kornhauses. Bereits 1713 hatte der sparsame König Friedrich Wilhelm I. den weiteren Umbau der Ordensburg zu einem Renaissance Schloss gestoppt, und das Königsberger Schloss diente seither nicht mehr als zweite Residenz der preußischen Herrscher. Den Gewölbekeller nutzte ab 1738 ein Salzburger Exulant aus der Weinhändlerfamilie Schindelmeißer als



Erinnerungen an schaurige Zeiten der Gerichtsbarkeit: Die „Große Halle“ des Wein- und Speiselokals „Blutgericht“

Weinkeller in Kombination mit einem Weinlokal. Das Angebot an hervorragenden Importweinen aus Frankreich kam gut an bei den Königsberger Honoratioren, Kaufleuten und besser gestellten Handwerkern der Stadt. Die übrigen Gäste waren Studenten, Geschäftsleute, Künstler, Bürger mit einem besonderen Anlass und reisende Besucher.

Berühmt war das „Blutgericht“ für seinen Rotspon – der französische Wein wurde ursprünglich vom Fass gezapft und später in Flaschen abgefüllt – und das „Ochsenblut“: Champagner mit einem Schuss rotem Burgunder. Das übliche Angebot an Speisen waren Königsberger Klopse und Königsberger Fleck (zerkleinerte Rinderkutteln). Von der einmaligen Atmosphäre im „Blutgericht“ wird in etlichen Aufzeichnungen berichtet.

Vom Eingang führte eine Treppe hinunter zur „Großen Halle“ mit dem imposanten Tonnengewölbe. Mit seinen fünf überdimensionalen Prunkfässern, den von der Decke herabhängenden Schiffsmodellen und schmiedeeisernen Kronleuchtern galt der zentrale Raum des Kellerlokals als einzigartige Sehenswürdigkeit. Auf den reich mit Schnitzwerk verzierten Böden der Prunkfässer waren Stadtansichten und Wappen dargestellt. Über dem größten Fass thronte ein angeheiterter Bacchus, der zechende Gott der Reben. Ein Gast, der versehentlich oder ahnungslos prüfend an den Boden eines Weinfasses klopfte, musste gemäß einer alten Sitte eine Runde Rotspon ausgeben.

Die Kellner waren mit ihren blauen Kitteln und Lederschürzen wie Küfer gekleidet. Das rustikale Mobiliar mit den sauber

gescheuerten Tischen erinnerte an den Stil vergangener Jahrhunderte, wie auch die Namen der verschachtelten Räumlichkeiten an die einstige Nutzung gemahnten: Marterkammer, Peinkammer, Diebesgefängnis, Pfefferstüb, Große Glocke, Spanische Nadel.

Etliche Anekdoten über das „Blutgericht“ und seine Gäste hat Walther Franz in seinem 1976 erschienenen Buch „Von Grafen, Pastoren und Marjellchen“ veröffentlicht. Einen einschlägigen Beitrag mit eigenen Erlebnisberichten lieferte der Historiker und Journalist Wilhelm Matull mit seinem 1970 veröffentlichten Bändchen „Das Königsberger Blutgericht“.

Am Konventstisch versammelten sich die Alten Herren der Studentenverbindungen „Gothia“, „Masovia“, „Teutonia“ und „Borussia“. Zu vorgerückter Stunde sangen

sie mehrstimmig das „Stiefellied“ der Königsberger Studenten, das mit dem Vers begann: „Stiefel, musst sterben, bist noch so jung.“ Gemeint war der bekannte Jenaer Theologe und Mathematiker Michael Stifel (um 1487–1567), der zweimal den Weltuntergang vorausberechnet hatte. Im Gang, der zur Haupthalle führte, stand der „Blutrichtertisch“ für die Stammgäste, die als „Blutrichter“ über den roten Rebensaft zu richten hatten. Die Plätze am „Stammtisch der ordentlichen Männer“ waren den Männern und Ehrengästen der Stadt vorbehalten. Unter den Besuchern waren gelegentlich auch Damen. Da sie dem Rebensaft meist in geringerem Umfang zusprachen als die Herren, fröstelten sie jedoch in der Kühle des Gewölbekellers.

In den Gästebüchern der jeweiligen Wirte standen neben den illustren Namen von Künstlern und Dichtern auch originelle Trink- und Sinnsprüche. Der Schriftsteller E.T.A. Hoffmann und der Dramatiker Heinrich von Kleist lernten so manchen Schoppen in diesem tiefen Keller. Auch der 23-jährige Richard Wagner war hier zu Gast, als er am Königsberger Theater engagiert war. Der bekannte ostpreußische Maler Lovis Corinth verewigte sich im Gästebuch ebenso wie Felix Dahn, der Autor des Bestsellers „Kampf um Rom“. Thomas Mann stellte sich ebenfalls ein, nachdem er 1930 in Nidden auf der Kurischen Nehrung sein Ferienhaus gebaut hatte.

Heute ist die Stelle, an der bis zu den verheerenden Luftangriffen auf Königsberg im August 1944 das Königsberger Schloss stand, noch immer ein brachliegender Ort mitten in der Stadt. Die ausgegrabenen Reste der Grundmauern des Schlosses sind teilweise wieder von Gras überwachsen. Vor einigen Jahren entstand der aufsehenerregende Plan, das Schloss historisierend nachzubauen. Dazu wurde ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Der neue Gouverneur des Königsberger Gebiets, Anton Alichanow, hat dieses Vorhaben jedoch auf Eis gelegt.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Als die Stadt durch Flüchtlinge aufblühte

Auf den Spuren von Stadtbaurat Karl Schabik – Gleiwitz erinnert an die Ursprünge seiner modernen Stadtarchitektur

Karl Schabik kannte Gleiwitz [Gliwice] wie seine Westentasche, genau wie Boguslaw Malusecki. Ersterer war von 1919 bis 1945 Stadtbaurat in Gleiwitz und ihm verdankt die Stadt ihr modernes Antlitz. Letzterer ist Leiter des Gleiwitzer Staatsarchivs und leidenschaftlicher Architekturfreund. Maluseckis Ohr ist immer offen, wenn Architekturstudenten oder Dozenten an seine Tür klopfen und in Vorkriegsdokumenten des Staatsarchivs forschen wollen.

Eines Tages besuchte ihn Adam Bednarski, damals noch Student der Architektur. Bednarski forschte nach dem aus Leobschütz [Glubczyce] stammenden Karl Schabik. Malusecki setzte alle Hebel in Bewegung und machte Schabiks Angehörige in der Bundesrepublik ausfindig. Ein Neffe Schabiks konnte sich an seinen Verwandten erinnern und beschrieb ihn als höflichen Menschen, der sehr gut Klavier spielte. Mehr zur Privatperson von Baurat Schabik konnte jedoch nicht herausgefunden werden, sieht man davon ab, dass er verheiratet war und zwei Töchter hatte. Dies berichtete Bednarski gegenüber den „Nowiny Raciborskie“, einem ober-schlesischen Regionalblatt aus dem nahen Ratibor. Bednarski, mittlerweile promoviert und Dozent für Architektur an der Ratibor-

erer Hochschule, blieb am Ball. Er fand heraus, dass, als Karl Schabik nach Gleiwitz kam, einige Bauprojekte schon vor ihm angeschoben worden waren.

Die Stadt platzte aus allen Nähten. Stadtbaurat Schabik konzentrierte sich auf das Entwerfen von Wohnsiedlungen. Nach der Teilung Oberschlesiens mussten noch mehr Wohnflächen für die große Zahl an Flüchtlingen aus dem polnischen Teil der nun geteilten Region geschaffen werden. Schabik arbeitete an einem Flächennutzungsplan für die drei größten bei Deutschland verbliebenen Städte des ober-schlesischen Industriegebiets: Gleiwitz, Beuthen und Hindenburg sowie weitere Anrainer. In diesem Konzept einer Dreistädteeinheit sollte eine gemeinsame Infrastruktur geschaffen werden. „In seinem Flächennutzungsplan realisierte Schabik das Konzept einer Gartenstadt nach Ebenezer Howard, was sich ganz im Trend der Zeit bewegte. Baurat Schabik legte großen Wert auf einen Wohnsiedlungsbau im Grünen. Davon zeugte eine Karikatur in der Presse, die Schabik vor einem Stadtmodell zeigt, auf das er mit großer Geste Bäume stellt“, so Bednarski.

Schabik hat unter anderem das Eichendorff-Gymnasium in der Kattowitzer



Gegen das Vergessen: Boguslaw Malusecki, Leiter des Staatsarchivs zu Gleiwitz, erinnert an Baurat Karl Schabik

Foto: Wagner

Straße [ul. Konarskiego] gebaut und zusammen mit Richard Riedl den Gleiwitzer Zentralfriedhof entworfen. 1925 leitete er die Rekonstruktion der Mariä-Himmelfahrts-Kirche bei Rosenberg [Olesno], der ältesten Schrotholzkirche Oberschlesiens, die danach als Totenkapelle auf dem Gleiwitzer Zentralfriedhof diente.

Bekannt wurde Schabik in Oberschlesien auch durch seinen Entwurf für den Bau des Luxushotels Haus Oberschlesien in der Wilhelmstraße [ul. Zwyciestwa]. „Gleiwitz sollte außerhalb des Zentrums wachsen. In den 30er und 40er Jahren sind die Stadtteile Zernik [Zerniki] und Birkenau O.S. [Brzezinka] beendet wor-

den, die große Siedlung Glaubenstadt [Wilcze gardło] war im Bau. Geplant war diese als Satellitenstadt zwischen Gleiwitz und Peiskretscham [Pyskowice]; ferner plante er die Erweiterung des Stadtteils Laband [Labedy]“, so Bednarski.

Karl Schabik wirkte 26 Jahre lang in Gleiwitz. Am 8. Februar 1945 wurde er vom NKWD inhaftiert und anschließend zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. In Altschewsk [Woroschyłowski] verstarb Schabik an den Folgen der Ruhr. Seine Grabstelle ist unbekannt.

Was blieb, sind seine Pläne, Bauten und ganze Stadtteile. Nur die Erinnerung an den Baurat ist in Gleiwitz verblieben. Damit sich das ändert, arbeiten Bednarski und Malusecki – jeder auf seinem Gebiet – zusammen. Der Dozent Bednarski organisiert neben seinen Publikationen mobile Stadtspiele für seine Studenten und wissbegierige Gleiwitzer. Malusecki macht Führungen auf den Spuren Gleiwitzer Architekten. Beide tun dies in Zusammenarbeit mit dem Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz, einer Organisation die mit der Deutschen Minderheit eng zusammenarbeitet. Chris W. Wagner

VOR 75 JAHREN

Das Kriegsende in Pommern

Die letzten Wochen vor dem totalen Zusammenbruch

Am 12. Januar 1945 begann die Großoffensive der Roten Armee gegen die deutsche Ostfront, die zu diesem Zeitpunkt noch in Polen entlang der Weichsel verlief. Die russischen Truppen besaßen eine große zahlenmäßige Überlegenheit. Trotz der Warnungen des Generalstabs des Heeres hatte Hitler es abgelehnt, die deutschen Truppen zu verstärken.

Bereits Ende Januar drangen die Truppen der 1. Weißrussischen Front des sowjetischen Marschalls Schukow in den Süden Pommerns ein. Ihnen standen kaum noch kampffähige deutsche Verbände gegenüber. Hitler ordnete die Aufstellung einer neuen Heeresgruppe „Weichsel“ an, die auch den gesamten Bereich der Front in Pommern übernahm. Zum Befehlshaber ernannte er aber keinen General der Wehrmacht, sondern Heinrich Himmler, den Führer der SS. Es zeigte sich schon nach kurzer Zeit, dass Himmler der Aufgabe nicht gewachsen war. Es fehlte ihm an militärischer Erfahrung. In Aufrufen an die Bevölkerung versuchte er Optimismus zu verbreiten und verkündete eine baldige Wende. Die folgenden Wochen zeigten jedoch, wie unbegründet das Erwecken solcher Hoffnungen war. Nach den späteren Rückschlägen in Pommern wurde Himmler dann auch am 20. März als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe „Weichsel“ abgelöst.

Viele sowjetische Soldaten waren beim Überschreiten der Grenze von Hassgefühlen erfüllt. So schrieb etwa ein sowjetischer Offizier in sein Tagebuch: „Deutschland steht in Flammen und es stimmt einen irgendwie froh, diesem bösen Schauspiel beizuwohnen. Tod um Tod, Blut um Blut.“

Die deutsche Führung plante, durch die Verteidigung von sogenannten „Festungen“ das weitere Vordringen der Russen zu stoppen. Südlich von Stettin sollten Bahn, Pyritz und Arnswalde bis zum Äußersten verteidigt werden. Der bedeutendste dieser „Wellenbrecher“ war aber die Stadt Schneidemühl. Sie war ab Ende Januar mit einer Besatzung von über 20.000 Soldaten eingeschlossen. Hier endeten die Kämpfe Mitte Februar 1945 mit einem Ausbruchversuch der deutschen Verteidiger, der weitgehend misslang. Nur ungefähr 1000 deutschen Soldaten soll es gelungen sein zu entkommen.

Zu dieser Zeit scheiterte auch der Versuch der Deutschen, einen größeren Gegenangriff in Pommern zu führen. Die „Operation Sonnenwende“ sah vor, mit Panzerverbänden aus dem Raum östlich von Stargard nach Süden vorzustoßen und den russischen Truppen im Raum Küstrin einen Schlag zu versetzen. Da-

durch wäre die Bedrohung Pommerns und auch Berlins ausgeschaltet worden. Der Angriff scheiterte nach kurzen Anfangserfolgen. Marschall Schukow hatte die Gefahr für seine Truppen erkannt und starke Reserven herangeführt.

Nunmehr bereiteten die Russen ihrer-

Bereits Anfang März 1945 existierte keine geschlossene deutsche Frontlinie in Hinterpommern mehr. Russische Panzerrollten in die Städte und Dörfer ein. Mitte März hatte die Rote Armee fast den gesamten Raum östlich der Oder eingenommen. Einer deutschen Kräftegruppe unter

teidiger. Am 18. März endete der Kampf um Kolberg, nachdem der größte Teil der deutschen Truppen und eine große Anzahl von Flüchtlingen auf Schiffen über die Ostsee entkommen waren.

Der russische Vormarsch führte dazu, dass große Teile der Bevölkerung Pommerns ihre Heimatorte verließen und die Flucht ins Ungewisse antraten. Endlose „Treck's“ füllten die Straßen. Die Fluchtwege führten über den Stettiner Raum und die Inseln Wollin und Usedom in das Gebiet westlich der Oder. Für die Menschen, die durch die Vorstöße der Russen zur Ostsee im mittleren und östlichen Hinterpommern abgeschnitten waren, gab es nur noch den Weg zur Küste, um von dort mit dem Schiff nach Westen zu gelangen. Neben den Häfen in Pommern waren auch die Hafenstädte an der Danziger Bucht Orte der Hoffnung für viele Flüchtlinge. Auf den Landstraßen waren die Menschen dem gnadenlosen Beschuss von Tieffliegern ausgesetzt. Tausende Opfer forderte auch ein Angriff der amerikanischen Luftwaffe am 12. März auf Swinemünde.

Am 20. April 1945 überschritten die sowjetischen Streitkräfte die Oder südlich von Stettin und überfluteten nun auch Vorpommern und Mecklenburg. Die größeren Städte in Vorpommern fielen in schneller Abfolge in russische Hand: Am 30. April wurde Greifswald besetzt, am 1. Mai Stralsund und am 5. Mai waren die Russen in Saßnitz auf Rügen. Eine erbitterte Verteidigung von „Festungen“ gab es hier nicht mehr. Die meisten Soldaten und Zivilisten hatten wohl auch erkannt, dass der Krieg endgültig verloren war. In Greifswald übergab der deutsche Kommandant die Stadt kampflos den Russen. Es fand ein förmlicher Akt der Übergabe im Greifswalder Rathaus mit anschließendem Bankett statt. Der Kommandant, Oberst Petershagen, der später in der DDR lebte, verfasste dort ein Buch über diese Ereignisse mit dem Titel: „Gewissen in Aufruhr“.

Die Verluste, vor allem der Zivilbevölkerung, die durch die Kampfhandlungen und den Einmarsch der Russen in Pommern entstanden, wird wohl niemand mehr genau beziffern können. Ohnehin lässt sich anhand nüchterner Zahlen nicht das Leid ermessen, das jene letzten Kriegsmonate von Januar bis Mai 1945 über Pommern und seine Menschen brachten.

Heimatkreis Stargard

• **Info** Verfasst von Siegbert Antonius, Hasloch, <http://www.heimatkreis-stargard.de>



Sowjetischer Panzer IS-2 in Stargard bei Stettin am 19. März 1945

Foto: Wikipedia

seits einen neuen Großangriff vor, um das gesamte Gebiet östlich der Oder zu erobern. Die 1. und die 2. Weißrussische Front der Marschälle Schukow und Rokossowski marschierten hierfür mit einer ganzen Reihe von Armeen auf. Rokossowski griff am 24. Februar aus der Gegend von Neustettin an und drang an die Ostsee bei Köslin vor. Seine Truppen schwenkten dann nach Osten in Richtung Danziger Bucht. Schukow eröffnete seine Offensive am 1. März in der Nähe von Stargard. Ziel war auch hier die Ostsee, zudem der Raum von Stettin.

dem Kommando des Generals von Tettau war es zuvor noch gelungen, sich aus dem mittleren Hinterpommern bis zur Insel Wollin durchzuschlagen. In ihrem Schutz gelangten Tausende von Flüchtlingen nach Westen. Der Versuch der Deutschen, einen „Brückenkopf“ vor Stettin, im Bereich von Altdamm, zu halten, hatte keinen Erfolg. Die letzte größere Stadt in Hinterpommern, die noch verteidigt wurde, war schließlich Kolberg. An der Belagerung dieser Stadt nahmen auch Truppen der 1. Polnischen Armee teil. Deutsche Kriegsschiffe unterstützten die Ver-

Pommern wie es war – auf Ansichtskarten



Die Schönheit Pommerns wurde auf unzähligen Ansichtskarten festgehalten, die begehrte Sammelobjekte und Zeitdokumente sind und uns zeigen, welche Sehenswürdigkeiten damals mit Stolz präsentiert wurden. Außerdem können wir



Vergleiche zur Jetztzeit anstellen – und die fallen in großem Maße für die Jetztzeit oft nicht günstig aus. In vielen Fällen ist es so, dass bestimmte Objekte nur noch auf Ansichtskarten und anderen Bilddokumenten existieren. Umso wertvoller

sind die Bilderschätzchen. Natürlich waren Stettin und die 65 Seebäder an der ca. 550 km langen pommerschen Ostseeküste hauptsächlich vertreten, aber auch in kleinen Orten und Städten in Vorder- und Hinterpommern konnte man die begehr-



ten Bildkarten erwerben und Grüße nach Hause schicken. Seiten um Seiten könnte man mit Abbildungen historischer Ansichtskarten füllen und sie bilden einen wichtigen Fundus zur Darstellung von Pommern wie es war. BS

• GEDENKEN

Zeugnisse der Vertreibung

Deportation, Mord und Vertreibung vor 75 Jahren

Fünfundsechzig Jahre sind vergangen, seit wir Ost- und Sudetendeutsche, die Deutschen in den osteuropäischen Ländern und teils auch die Mitteldeutschen, von einem Schleier des Todes und Verbrechens überzogen wurden, so grausam, dass es uns noch heute das Blut gefrieren läßt. Nur – wer spricht noch darüber? Hier und da tauchen einige Gesprengel in der Presse auf, doch ein andächtiges, ernsthaftes Gedenken fehlt, wo wir sonst jeden Tag mit dem Leid von Opfergruppen konfrontiert werden. Wir damaligen Kinder und Jugendliche sind die Einzigen, die sich der Schrecken erinnern und darüber vernehmlich sprechen sollten.

Vertriebene werden kaum gehört

Stattdessen beobachten wir, dass Gedenksteine und -male abgebaut werden. Dabei sind es sie alleine, die Erinnerungssteine der Vertriebenen, die zerstört werden. Sie scheinen nicht für diese Welt der Unruhe und Verlogenheit bestimmt zu sein. Umso mehr muss es uns am Herzen liegen, auf das Verbrechen von 1945 bis 1947 aufmerksam zu machen. Welches öffentliche Großereignis man auch nimmt, selbst die Feiern aus Anlass der 30jährigen sogenannten Wiedervereinigung Deutschlands wären Gelegenheit gewesen, darauf hinzuweisen, dass drüben – auf der anderen Seite von Oder und Neiße – tausendjähriges deutsches Land liegt, weitgehend friedlich besiedelt, deren Bevölkerung sich aus den Prußen in Ostpreußen und Wenden in den anderen Provinzen des Deutschen Reiches und den eingewanderten Siedlern zu eigenständigen Volksgruppen entwickelte und das Land zu hoher Blüte in vielen Generationen des Pflügens, Säens und Erntens führten, wo Leben vieler Generationen geboren wurde und irdisch verging.

Auf den öffentlichen Großveranstaltungen hören wir von den namhaften Politikern kein Wort über die Verbrechen und den Verlust eines Viertels des Reichsgebiets. Man klatscht sich in die Hände und spricht von Wiedervereinigung und Befreiung 1945, wengleich die „Befreiung“ für uns im Osten die Hölle war.



Foto: B. Stramm

Ein Bullauge der „Wilhelm Gustloff“ gehört zu dem kärglichen Rest der einst umfangreichen Ausstattung des Gedenkraumes im Ehrenmal von Laboe. Hier waren noch vor Jahren Bilder und Urkunden an den heute kahlen Wänden, die auf den heldenhaften Einsatz von Kriegs- u. Handelsmarine zur Rettung hunderttausender deutscher Menschen bei ihrer Vertreibung aus der Heimat hingewiesen haben

Manfred Pleger
Heimatkreis Belgard-Schivelbein

Herausgeber des Heimatbriefes
Dai Schulteknuppel

„Beim Denunzieren sind wir ‚ein einzig Vaterland‘“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Der Artikel Ihres Autors Florian Stumfall spricht mir persönlich aus der Seele. Ich bin sehr froh, dass ich mit meinen Ängsten und Sorgen nicht allein bin“

Uwe Wagner, Bad Köstritz
zum Thema: Ängste statt Vernunft
(Nr. 17)



Ausgabe Nr. 17

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WARZEICHEN IGNORIERT ZU: VERKEHRTE FRONTEN (NR. 16)

Deutschland und vor allem seine Regierung offenbaren sich zurückliegend so, dass das Kind erst dann mit dem Schwimmunterricht beginnen sollte, wenn es bereits ins Wasser gefallen ist. Mit dem Schwimmenlernen wurde erst begonnen, als das Wasser schon höher und bis zum Halse stand. Zurückliegende politische Inkompetenz, mangelnde Vorausschau und organisatorisches Unvorbereitsein der sogenannten Regierungseliten auf Pandemiesituationen brachen sich brutal ihre Bahn. Die Wahrheit dagegen ist jedoch oft so schmerzhaft, als wenn man sich mit Schwung auf ein Fahrrad ohne Sattel setzt.

Verantwortliche Fürsorge einer Regierung und ihrer Ministerien hat auf fachkompetenter Vorsorge zu basieren. Dabei hat die Bundesregierung kläglich versagt. Stattdessen schiefen verantwortliche Politiker vorsorglich weiter, dachten, das Coronavirus aus China würde einen Bogen um Deutschland machen, obwohl rechtzeitige Warnungen deutlich genug waren und obwohl schon mit der Bundesdrucksache Nr. 17/12051 vom 17. Dezember 2012 ein Papier vorlag, dass längst hätte breit studiert und umgesetzt gehört sein müssen.

Somit: Pandemie mit Ankündigung – und trotzdem im Vorfeld politisches und organisatorisches Versagen.

Pläne zur Vorsorge zu haben, und diese – bei sich offenkundig ankündigender Gefahren – nicht anzuwenden, ist politisch und humanistisch mehr als fahrlässig. Dieser Vorwurf ist den Verantwortlichen zu machen. Stattdessen wurden und werden angesichts eklatanten Mangels von essenziellen Schutzausrüstungen Ärzte, Krankenschwestern und -pfleger sowie das Pflegepersonal in Alten- und Pflegeheimen seit mehreren Wochen als „lebendes Kanonenfutter“ an die „Coronafront“ geworfen und als Kamikazepersonal verheizt.

Hier genau muss sich die Entrüstung der Bevölkerung im Einklang mit Medizi-

nern, Krankenschwestern und Pflegepersonal endlich und nachhaltig Raum, Wort und Handeln verschaffen und müssen die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Von den Bürgern werden seitens der Eliten ständig Einsichten und Opfer in dieser angespannten Situation gefordert, die diese letztlich selbst durch Ignoranz einer herannahenden „Sintflut“ fahrlässig mit verursacht haben, ohne dafür hinlänglich zur Verantwortung gezogen zu werden. Dass ist so nicht mehr hinzunehmen! Hoffentlich wird dies nach Bewältigung der Krise nicht vergessen. *Dr. Jürgen Kaatz, Dranse*

POLITIK WIE IM MITTELALTER ZU: DIE KRITIK WÄCHST (NR. 17)

Trotz der sich anbahnenden Pandemie wurde beim Gesundheitswesen eingespart. Im „reichen Deutschland“ kam die Umsetzung der politischen Parole „Wohlstand für alle, Grenzen für niemand“ bei vielen Menschen deutlich besser an als der mahnende Realismus vor der nahenden Katastrophe.

Eine Risikobewertung des neuen, unbekanntes Weges der Globalisierung erfolgte nicht einmal ansatzweise. Es wurden weder zu erwartende Einflussfaktoren analysiert noch deren mögliche Auswirkungen abgeschätzt.

Unsere etablierte politische Elite hat mit seinem Management vollständig versagt, wir befinden uns nun im Krisenmodus, und die ohnmächtige Antwort ist wie im Mittelalter die Abschottung, nicht Wohlstand für alle, sondern Quarantäne.

Somit bleibt, wie auch im Mittelalter, bei größter Verzweiflung das Halleluja zeitgemäß, denn woher soll denn sonst noch Hoffnung kommen? Unsere gewählte etablierte Elite führte nach dem Motto „machen wir mal, dann schauen wir mal“ in die Krise, und die alten Gespenster frohlocken.

Der Schaden durch die „bisher angestrebte“ Globalisierung ist wohl kaum auszugleichen.

Karola & Dr. Lothar Weser, Lübeck

DER GRÖSSTE LUMP IM LAND ZU: AUFGESCHNAPPT: „DENUNZIANTEN“ (NR. 16)

Wie wurden doch nach 1989 Stasi und Denunziation in der ehemaligen DDR kritisiert und verflucht. Eine berühmt-berühmte Frage des Vorwurfs aus westlicher Richtung lautete: „Wie konntet ihr Euch das nur gefallen lassen?“ Inzwischen sind wir nun scheinbar im Zeichen des „Corona“-Irrsinns tatsächlich ein einheitliches Volk geworden, denn – in beiden oben genannten PAZ-Artikeln offenbart und aus eigener Erfahrung bestätigt – wir scheinen zumindest beim gegenseitigen Anschuldigen und Denunzieren nun „ein einzig Vaterland“ geworden zu sein.

Von meiner Großmutter, die nach dem Krieg und dem Verlust von zwei Söhnen auch noch ihre schlesische Heimat verloren hatte, hörte ich oftmals den Satz: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“

Aber scheinbar liegen braune und rote Diktatur schon zu weit zurück. Und ein menschliches Manko ist es leider, viel zu schnell zu vergessen. *Manfred Kristen, Freital*

SPALTUNG IST UNVERMEIDLICH ZU: LAUERSTELLUNG STATT EINIGUNG (NR. 15)

Das Dilemma der AfD ist perfekt, die Aussage von Gauland, wonach die AfD nur an sich selbst scheitern könne, scheint sich zu bewahrheiten. Die „Alt“-Parteien können aufatmen, allen voran die CDU. Zeigen doch die neuesten Umfragewerte, dass deren Zuspruch wieder zunimmt.

Gleichzeitig liegt die AfD derzeit nur bei zirka zehn Prozent, ehemals waren es (bundesweit) 18 Prozent. An einer Einigung zwischen den beiden Kontrahenten mit Meuthen, Jung und Pazderski einerseits sowie mit dem Scharfmachern Höcke und Kalbitz andererseits glaube ich nicht mehr. Eine Spaltung der AfD ist unvermeidlich. Lieber jetzt ein Ende mit Schrecken, dann sind die Fronten geklärt.

Das Schwimmen im Fahrwasser der NS-Ideologie ist noch keiner Partei rechts von der Mitte bekommen.

Bernd Dauskaradt, Hollenstedt

RASANTE RUSSISCHE S-BAHN ZU: IN 20 MINUTEN AN DIE OSTSEE (NR. 15)

Die „Lastotschka“-Schnellzüge mehrmals im Text als „Hochgeschwindigkeitszüge“ zu bezeichnen, ist doch etwas abenteuerlich. Es handelt sich vom Bild nach eher um einen S-Bahn-Zug (diese Bezeichnung wurde ja auch richtigerweise im Text verwendet), der mit den heutigen in Deutschland verkehrenden S-Bahn-Zügen vergleichbar ist (bis auf die enorme Breite, weil Breitspur).

Geschwindigkeiten von maximal 160 Kilometern pro Stunde werden weder in Deutschland noch in der Russischen Föderation als Hochgeschwindigkeit betitelt, hier sollte man dann doch eine einheitliche Bezeichnung für den kompletten Text wählen.

Ich selbst bin im August des letzten Jahres in diesem Zug vom Königsberger Nordbahnhof nach Rauschen gefahren und konnte mich von der Bequemlichkeit und dem ruhigen Laufverhalten überzeugen. Stehplätze wären noch genügend in der Gangmitte gewesen, sodass auch bei schönstem Wetter Massen an Personen befördert werden können.

Es ist lobenswert, dass das S-Bahn-Netz weiter im Königsberger Gebiet ausgebaut wird, denn die verstopften Straßen in Richtung Ostsee kenne ich nur zu gut aus dem eigenen Erleben. Nicht verständlich ist hingegen die Einstellung von Straßenbahnlinien zugunsten von rußenden Bussen.

Sicher sind die Gleiseinfassungen teilweise abenteuerlich, wenn man jedoch für diesen Bereich vorausschauender denken und planen würde, wäre die Akzeptanz der Bevölkerung (natürlich dann mit modernen Straßenbahnen) weitaus größer. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. *Maik Bialek, Lutherstadt Wittenberg*

ANZEIGE

Anonym kommunizieren und recherchieren im Internet

Jetzt bestellen!

Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

■ Totalitäre Staaten setzen gezielt modernste Technik ein, um Falschinformationen zu verbreiten, die Bürger auszuspionieren und unter Kontrolle zu halten. Soziale Medien manipulieren Meinungen und üben Druck auf Menschen aus. Internetgiganten spinnen um Sie als Benutzer gezielt feinsmaschige Netze, um mit Ihren Daten Geld zu verdienen.

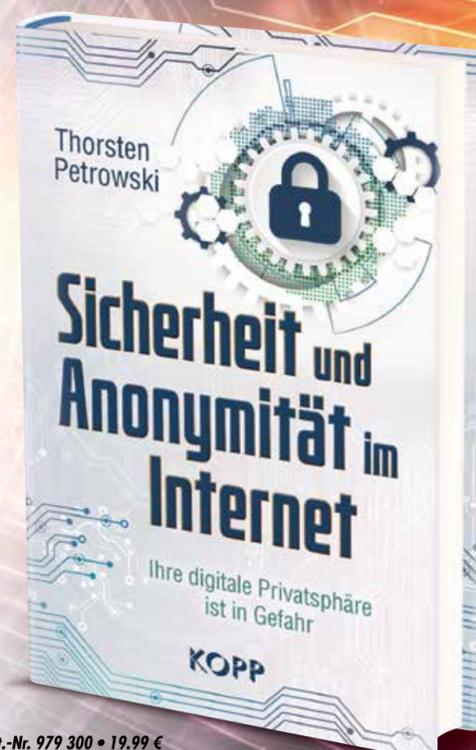
Anonym surfen – das wünschen sich deshalb in Zeiten staatlicher Überwachung und kommerzieller Datenhändler viele Nutzer des Internets.

Internetnutzer, egal ob am Smartphone oder am PC, geben ständig freiwillig Informationen über sich preis, die eigentlich niemanden etwas angehen. Normalerweise geben Sie ja auch nicht jedem Fremden einfach so Ihren Namen, Ihre Adresse und Ihre Telefonnummer. Im Internet ist das anders: Sobald Sie Ihren Rechner mit dem Internet verbinden, sind Sie identifizierbar. Von privaten und kommerziellen Datenschnüfflern – aber auch von staatlichen Behörden.

Mit jedem Besuch einer Internetseite verraten Sie einen Teil Ihrer Identität. Dagegen können Sie sich wehren. Wenn Sie sich im Internet anonym bewegen möchten, müssen Sie wissen, welche Spuren Sie beim Surfen hinterlassen und wie Sie dadurch identifiziert werden können. Erst dann können Sie sich daranmachen, Ihre Schritte zu verschleiern. Dieses Buch zeigt Ihnen, wie es geht. Hier erhalten Sie leicht umsetzbare und kompetente Antworten auf Fragen wie:

- Was verrät mich im Internet? Warum bin ich im Internet nicht anonym?
- Wie kann ich meine Spuren im Internet löschen und regelmäßig beseitigen?
- Welche Funktionen in meinem Browser stellen ein besonderes Sicherheitsrisiko dar?
- Wie kann ich mich vor Spionageprogrammen schützen, diese auf meinem Rechner finden und gegebenenfalls eliminieren?
- Welches sind die besten Dienste und Schutzprogramme zur Anonymisierung meines Surfverhaltens, und welche davon sind sogar kostenlos?
- Welche Spuren sollte ich regelmäßig auf meinem eigenen Computer beseitigen?
- Wie kann ich meine E-Mail-Kommunikation vor fremden Zugriffen schützen?

Thorsten Petrowski erläutert für jedermann verständlich und mit zahlreichen praktischen Tipps, was Sie ohne großen Aufwand tun können, um Ihren Computer wieder zu einem sicheren und anonymen Teil Ihrer Privatsphäre zu machen.



Thorsten Petrowski: Sicherheit und Anonymität im Internet – Ihre digitale Privatsphäre ist in Gefahr • gebunden • 254 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 979 300 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

LÜGENBARON

Ein dickes Bärenfell übergezogen

Die Weserstadt Bodenwerder wollte den 300. Geburtstag von Münchhausen groß feiern – Jetzt hat man die Seuche am Hals

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am 11. Mai 1720 kam in Bodenwerder bei Hameln ein gewisser Hieronymus Carl Friedrich Freiherr von Münchhausen zur Welt. An den würde sich heute niemand mehr erinnern, wenn er nicht einen literarischen Doppelgänger hätte. Der genießt als Ich-Erzähler unglaublicher Erlebnisse Weltruhm. Aber was wissen wir eigentlich über den historischen Freiherrn? Und in welchem Verhältnis steht er zum literarischen Lügenbaron?

Tina Breckwoldt stellt in ihrem neuen Buch „Die Wahrheit über Münchhausen & Co.“ fest: Über die historische Person „weiß man nicht eben viel“. Als Page des Herzogs Anton Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel begab sich der 18 Jahre alte Münchhausen nach Russland. Zarin Anna Iwanowna verheiratete seinen Dienstherrn mit der designierten Thronfolgerin Anna Leopoldowna. Doch dann löste Anna Iwanownas Tod große Nachfolgekämpfe aus. Die entschied Elisabeth, Tochter Peters des Großen, für sich.

Die neue Zarin schickte Anna Leopoldowna und Anton Ulrich in die Verbannung. Münchhausen aber blieb ungeschoren und brachte es unter Zarin Elisabeth in der russischen Armee bis zum Rittmeister. 1744 heiratete er Jacobine von Dunten. Die Ehe blieb kinderlos. Spätestens ab 1753 leitete er das Familiengut in Bodenwerder. Er war ein leidenschaftlicher Jäger und geschätzter Geschichten-erzähler, wie Albrecht Friedrich von Münchhausen in seiner 1872 veröffentlichten „Geschlechts-Historie des Hauses derer von Münchhausen“ darlegt. Nach Jacobines Tod 1790 heiratete der alte Freiherr 1794 die junge Bernhardine von Brunn. Sie entpuppte sich als verschwenderisch und untreu. Der Scheidungsprozess lief noch, als Münchhausen am 22. Februar 1797 verstarb. Er ruht in der Klosterkirche Bodenwerder-Kemnade.

Aber was hat der echte Hieronymus mit den Erzählungen des „Lügenbarons“



Fliegender Lügenbaron: Hans Albers legendärer Ritt auf der Kanonenkugel in der Münchhausen-Verfilmung von 1943

zu tun? Deren Veröffentlichungsgeschichte schildert uns Breckwoldt. In den 1781 und 1783 veröffentlichten Ausgaben des „Vade Mecum für lustige Leute“ stehen insgesamt 18 unglaubliche Geschichten, in die der anonyme Autor so einführt: „Es lebt ein sehr witziger Kopf, Herr von M-h-s-n ..., der eine eigne Art sinnreicher Geschichten aufgebracht hat, die nach seinem Namen benannt sind, obgleich nicht alle einzelne Geschichten von ihm seyn mögen.“ Die wohl berühmteste der Vade-Mecum-Erzählungen ist die vom zweigeteilten und wieder zusammengeführten Pferd.

Ohne die schriftstellerischen Leistungen zweier verkrachter Genies, die notorisch in Geldnöten steckten, hätte der Lügenbaron wohl keine Weltkarriere gemacht. Die Rede ist von dem in England

lebenden Bibliothekar und Universalgelehrten Rudolf Erich Raspe (1736–1794) und dem Sturm-und-Drang-Autor Gottfried August Bürger (1747–1794), der sich selbst als „Lieblingsdichter der Deutschen“ bezeichnete. Im Vorwort seiner 1785 anonym in London veröffentlichten Münchhausen-Abenteuer stellt Raspe Hieronymus als Urheber der Geschichten hin und macht ihm ein Kompliment: „Baron von Munchausen aus Bodenwerder ... ist ein Mann von großem und originellem Humor.“

Geburtstagsfeier fällt diesmal aus

Raspes Münchhausen präsentiert 17 Episoden aus dem „Vade Mecum“. Die bereichert er in der Erstausgabe und den folgenden Auflagen um zahlreiche neue Abenteuer: Jagdgeschichten, Erlebnisse

in Russland, der Türkei und auf See. Nicht wenige haben Vorbilder, die sich bis in die Antike zurückverfolgen lassen.

Unter dem Titel „Wunderbare Reisen zu Wasser und Lande, Feldzüge und lustige Abenteuer des Freyherrn von Münchhausen“ lieferte der Göttinger Honorarprofessor Bürger 1786 eine freie Übersetzung von Raspes englischem Text und dichtete in dieser und der 1788 folgenden zweiten Auflage insgesamt 14 Episoden hinzu. Zwei davon kennt wohl jeder: Münchhausens Ritt auf der Kanonenkugel und wie er sich selbst mitsamt Pferd an seinem Haarzopf aus dem Sumpf zieht.

Bürger veröffentlichte seinen Münchhausen anonym. Erst 1798 kam heraus, dass er von ihm stammt. Daher kann eigentlich nicht sein, was man in jeder Lebensbeschreibung über den 1797 gestor-

benen Hieronymus von Münchhausen liest: Er soll gewusst haben, dass die „Wunderbaren Reisen“ Bürger geschrieben hat. Angeblich missfiel ihm das. „Den tiefen Verdruss darüber hat er nie verwunden“, wie es in der „Geschlechts-Historie“ heißt.

Vom historischen Münchhausen ist bekannt, dass er packend erzählen konnte. Aber von keiner der Geschichten, die man bei Bürger und seinen Vorgängern liest, ist sicher, dass sie der vor 300 Jahren geborene Freiherr erfand oder jemals vortragen hat. Vom literarischen Helden ist jedoch gewiss, dass er es zum Sympathieträger und zur Identifikationsfigur gebracht hat, weil er sich nie unterkriegen lässt und selbst in aussichtslosester Lage eine Lösung weiß. Sein Lebensgrundsatz lautet nämlich: „Man muss sich nur in der Welt zu helfen wissen.“

Unter dem der Geschichte vom tollwütigen Überrock entlehnten Motto „Tapperkeit und Gegenwart des Geistes“ wollte Bodenwerder den Freiherrn feiern. Doch wegen der Corona-Pandemie ruht das Festprogramm und ist das Münchhausen-Museum geschlossen. Geplant waren ein Festakt in der Klosterkirche Kemnade St. Marien, ein Freilichtkonzert, der Verkauf einer Sonderbriefmarke und die Eröffnung einer Sonderausstellung. Sicher aber lassen sie sich in Bodenwerder zu Ehren Münchhausens noch etwas einfallen. Den Ansporn dazu liefert das Eisbären-Abenteuer: „Ich aber war verloren, oder ein schneller Einfall musste mich retten. – Er kam.“ Er stach dem Tier in die Tatzen und hat sich dann ein dickes Bärenfell über die Ohren gezogen.

● Münchhausen in Bodenwerder:

www.muenchhausenland.de.

Lesetipp: Tina Breckwoldt: „Die ganze Wahrheit über Münchhausen & Co.“ Über 300 Jahre Lügengeschichten“ erscheint am 20. Mai bei Benevento Publishing, 288 Seiten, 24 Euro



EPIDEMIE VOR 100 JAHREN

Einem Berliner kam es spanisch vor

Der Tod macht vor keinem Halt – Als die Spanische Grippe wütete, traf es auch prominente Personen

„Das ist keine Grippe, kein Frost, keine Phtisis – das ist eine deutsche politische Krisis“, reimte Kurt Tucholsky in seinem 1918 in der „Weltbühne“ erschienenen Gedicht. Da war die Spanische Grippe bereits über Berlin hergefallen. Sie traf auf hilflose Politiker und eine grob fahrlässige Berichterstattung in der Presse.

Ähnlich wie anfangs bei Covid-19 bescheinigte man ihr naiv „einen gutartigen Charakter“ mit „leichtem Verlauf“. Mahnungen wie zum Beispiel des Schriftstellers Siegmund Feilbogen, der vor einer „des Weltkrieges würdigen Art des Massentodes“ warnte, verhallen unbeachtet. Und so durchbrach die Spanische Grippe den Kordon der Ignoranz und nistete sich zunächst in den westlichen Vororten ein.

In der Folge tobte sich die Grippe, deren Erreger, das Influenzavirus, erst 1933 entdeckt werden sollte, in Berlin mit insgesamt drei schweren Wellen aus. Das Jahr 1918 endete mit zirka 300.000 Toten in ganz Deutschland. In den USA hatte es Frederick Trump, den Großvater von Donald Trump, dahingerafft, in Stockholm-

Prinz Erik Gustav von Schweden. In Österreich erlag der Maler Egon Schiele in Wien der Grippe. In Berlin sollte nun der Maler Hugo Krayn dasselbe Schicksal erleiden. Am 25. Januar 1919 hauchte er nach nur fünf Tagen Krankenlager im Alter von nur 33 Jahren sein Leben aus.

Krayn stand damals vor dem großen Durchbruch. Er galt als „Darsteller der Arbeit und der kleinen Leute“ mit oftmals drastischen und düsteren Sujets. Mit Titeln wie „Krüppelstadt“ oder „Der Blinde“ war das Mitglied der „Berliner Secessions“ eigentlich prädestiniert dafür, der Lein-

wand-Chronist der Spanischen Grippe zu werden. Er hätte Straßenbahnen gesehen, die zum Transport der Särge umfunktioniert worden waren. Er wäre an überfüllten Krankenhäusern vorbeigegangen. Er hätte die Leichen gesehen, die man gerade in Papiersäcken beerdigen wollte, weil die Sargtischler gestorben waren.

Doch es sollte nicht sein. Die Spanische Grippe gab vor fast 100 Jahren schließlich ihren „Feldzug“ auf. Sie hinterließ eine Spur der Verwüstung mit bis zu 45 Millionen Toten. Die Überlebenden waren zwar nun immun, aber nicht gegen Krieg. 101 Jahr später kämpfen die Menschen erneut gegen einen unsichtbaren „Feind“. „Nous sommes en guerre“, „wir sind im Krieg“, rief Monsieur Macron seinen Untertanen zu. Doch der „Feind“, das Virus ist gar nicht sichtbar und somit schwer zu fassen, wie schon Tucholsky damals feststellte:

„Wer hat es gesehn? Wer nennts? Wer erkennt's? Schmerzen im Hals, Schmerzen im Ohr – die Sache kommt mir spanisch vor.“

Bettina Müller



Krankenlager im Jahr 1918: Patienten, die an der Spanischen Grippe erkrankt sind

● MELDUNG

Branitz öffnet seine Tore

Branitz – Am 75. Jahrestag des Kriegsendes will Schloss Branitz bei Cottbus seine Tore für den Publikumsverkehr wieder öffnen. Vom 8. Mai bis 30. September soll dort die Ausstellung „Branitz 1945“ im Marstall, Besucherzentrum und bei acht Interventionen im Branitzer Park zu sehen sein. Die Schau befasst sich mit dem Schicksal des Erbes der Grafenfamilie von Pückler, welche 1770/71 die Schlossanlage samt Park errichten ließ, nach der „Stunde Null“. Sie berichtet von Zerstörung, Vertreibung der Familie und Rettung der Kunstwerke. Sie geht auf Spurensuche und erzählt vom Elan der ersten Museumsleute und Parkhüter, von Plünderungen und Provenienzen sowie von Kaninchen und Gurken im Park. „Branitz 1945“ läuft im Rahmen des Themenjahres „Krieg und Frieden. 1945 und die Folgen in Brandenburg – Kulturland Brandenburg 2020“, welches die zeithistorische Phase von 1945 bis heute in den Blick nimmt: www.pueckler-museum.de tws

● FÜR SIE GELESEN

Neue Zeugen
im Fall
Olof Palme?

Bis heute ist der Mordanschlag auf den schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme am 28. Februar 1986 nicht aufgeklärt. Dass der Todesschütze entkam und falsche Verdächtige ins Visier der Fahnder gerieten, war einer Kette von Pannen und Ermittlungsfehlern geschuldet.

Am 18. Februar dieses Jahres verkündete der für den Mordfall Palme zuständige Staatsanwalt überraschend im schwedischen Fernsehen, er sei zuversichtlich, binnen weniger Monate den Tathergang rekonstruieren zu können. Somit besteht Grund zur Annahme, dass im Zuge der aktuellen Nachforschungen eine neue Spur zum Todesschützen gefunden wurde. Endlich könnte auch Licht in das Dickicht diverser Theorien über politisch motivierte Verschwörungen im Zusammenhang mit dem Attentat kommen. Die Vermutung liegt nahe, dass ein Erfolg der Ermittler nach 34 Jahren vor allem der Aufklärungsarbeit des schwedischen Journalisten und Dokumentarfilmers Jan Stocklassa zu verdanken wäre.

Im Herbst 2018 erschien Stocklassas True-Crime-Sachbuch „Stieg Larssons Erbe“ in deutscher Übersetzung. Der erste Teil des Buches („Stieg“) ist als dramatisierte Retrospektive der Spurensuche im Mordfall Palme gestaltet. Zentrale Figur ist der verstorbene schwedische Kriminalbuchautor Stieg Larsson (1954–2004). Larsson hatte im Mordfall Palme jahrelang auf eigene Faust recherchiert. Nachdem Stocklassa 2014 Zugang zu dessen Archiv erhalten hatte, ließ er sich von Larssons Euphorie, den Palme-Mord aufzuklären zu können, mitreißen und setzte dessen privates Lebensprojekt fort. Der spannendere zweite Teil („Stieg Larssons Erbe“) besteht überwiegend aus einzelnen Reportagen.

Larsson wurde durch seine postum veröffentlichten Kriminalromane („Millennium-Trilogie“) international berühmt. Seine Bücher wurden über 80 Millionen Mal verkauft und in Schweden und in Hollywood verfilmt. Von Beruf war er Skandinavien-Korrespondent für eine britische antifaschistische Zeitung und Herausgeber der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Expo“, in der Berichte über rechtsextreme und rassistische Organisationen in Schweden und weltweit publiziert werden. In diesem politischen Spektrum hatte der Sozialdemokrat Olof Palme viele politische Feinde. Er stand auf den Todeslisten verschiedener Staaten.

Dennoch wurden seinerzeit die von Larsson gesammelten Informationen, wonach der südafrikanische Geheimdienst ein Mordkomplott gegen den schwedischen Ministerpräsidenten geschmiedet haben soll, kaum intensiv geprüft. Stocklassa nahm die Südafrika-Spur auf, reiste in das Land und erhielt Einblicke in die Akten der Wahrheitskommission. Er präsentiert neue Verdächtige, legt sich aber nicht auf eine Schuldzuweisung fest. Jedoch äußerte er vor dem Erscheinen des Buches im Herbst 2018 die Hoffnung, dass der Mordfall Olof Palme in ein oder zwei Jahren – also 2020 – aufgeklärt sein werde.

D. Jestrzanski



Jan Stocklassa: „Stieg Larssons Erbe. True Crime“, Europaverlag Berlin/München/Zürich/Wien 2018, gebunden, 485 Seiten, 25 Euro

RELIGION

Christ mit
Verantwortung

Der Journalist Helmut Matthies beschreibt seinen – teils steinigen – Weg zum Glauben

FOTO: CHRISTLICHES MEDIENMAGAZIN PRO



Aufrechter Theologe Helmut Matthies war von 1978 bis 2017 Chefredakteur der evangelischen Nachrichtenagentur „idea“. Bereits im Ruhestand, ist er auch heute noch deren Vorsitzender. In seinem Buch „Gott kann auch anders“ schildert der Journalist und Theologe seine Erfahrungen sowohl mit dem Glauben an Gott als auch mit seinen jeweiligen Wegbegleitern, von seinem atheistischen Elternhaus ebenso wie von der Frau des Pfarrers, die ihm den Glauben nähergebracht hat, bis hin zu Auseinan-

dersetzungen mit Glaubensbrüdern und -schwestern, die sich in der Ausübung ihres Glaubens seiner Ansicht als Anhänger der Evangelikalen nach zu weit von der Bibel entfernt haben und ihrem Missionsauftrag nicht mehr nachkommen.

In kurzweiligen Episoden erzählt Matthies von der Jugend in seiner niedersächsischen Heimat und den verschiedenen Stationen seiner theologischen Ausbildung, dem Liebäugeln mit dem Katholizismus, von seinen persönlichen Rückschlägen, aber auch immer

wieder von vorbildlichen Christen wie dem englischen Hausmädchen Gladys Aylward, das allen Widerständen zum Trotz Missionarin wurde, oder von dem Berliner Milchkönig Bolle, der sich sozial engagierte, aber in seinem missionarischen Eifer bisweilen den Bogen überspannte. Ausführlich und sehr eindrucksvoll schildert Matthies den Fall des krebskranken jungen Manns Paul, der kurz vor seinem viel zu frühen Tod seine Erweckung erlebte. Der Todgeheilte war so in der Lage, seinen Ange-

hörigen Trost zu spenden. Matthies eigene Frau starb später ebenfalls an Krebs.

Matthies beendet sein Buch mit der Kritik an den Landeskirchen an ihrer zu sehr politischen statt seelsorgerischen Ausrichtung. Für eine nötige Kirchenreform hält der ehemalige Pastor eine Reihe von Ratschlägen bereit. **MRK**

Helmut Matthies: „Gott kann auch anders“, fontis Verlag, Basel 2019, broschiert, 208 Seiten, 18 Euro

KONSERVATIVES CHRISTENTUM

Gegenpositionen zur Zeitgeist-Kirche

Autorengruppe analysiert den Glauben zwischen Tradition, Säkularismus und Populismus

VON BERND KALLINA

In die großen Auseinandersetzungen unserer Zeit sind auch beide Kirchen involviert. Evident ist, wie sich gesellschaftliche Konfliktlinien im binnenkirchlichen Diskurs spiegeln. Auch hier gibt es – analog zu ‚Dunkeldeutschen‘ und ‚Helldeutschen‘ – ‚dunkle‘ und ‚helle‘ Christen“, so steht es in der Einleitung eines bemerkenswerten Sammelbandes, der unter dem Titel „Nation, Europa, Christenheit – Der Glaube zwischen Tradition, Säkularismus und Populismus“ im österreichischen Ares-Verlag erschienen ist.

Das von Felix Dirsch, Volker Münz und Thomas Wawerka herausgegebene Werk ist in gewisser Weise der Fortsetzungsband des im Herbst 2018 im gleichen Verlag auf der Frankfurter Buchmesse vorgestellten Werkes einer teils identischen Autorengruppe, Titel: „Rechtes Christentum?“. In beiden Schriften geht es um tiefeschürfende Begründungen von konservativen Gegenpositionen zu den überhandnehmenden modischen Zeitgeist-Anpassungen der katholischen und – mehr noch – der evangelischen Kirche in Deutschland.

Auch wenn es in unseren Tagen gerade nicht danach aussieht, so könnten allerdings jene sich progressiv gebenden Kräfte in beiden christlichen Kirchen mit einer sprichwörtlichen Reaktion schon bald konfrontiert sehen, dass, so die Wendung, wer sich mit dem Zeitgeist vermählt, bald Witwer sein könnte.

Mit Argusaugen vermessen die Herausgeber das ideologisch aufgeladene Kampffeld der gegensätzlichen Lager. So lasse sich das „helle Christentum“ leicht diagnostisch umreißen, nämlich: „Man wird im Regelfall dazugerechnet, wenn man sich möglichst laut von jenen Kräften distanzieren, die allenthalben als Rechtspopulisten gescholten werden. Die Attackierten sind üblicherweise Mitglieder (oder Menschen im Umfeld) von Alternative für Deutschland, ‚Pegida‘ und Identitärer Bewegung“, schreiben die Herausgeber und ergänzen mit Blick auf das progressive Lager: „Positiv gewendet setzt sich diese Richtung für offene Grenzen und weitere Masseneinwanderung ein. Selbst an der Spitze der katholischen Kirche nehmen manche eine säkulare Trias als zu verwirklichende Hauptaufgabe (statt des Einsatzes zugunsten des Seelenheils) wahr: Menschenrechte, Migration und Klimawandel. Dem globalistisch eingefärbten Humanitätsethos gebührt folglich ein hoher Stellenwert, vielleicht sogar der prioritäre.“

In elf Kapiteln vertiefen die Autoren ihre theologisch grundierten Einlassungen in einer großen Spannweite, changierend zwischen biblischem Auftrag des Christentums und säkularer Lage in Deutschland und Europa. Thomas Wawerka widmet sich beispielsweise den theologischen Leitbegriffen wie „Nächstenliebe“ und „Barmherzigkeit“. Gerhard Michaelis untersucht, welche Bedeutung und Bewertung den Bezugsgrößen „Volk“ und „Nation“ im Laufe der jüdisch-christlichen Geschichte beige-

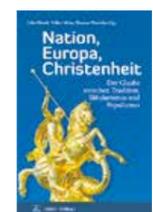
messen werden. Felix Dirschs ausführlicher Beitrag legt die Bezeichnung „rechtes Christentum“ im Sinne eines heimat- und volksnahen Verständnisses aus. Dieses grenzt er von einer Umfunktionierung des Christentums im weiten Rahmen einer globalen Ordnung ab. Dabei vermittelt er die treffliche Erkenntnis, dass „rechtes Christentum stets sämtliche Facetten einer ‚cucked christianity‘ bekämpft, wie sie in den USA heißt. Gemeint ist damit ein Glaube, der die Selbstbehauptung der eigenen Kultur und des eigenen Staates fördert und nicht unterminiert.“

Lothar Mack begibt sich mit dem deutsch-jüdischen Philosophen Eugen Rosenstock-Huussy in einen intensiven Gedankenaustausch zum Thema „Deutschland als Heimat“, aus dem eine Art prophetische Meditation resultiert. Und Daniel Zöllner steuert eine kulturphilosophische Betrachtung zu Europa als Ursprungsort sowie ideengeschichtlichem Entwicklungsraum der Säkularisierung bei. In einem kurzen, aber prägnanten Essay versucht André Thiele, die Realität und die durchaus antibürgerliche Radikalität des Kreuzes als Einbruch einer absoluten Gegenwart ins Politische zu erfassen.

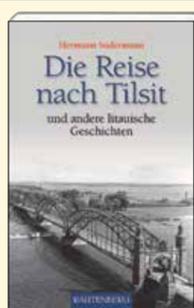
Während der Aufsatz von Marc Stegherr die katholischen Traditionalisten, ein mittlerweile weitgespanntes Netz aus Priesterbruderschaften und Interessengruppen, thematisiert, formuliert Jaklin Chatschadorian eine Fundamentalkritik am christlich-islamischen Dialog. Werden nämlich seitens der offiziellen Politik der

Altparteien und der mit ihnen korrespondierenden Leitmedien durchweg die Erfolge dieses Dialogs beschworen, deckt sie Missverständnisse und Falschdarstellungen auf, die bisher noch nirgendwo Eingang in die Berichterstattung gefunden haben.

Im Beitrag von Volker Münz, kirchenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, wird der „Populismus“ als eine Reaktion auf Krisensymptome der Demokratie beschrieben. Münz bricht eine Lanze für einen wohlverstandenen Populismus, der eine christlich-konservative Politik unterstützen kann. Und Daniel Führung kommt in einer finalen Betrachtung des vielfach auslegbaren Naturrechts zum Ergebnis, dass dieses nicht ohne das Richtmaß der Vernunft zu denken sei. Zuletzt nimmt Weihbischof Athanasius Schneider den Brand der Kirche von Notre-Dame zum Anlass für ein Mahnwort an die deutsche Christenheit, sich den christlichen Glauben mit neuem Ernst persönlich anzueignen und für den Erhalt der christlichen Identität des Abendlandes einzustehen.

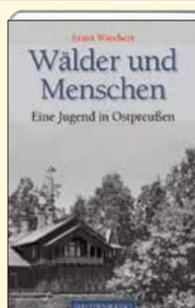


Felix Dirsch/ Volker Münz/ Thomas Wawerka (Hg.): „Nation, Europa, Christenheit – Der Glaube zwischen Tradition, Säkularismus und Populismus“, Ares Verlag, Graz 2019, gebunden, 240 Seiten, 19,90 Euro



Hermann Sudermann
Die Reise nach Tilsit
und andere litauische Geschichten
292 Seiten/Gebunden
Nr. P 533154 14,95 €

Hermann Sudermann beschreibt in seinen vier „Litauischen Geschichten“ das Leben einfacher Menschen in der Memelniederung an der deutsch-litauischen Grenze. Selbst aus dem Memelland stammend, schildert er die ostpreußischen Schicksale auf spannende und zugleich ergreifende Weise: In „Miks Bumbullis“ das Schicksal eines Wilddiebes, der einen Förster erschossen hat, in „Die Magd“ die Versuche einer Frau, einen Mann und ein wenig Glück zu finden, in „Jons und Erdme“ den durch nichts zu brechenden Willen eines Ehepaars, sich im Moor eine Existenz aufzubauen. Die größte Berühmtheit erlangte die Erzählung „Die Reise nach Tilsit“, die bereits zweimal verfilmt wurde.



Ernst Wiechert
Wälder und Menschen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten/Gebunden
Nr. P 533165 16,95 €

In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegenen Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt von menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.



Eva Reimann
Zu Hause im weiten Land Ostpreußen
143 Seiten/Kartiert
Nr. P A1084 6,95 €

Die gebürtige Königsbergerin fängt in ihren Geschichten und Gedichten Erinnerungen ein, die sie ihr ganzes Leben begleitet haben. Und alle Ostpreußen, die ihre Heimat verlassen mussten, werden ähnliche Empfindungen im Herzen tragen und sich beim Lesen der hier vereinten Erzählungen in Gedanken wieder zu Hause fühlen können „im weiten Land Ostpreußen“. Die Autorin erinnert an die einzigartige Natur, ihre Kinderspiele oder an die Adventsvorbereitungen in der kleinen Landschule. Auch für das Wiedersehen mit ihrer Heimat, die erneute Begegnung mit Königsberg, findet sie die richtigen Worte; sie erzählt von der unverändert eindrucksvollen Landschaft, den bekannten Straßenzügen ihrer Heimatstadt und der immer noch herrschenden Gastfreundschaft.



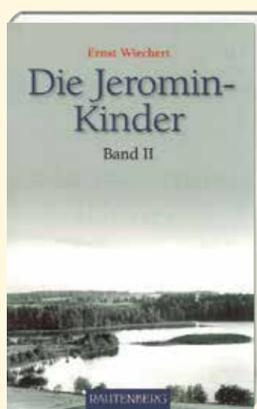
Eva M. Sirowatka
Die Kraniche kehren wieder
Ein Ostpreußenroman
108 Seiten/Kartiert
Nr. P A1085 5,95 €

Selten verirrt sich ein Fremder in das von Wäldern umgebene, an einem idyllischen See gelegene Dorf Woreinen. Seine Bewohner führen als Holzfäller, Kleinbauern und Fischer ein bescheidenes Leben. Zwei junge Mädchen drängt es aus dieser Enge heraus. Die eine will der Verwalter des Nachbargutes heiraten, sobald er eine selbständige Pacht erhält. Die andere hingegen hofft, ihr Glück in der Stadt zu finden, und fällt dort einem Mann in die Hände, der ihr mit schönen Worten und leeren Versprechungen den Kopf verdreht. Der Traum von einem erfüllten Leben verwickelt sich jedoch nicht für die beiden Mädchen. In der Stunde bitterster Enttäuschung erkennen sie noch nicht, dass sie ihr wahres Glück in Woreinen finden werden ...



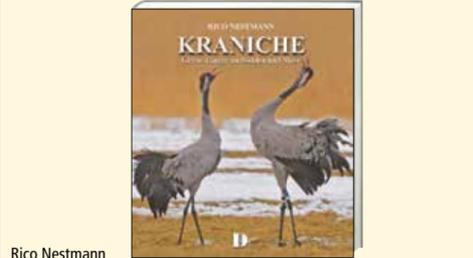
Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder – Band 1

Mit dem zweibändigen ostpreußischen Familienroman „Die Jeromin-Kinder“ (1945 und 1947 erschienen) verfasste Ernst Wiechert die eindrucksvolle Chronik einer bäuerlichen Familie in Masuren, der Heimat des Autors, zur Zeit der zwei Weltkriege. Erzählt wird die Geschichte der Familie Jeromin im Dorf Sowirog, vor allem das Schicksal von Jons Ehrenreich Jeromin, einem bescheidenen und tugendhaften Mann. Das Dorf, abgeschieden in der Tiefe der Wildnis gelegen, bildet den Mittelpunkt des Geschehens. Auch hier propagierte Wiechert ein sinnerfülltes „einfaches Leben“ so der Titel seines Romans von 1939, im Einklang mit Gott und dem Rhythmus der Natur. Dieser erste Band behandelt Jons Kindheit und seine Schulzeit in der Stadt, die einen Gegenpol zu seinem Heimatdorf bildet. Nach dem Abitur wird Jons Soldat im Ersten Weltkrieg, bis er nach einer Verwundung ins Lazarett gebracht wird. Schließlich kehrt er für kurze Zeit ins Dorf zurück, mit dem festen Ziel, Landarzt zu werden. Das Buch endet mit Jons Auszug in die weite Welt, in der er seinen Traum verwirklichen will. 456 S. Nr. P 533155 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder – Band 2

Dieser zweite Band der „Jeromin-Kinder“ führt die Familienchronik der Jeromins und der zentralen Figur Jons Jeromin fort. Jons beginnt sein Medizinstudium, das er mit großem Ehrgeiz und Erfolg absolviert. Sein Heimatdorf immer im Sinn, weiß er, dass er sich nur dort als Arzt niederlassen will. Neben dem Studium arbeitet er in der kleinen Klinik des jüdischen Arztes Dr. Lawrenz, der auch arme Menschen behandelt und ihm viel an medizinischer, aber auch an Lebenserfahrung vermittelt. Mit 25 Jahren legt Jons das Examen ab und kehrt nach Sowirog zurück, wo er bald seine eigene Arztpraxis eröffnet. Die „Jeromin-Kinder“ gilt als der bedeutendste und kraftvollste Roman Ernst Wiecherts. Er ist erfüllt vom Wissen und Leiden der Menschen, denn das verlorene Dorf Sowirog steht symbolisch für das Schicksal der Menschen in Masuren und Ostpreußen. Wiecherts Gesamtwerk ist geprägt von diesem Verlust der Heimat, vom Erleben des Ersten Weltkriegs als Offizier und den Repressalien im NS-Regime, die er am eigenen Leib erfahren hat. 408 Seiten Nr. P 533156 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Rico Nestmann
Kraniche – Graue Tänzer an Bodden und Meer
Kraniche sind mit ihrer Größe, Anmut und Schönheit eindrucksvolle Sinnbilder für die Kostbarkeit der Natur auf unserer Erde. Mit dem vorliegenden Band wird die Faszination des Kranichzuges zwischen Bücherdeckeln lebendig. Mit ebenso einzigartigen wie eindrucksvollen Fotografien sowie kenntnisreichen Texten kann sich der Leser und Betrachter Auge in Auge mit den „Vögeln des Glücks“ sehen. 136 Seiten Nr. P A1078 Gebunden 19,95 €



CD – **Lorbas und Marjellchen – Heiteres aus Ostpreußen**
Ostpreußische Texte in ostpreußischer Mundart werden auf dieser CD präsentiert. Dazu ertönen ostpreußische Lieder. Mit Texten von Robert Johannes und anderen. Gestaltung Dr. Herbert Hefft. Aus dem Inhalt: Zogen einst fünf wilde Schwäne, Der Bauer Schneiderei, Öck bön emol öñne Stadt gewäse, Mein Jettchen u.v.m. Gesamtspielzeit 29 Minuten Nr. P 533200 CD 12,95 €



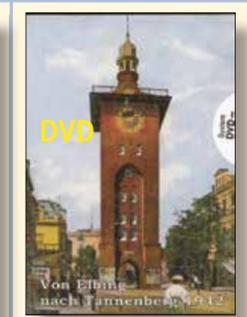
Hans-Jürgen Gaudeck/Arno Surminski (Vorwort)
Masuren - Land der Stille
Der Maler Hans-Jürgen Gaudeck begab sich mit Büchern masurischer Autoren im Gepäck auf die Reise. Auf den Spuren von Ernst Wiechert und Arno Holz, von Fritz Skowronek und Arno Surminski, der das Vorwort zu diesem Buch schrieb, erkundete er Land und Leute und verfasste mit Pinsel und Farben eine Liebeserklärung an Masuren, dessen Zauber ungebrochen ist. 96 Seiten Nr. P A1057 Gebunden 16,95 €



Wolfram Gieseler
Der Elch und seine urwüchsige Landschaft
Erinnerungen eines Forstmeisters an die Elchjagd in Ostpreußen 1937-1945 111 Seiten Nr. P A1163 Kartiert 7,95 €



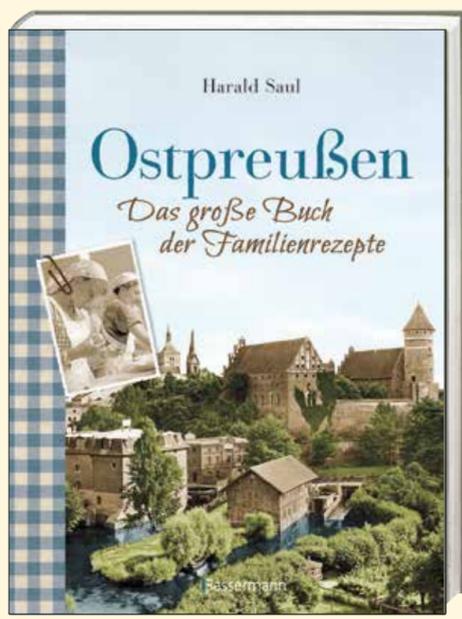
DVD – **Von Memel nach Trakheenen in hist. Bildern**
DVD mit historischen Aufnahmen (Laufzeit ca. 25 Minuten) Nr. P 9292 DVD 19,95 €



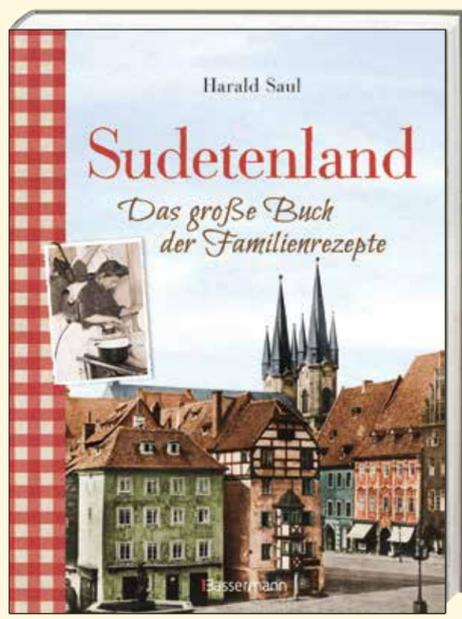
DVD – **Von Elbing nach Tannenberg 1942**
DVD mit historischen Aufnahmen (Laufzeit ca. 25 Minuten) Nr. P 9293 DVD 19,95 €



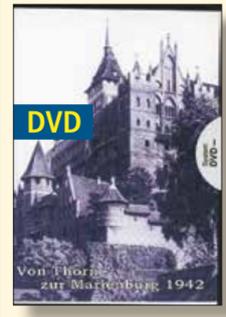
Der **fröhliche Ostpreuße**
Lustige Geschichten und Lieder
Es singen: Vera Brunschede, Heinz Tilsner und die „Elbinger Spatzen“; es musizieren: Die „Lustigen Pillkaller“ und dazu schabbert Heinz Wald über den ostpreußischen Humor, den Königsberger Fleck u. v. m. 34 Min. Nr. P 533199 CD 12,95 €



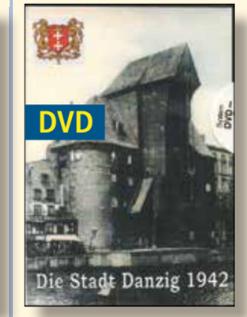
Harald Saul
Ostpreußen
Das große Buch der Familienrezepte
Kaum etwas weckt die Bilder der Kindheit so sehr, wie der Name oder der Duft einer Lieblingspeise aus der früheren Zeit. Vor einigen Jahren bat Harald Saul, Küchenmeister und Sammler von traditionellen Rezepten, im „Ostpreußenblatt“ um die Zusendung von privaten Rezeptbüchern, Dokumenten und Erinnerungen aus der alten Zeit. Das Echo war überwältigend. Harald Saul kam in den Besitz von handgeschriebenen Aufzeichnungen, private Fotoalben wurden für ihn geöffnet und in zahlreichen Gesprächen haben ihm die Menschen ihre ganz persönlichen Geschichten erzählt. Format 17 x 23 cm. 224 Seiten Nr. P A1517 Gebunden 9,99 €



Harald Saul
Sudetenland
Das große Buch der Familienrezepte
Kaum etwas lässt unsere Erinnerungen so lebendig werden, wie die Namen und die Düfte der Lieblingsgerichte aus unserer Kindheit. Doch wie so vieles im Leben gehen auch die Lieblingsrezepte im Laufe der Jahre verloren und damit auch ein Stück Heimat. Hier sind sie alle wieder zu finden. Küchenmeister Harald Saul widmet sich der traditionellen regionalen Küche. Seit Jahrzehnten sammelt der Fachdozent für Ernährungslehre Familienrezepte, Dokumente, Erinnerungen und Geschichten. Seine Bücher sind wunderbare Zeugnisse dieser Schatzsuche. Format 17 x 23 cm. 128 Seiten Nr. P A1518 Gebunden 9,99 €



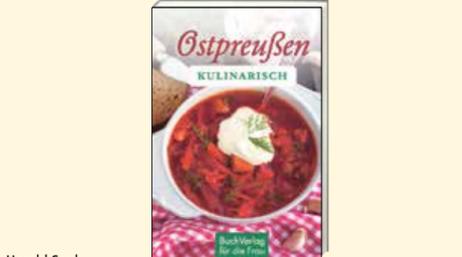
DVD – **Von Thorn zur Marienburg 1942**
DVD mit historischen Aufnahmen (Laufzeit ca. 25 Minuten) Nr. P 9295 DVD 19,95 €



DVD – **Die Stadt Danzig 1942**
DVD mit historischen Aufnahmen (Laufzeit ca. 20 Minuten) Nr. P 9692 DVD 13,95 €



Harald Saul
Schlesien
Das große Buch der Familienrezepte
Harald Saul, Küchenmeister und Sammler von regionalen Rezepten, hat sich auf die Suche nach der alten schlesischen Küche gemacht. Er bat die Menschen um ihre alten Familienschätze: So erhielt er handgeschriebene, über Generationen weitergegebene Kochbücher, die alten Fotoalben wurden für ihn geöffnet und die Menschen erzählten ihm ihre Geschichten. Dieser Doppelband besteht aus den Einzelbänden „Unvergessliche Küche Schlesien“ und „Alte Familienrezepte aus Schlesien“ aus dem Bassermann Verlag. Küchenmeister Harald Saul widmet sich der traditionellen regionalen Küche. Seit Jahrzehnten sammelt der Fachdozent für Ernährungslehre Familienrezepte, Dokumente, Erinnerungen und Geschichten. Format 17 x 23 cm. 224 Seiten Nr. P A1520 Gebunden 9,99 €



Harald Saul
Ostpreußen kulinarisch – Miniaturausgabe (6,2 x 9,5 cm)
Dieser kulinarische Ausflug nach Ostpreußen ist eine Reise in ein Land, das es nicht mehr gibt, dessen Küche aber unvergessen ist. Harald Saul erinnert mit berühmten Gerichten wie Beetenbartsch, Schuppnis, Königsberger Klopsen und vielen mehr an die große ostpreußische Back- und Kochtradition, die Heimatverbundene, Touristen oder Liebhaber regionaler Köstlichkeiten gleichermaßen begeistert. 128 Seiten. Nr. P A1217 Gebunden 5,00 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Mag die Spitzenstellung Deutschlands in mancherlei Bereichen wanken, in einem steht die Bundesrepublik ganz oben: Bei der Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben. Den langjährigen Champion unter den 36 OECD-Staaten, Belgien, lässt der deutsche Fiskus sogar teilweise hinter sich. Bei der Belastung von Alleinstehenden ohne Kinder mit 42.000 Euro Jahresbrutto ist Deutschland mittlerweile Weltmeister, bei Singles mit einem Jahreseinkommen von 67.000 Euro teilt es sich den ersten Platz noch mit Belgien. Nur kinderlose deutsche Paare schneiden wegen des Ehegattensplittings besser ab als der OECD-Schnitt, besonders, wenn einer der beiden gar nichts verdient. Die durchschnittliche Gesamtbelastung der Erwerbstätigen (inklusive Arbeitgeberbeitrag) liegt in Deutschland, kurz hinter Belgien, bei knapp 50 Prozent. Das Geld sei nötig, um das Land am Laufen zu halten, heißt es. Die Schweizer müssen indes nur rund 22 Prozent abgeben. Offenbar lässt sich ein blitzblankes Gemeinwesen auch günstiger gestalten. H.H.



Hat Herr Altmaier alles im Griff?

DER WOCHENRÜCKBLICK

Merkel-Leugner

Wie sich Seehofer listig an Söder rächt, und wie wir der fünften Amtszeit den Weg ebnen

VON HANS HECKEL

Das sieht ihm wieder ähnlich, dem Seehofer Horst. Markus Söder hatte ihn unlängst vom Posten des CSU-Vorsitzenden verdrängt. Das hat Seehofer dem Jüngeren nie verziehen, denn seitdem hat der Bundesinnenminister in München nicht mehr viel zu melden. Immer schlecht für einen CSU-Bundesminister, denn das lässt auch seine Macht in Berlin merklich schrumpfen.

Aber so kam es nun mal. Söder, nun Ministerpräsident und CSU-Chef in einem, triumphierte und mag sich gedacht haben, den alten Rivalen mit dessen Entthronung endlich abgeschüttelt zu haben. Tatsächlich lief gerade in jüngster Zeit alles prächtig für den jugendlich gebliebenen 53-Jährigen. In der „Lockdown“-Krise konnte Söder in der Rolle des harten Hundes hervorragend punkten. Am Ende spülte ihn der öffentliche Zuspruch sogar ganz von selbst in die Riege der möglichen Merkel-Nachfolger, ohne dass Söder sich selbst ins Spiel bringen musste. Besser geht es nicht.

Dachte man. Doch dann kam Seehofer aus dem Gebüsch, die Taschen voller alter Rechnungen mit dem von ihm herzlich verachteten Söder, um Rache zu nehmen. Maliziös brachte der Innenminister eine zündende Idee auf, die das Zeug hat, alle (vor allem: Söders) Ambitionen auf die künftige Kanzlerschaft zu Brei zu verarbeiten: Angela Merkel könnte, durch Corona gestählt, doch einfach noch einmal kandidieren im Herbst 2021, sinniert Seehofer öffentlich.

Wir wollen uns gar nicht vorstellen, wie das bei den hoffnungsfrohen Nachfolgekandidaten eingeschlagen ist. Nicht bloß Söder, der bislang ja nur heimlich mit dem Kanzlergedanken spielt, auch Friedrich Merz und Armin Laschet müssen entgeistert sein und werden bittere Flüche an die Adresse des alten Bayern geschleudert haben. Aber was schert's den? Seehofer hat für sich nichts mehr vor, und es heißt ja nicht umsonst: Nehmt euch in Acht vor alten Männern, die nichts mehr zu verlieren haben. Wie wahr!

Und nicht weniger vor Frauen, die auch nicht mehr die Jüngsten sind. Warum eigentlich nicht?, wird sich Merkel fragen. Noch mal vier Jahre, und es sind 20. Das hat nicht mal Bismarck geschafft!

Aber was sagen die Deutschen dazu? Weitere vier Jahre Merkel? Wollen wir das? Da

müssen die Medien ran, Merkels treueste Verbündete. Und wie sollen sie uns einstimmen? Am besten in bewährter Methode: In den vergangenen 20 Jahren ist es denen gelungen, jede große Debatte dermaßen zu moralisieren, dass am Ende nur noch eine sagbare Meinung übrig blieb und jede Gegenrede als Teufelsgebräu verdammt wurde. Euro oder Krieg, Grenzöffnung für jeden oder wir sind alle Rassisten, für „Klimaschutz“ und Energiewende oder die Welt geht unter: Jede Frage wurde so sorgsam wie brutal in „Gut“ und „Böse“ geschieden. Es klappte glänzend, so auch jetzt: Angelehnt an die bösen „Klima-Leugner“ betritt der „Lockdown“-Kritiker als menschenverachtender „Corona-Leugner“ die Bühne.

Sobald sich die Ewig-Kanzlerin entschieden hat, ein weiteres Mal aufs Regierungssamt zu zielen, führen wir daher das Brandmal des „Merkel-Leugners“ in die Debatte ein, um jede Widerrede gegen eine fünfte Amtszeit der Übergroßen aus dem Weg zu ballern.

Sicher, Sie haben ja recht: „Merkel-Leugner“? Das Etikett ist natürlich Unsinn. Niemand leugnet die Existenz der Frau. Aber macht das was? Unsinn waren die beiden anderen „Leugner“-Vorwürfe schließlich auch. Keiner der Angeklagten hat je die Existenz des Klimas oder jenes Virus geleugnet, sie wollen nur anders damit umgehen. Doch darum ging es gar nicht. Beim „Leugner“-Vorwurf geht es ums Ergebnis, nicht um die Substanz. Hinter allen „Leugnern“ funkelt nämlich finster der „Holocaust-Leugner“ hervor, daher die enorme Wirkung des Etiketts, und deshalb benutzt man es so gern.

Schade bloß, dass die Kanzler-Entscheidung nicht schon dieses Jahr fällt. Sonst hätte man die Sache durchziehen können, ehe die düpierten Möchtegern-Diadochen auch nur „Hoppla!“ sagen können. Bis 2021 kann dagegen noch einiges passieren, und dies und das kündigt sich sogar schon an. Nichts Gutes, wie man zugeben muss.

Der Enthusiasmus, mit welchem sich die Deutschen in die Drangsal des „Lockdown“ haben scheuchen lassen, beginnt zu bröckeln. Warum? Nun, manche Maßnahmen könnten als Mahnmal eines außer Kontrolle geratenen Verbotswahns in die Geschichte eingehen. Beispiele, die man so oder ähnlich wohl aus jeder Stadt kennt: An einem beliebten Hamburger Park ist die öffentliche Toilette geschlossen. Wieso? „Weil wir Corona haben“, belehrt uns die Außer-Haus-Verkäuferin im

kleinen Café nebenan in einer für hanseatische Verhältnisse bemerkenswerten Pampigkeit. Wie es scheint, hat man die junge Frau schon öfters mit dieser Frage belagert, bis es ihr zu viel wurde.

Das Resultat des sanitären „Lockdown“ ist wenige Meter weiter gut zu erschnüffeln, wo die Passanten stechender Uringestank umwabert, der sich aus großen Eibenbüschen Richtung Spazierweg ausbreitet. Zwischen der provisorischen Pinkelecke und dem Café haben die Behörden ein paar öffentliche Turngeräte mit weiß-rottem Absperrband vergattert. Die Leute turnen am Rand des Bereichs und greifen von außen nach den Geräten, einer neben dem anderen. Etwas weiter weg ist selbst ein kleines Balancierseil behördlich unwickelt, obwohl darauf ohnehin nur einer zurzeit sein Gleichgewicht üben kann. Daneben hat es ein Kinder-Fußballtor getroffen. Überhaupt haben sie die Spielplätze ja alle dichtgemacht. Die Gören hocken daher eng an eng daneben auf der Straße, wo man ja auch spielen kann. Die Mütter haben es sich im Pulk auf der Bank gemütlich gemacht. Abstand?

Dass nun alles wieder gelockert wird, wird auch der Furcht der Politik geschuldet sein, dass die Bürger die Sache ansonsten selbst in die Hand genommen hätten. Wenn der staatlich verordnete Unsinn nämlich allzu dreist ins Auge sticht, können selbst die regelbraven Deutschen zu Anarchisten mutieren. Das wollen wir lieber nicht riskieren, wo wir sie gerade so schön fest an der Leine haben.

Damit die Leute nicht frech werden, gilt es, ihnen ordentlich Angst zu machen vor der „zweiten Welle“ der Infektion. Zweite Welle? Wieso „zweite“? Hatten wir denn überhaupt schon eine erste, wo die Leute in den Krankenhäusern auf den Gängen lagen und das Gesundheitssystem am Rande des Kollaps wankte? Nein, hatten wir nicht.

Das ist ein Problem, dessen Lösung sich die Verantwortlichen mit aller Hingabe widmen. Die Statistik-Kosmetiker arbeiten emsig an der Konstruktion einer sogenannten „Übersterblichkeit“, also an Kurven, die beweisen sollen, dass während (also: wegen) der Corona-Ausbreitung insgesamt mehr Menschen als sonst in Deutschland verstorben sind. Leider geben die Zahlen von Januar bis März nichts dergleichen her. Mal sehen, wie Lothar Wieler vom RKI das so interpretiert, dass das Gegenteil herauskommt. Wir sind sicher: Er findet einen Weg.

● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulrich Berls, von 2005 bis 2015 Leiter des ZDF-Studios Bayern, warnt im Debattenmagazin „The European“ (28. April) davor, skeptische Stimmen zur „Lockdown“-Politik zu unterdrücken:

„Es gibt keinen virologischen Imperativ! Wir haben nicht nur medizinische, sondern auch soziale, politische und ökonomische Katastrophen zu fürchten. Wenn Wirtschaftswissenschaftler jetzt Vergleiche zur Krise von 1929 ziehen, sollten wir – erst recht in Deutschland – hinhören. Denn wir haben es auch mit einem Insolvenz-Virus zu tun. Hat jemand eine Vorstellung davon, wie unsere Innenstädte aussehen werden, wenn ein Großteil der Gaststätten schließen muss und der Endsieg von Amazon & Co. den Einzelhandel vernichtet hat?“

Alexander von Schönburg bemerkt in der „Bild“-Zeitung (4. Mai) einen bedenklichen Untertanengeist, der sich in der „Lockdown“-Krise offenbart habe:

„Neben dem wirtschaftlichen Totalschaden ist dies für mich der größte Corona-Schock: Die Fügsamkeit, ja der Enthusiasmus, mit denen wir auf Geheiß von Experten unsere fundamentalsten Grundrechte preisgegeben haben. Und: Wie rasch viele von uns sich für ‚strenges Durchgreifen‘ und Entmündigung begeistern konnten.“

Jürgen Elsässer warnt im Monatsmagazin „Compact“ (Mai-Nummer) davor, dass der „Lockdown“ das deutsche Gesundheitssystem für künftige Herausforderungen ebenso wehrlos machen könnte, wie es die Systeme anderer Länder schon seien:

„Die höhere Sterblichkeit in Italien, Spanien, Großbritannien und den USA hat ihren Grund übrigens im kaputtgesparten Gesundheitssystem dieser Länder. Wenn der Lockdown unserer Wirtschaft so weitergeht, wird unsere medizinische Versorgung ebenfalls nicht mehr finanzierbar sein. Ob es dann auch heißen wird, daran sei Corona schuld?“

Auf „achgut.com“ (5. Mai) geht René Zeyer mit dem Regierungshandeln gegenüber Corona ins Gericht:

„Noch nie in der deutschen Geschichte ist es einer Regierung gelungen, einen solchen Schaden anzurichten, ohne einen Weltkrieg vom Zaun zu brechen. Während sich alle nach dem arroganten Ignorieren der Pandemie in einem wahren Bieterwettbewerb um öffentliche Aufmerksamkeit sich überschlagender Horrorzahlen von möglichen Todesopfern in milder Frühlingsluft auflösen, sind die Horrorzahlen des wirtschaftlichen Schadens sehr real ... Das ist das größte Über-Ding aller Zeiten. Das ist eine Fehlentscheidung, die jede historische Vergleichsdimension sprengt.“

● WORT DER WOCHE

„Vielmehr verdichtet sich bei immer mehr Menschen der Verdacht, dass die Regierenden wachsenden Gefallen daran gefunden zu haben scheinen, endlich mal das Volk im harten Griff zu haben.“

Wolfgang Hübner, auf „PI-News“ (3. Mai) zu den Gründen für wachsenden Unmut über den „Lockdown“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de



Sonderveröffentlichung
Preußische Allgemeine Zeitung
Freitag, 8. Mai 2020 – 1,00 €

PAZ-SPEZIAL

75 Jahre Kriegsende



1945: Nullpunkt unserer Geschichte

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Doch die Menschen in Deutschland und Europa bewegt er bis heute. Betrachtungen und Denkanstöße aus verschiedenen Blickwinkeln und Ländern

75 Jahre Kriegsende

IN DIESER BEILAGE

Die Phönixe sind müde

Die Erinnerung an die Katastrophe bewegt die Europäer noch immer – doch der Aufbruchgeist der Nachkriegszeit ist dahin

Seite 3

Der Hauptfeind war der Westen

Brendan Simms korrigiert in seiner neuen Hitler-Biographie manch bisherige Ansichten der Forschung – mit erstaunlichen Thesen

Seite 4

Streit um die Erinnerung

Igor Grezkij über die Gründe und Ziele der geschichtspolitischen Verwerfungen zwischen Russland und Polen

Seite 6

Eine Niederlage, kein Sieg

Der Historiker **Piotr Zychowicz** schildert in seinem Beitrag, wie seine polnischen Landsleute das Jahr 1945 deuten

Seite 7

Zeitgeschichte zum Nachlesen

Neuerscheinungen zu den letzten Tagen und Wochen des Zweiten Weltkriegs

Seite 8



PAZ-SPEZIAL

Eine Sonderveröffentlichung der Preussischen Allgemeinen Zeitung

IMPRESSUM

Redaktion: René Nehring (Chefredakteur und V.i.S.d.P.) **Bildredaktion:** Manuela Rosenthal-Kappi, Harald Tews
Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Geschäftsführer: Dr. Sebastian Husen
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.
Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf.
 Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.
Internet: www.paz.de
E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
 www.ostpreussen.de
 Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

ESSAY

Nullpunkt unserer Geschichte

VON RENÉ NEHRING

Als nach dem 8. Mai 1945 (fast überall) in Deutschland und Europa die Waffen schwiegen, war der Krieg zwar militärisch beendet – aber noch lange nicht vorbei. Die jahrelangen Bombennächte, die Wochen und Monate der Flucht vor der herannahenden Front, der Anblick von toten Soldaten und Zivilisten an Straßen und Wegen, der Verlust geliebter Angehöriger oder auch die Jahre in Lagern und Gefängnissen hallten in den Erinnerungen derjenigen, die all dies erlebt hatten, noch Jahrzehntlang nach. Viele ließen sie nie mehr los. Angesichts der Dimensionen – in Europa gab es wohl kaum eine Familie, die nicht auf irgendeine Weise betroffen gewesen wäre – wurde der Zweite Weltkrieg zu einem unvergesslichen Markstein im kollektiven Gedächtnis der Nationen.

Dies gilt zumal für Deutschland; das Land, von dem der Krieg ausgegangen war, und zu dem er vernichtend wiedergekehrt ist. Während der 8./9. Mai für die Siegernationen einen der größten Triumphe in ihrer Historie symbolisiert, markiert er für die Deutschen den absoluten Nullpunkt ihrer Geschichte: Millionen Landsleute waren tot, unzählige Großstädte lagen in Schutt und Asche, Industrie und Infrastruktur waren flächendeckend zerstört – und im Osten gingen mit Ostpreußen, Schlesien, Pommern und anderen Provinzen Regionen verloren, die über Jahrhunderte die deutsche Kultur geprägt hatten. Verloren ging nicht zuletzt auch die Eigenstaatlichkeit der Deutschen. Das „Tausendjährige Reich“ löste sich auf in Besatzungszonen, in denen Russen, Amerikaner, Engländer und Franzosen das Sagen hatten.

Ebenso schwer wie die menschlichen und materiellen Verluste wog die moralische Katastrophe: Nachdem die Deutschen in den 30er Jahren ihrem „Führer“ zugejubelt hatten und ihm jahrelang tapfer in den Krieg gefolgt waren, mussten sie nun erkennen, dass sie nicht nur einem Blender, sondern auch einem Verbrecher gefolgt waren. Die Filmaufnahmen aus den befreiten Konzentrationslagern, die in zahlreichen Kinos gezeigt wurden, wirkten ebenso wie die Berichte von den Prozessen gegen die einstige Führung und die historischen Aufarbeitungen in den folgenden Jahren. „Nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, ist barbarisch“ lautete eine zeitgenössische These Theodor Adornos. Diese Meinung mag heute irrsinnig erscheinen; damals wurde sie von nicht wenigen geteilt.

Das Volk von Goethe und Schiller, von Mozart, Beethoven und Bach, von Luther und Kopernikus, von Kant und Schopenhauer, von Dürer und Holbein, von Riemenschneider und Schlüter, von Schinkel und Balthasar Neumann, von Daimler und Diesel, von Caspar David Friedrich und Lovis Corinth, von Otto v. Bismarck und Friedrich den Großen und vielen anderen musste fortan mit einer schweren Schuld und Bürde leben, die auch nicht dadurch kleiner wurde, dass auch die Alliierten Kriegsverbrechen begangen hatten und somit auch Millionen Deutsche Opfer des Krieges wurden.

Schwierige Aufarbeitung

Die Frage nach dem richtigen Umgang mit den Hinterlassenschaften des „Dritten Reichs“ wurde zu einer brisanten Richtschnur für die Deutschen nach 1945. Wie viel Erinnerung war angemessen? Und wie viel Verdrängung war notwendig, um im Alltag weiterleben zu können? Wie viel Wiedergutmachung war zu leisten? Wann war die Zeit für einen Schlussstrich gekommen? Konnte es diesen überhaupt geben? Die Antworten darauf fielen sehr verschieden aus: Während die einen versuchten, sich so schnell wie möglich in den neuen Verhältnissen einzurichten und nur nach vorn zu schauen, wurden für andere die Ereignisse um 1945 zu einer Zäsur, über die sie nie wieder hinwegkamen.

Das Maß der Erinnerung hing dabei immer auch vom jeweiligen Standpunkt ab. Nicht zuletzt, weil die Lasten der Niederlage innerhalb des deutschen Volkes höchst unterschiedlich verteilt waren. Hatten alle Landesteile gleichermaßen gefallene Frontsoldaten zu beklagen, waren schon die Schäden des Luftkriegs sehr unterschiedlich zwischen Stadt und Land verteilt. Gänzlich verschieden war die Vermögenslage: Während die Westdeutschen fast ausnahmslos ihr Hab und Gut behalten konnten, wurden in der SBZ schon bald zahllose Betriebe verstaatlicht. Doch immerhin konnten die Mitteldeutschen in den meisten

Fällen in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben. Die Ostdeutschen verloren alles.

Höchst unterschiedlich war auch der Umgang der beiden deutschen Nachkriegsstaaten (die Österreicher hatten sich dafür entschieden, aus der eigenen Geschichte zu fliehen und eine neue Identität zu begründen) mit der Vergangenheit: Die DDR inszenierte sich als Antwort auf die deutsche Katastrophe und zelebrierte den „Sieg über den Hitlerfaschismus“ als konstitutionellen Mythos. Die Erinnerung an das Leiden der deutschen Zivilbevölkerung wurde rigoros unterdrückt. In der Bundesrepublik hingegen wurden in den ersten Jahren leidenschaftliche Debatten über die Folgen des Krieges geführt. Doch mit der Zeit setzte sich hier die Haltung durch, die Vergangenheit ruhen zu lassen. Wer an die offene deutsche Frage erinnerte, geriet zunehmend unter Rechtfertigungsdruck und Revanchismus-Verdacht.

Das Gedenken der Nachbarn

Auch in den kollektiven Erinnerungen der anderen am Krieg beteiligten Nationen blieben die Jahre zwischen 1939 bis 1945 (und zum Teil davor) eine feste, bestimmende Größe. Und auch hier hing die Bewertung vom jeweils eigenen Standpunkt ab. Feierten die Siegermächte UdSSR (später Russland), USA, Großbritannien und Frankreich stolz ihren Sieg über Hitlerdeutschland, so sah es in den sonstigen Ländern oft ganz anders aus. Die Völker Ostmitteleuropas Zum Beispiel erlebten die Rote Armee keineswegs als Befreier, sondern als neue Besatzer.

Doch auch die Siegermächte kamen – mit Ausnahme der Amerikaner, deren Stern als weltpolitische Ordnungsmacht gerade erst aufging – schon bald ins Gröbeln; und das keinesfalls nur, weil auf den Tri-

umph über die Achsenmächte ein „kalter Krieg“ zwischen den einstigen Alliierten folgte. Für die Briten und Franzosen läuteten Aufstände in den Kolonien unmittelbar nach dem Krieg in Europa das Ende ihrer Kolonialherrschaft ein – und damit auch ihren Niedergang als Weltmächte. Und bei den Russen musste die zelebrierte Erinnerung an den Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ den immer kläglicher werdenden Alltag im real existierenden „Paradies der Werktätigen“ überstrahlen. Mochten Engländer, Franzosen und Russen auch den Krieg gegen Deutschland gewonnen haben – den Frieden hatten sie verloren.

Zusammen mussten Sieger und Besiegte erkennen, dass der „europäische Bürgerkrieg“ zwischen 1914 und 1945 in eine große Selbstzerstörung des alten Kontinents geführt hatte.

Die epochale Bedeutung des Zweiten Weltkriegs zeigt sich nicht zuletzt in einer kaum noch zu überblickenden Literatur. Unmittelbar nach dem Kriege erschienene Arbeiten wie Eugen Kogons „Der SS-Staat“ (1946) oder Hugh Trevor Ropers „The Last Days of Hitler“ (1947) gelten noch heute als Standardwerk. Die Zahl der weltweit erschienenen Arbeiten über einzelne Aspekte des Krieges oder der Gesamtdarstellungen dürfte in die Millionen gehen.

Stoff für unzählige Geschichten

Neben den Arbeiten der Wissenschaft erschienen die Memoiren der beteiligten Protagonisten, der Sieger wie Winston Churchills „Geschichte des Zweiten Weltkriegs“ oder Georgij Schukows „Erinnerungen und Gedanken“ oder Konstantin Rokossowskis „Soldatenpflicht“, und der Geschlagenen wie Erich von Mansteins „Verlorene Siege“, Heinz Guderians „Erinnerungen eines Soldaten“ oder Otto Laschs „So fiel Königsberg“. Auch die wenigen verbliebenen Führungspersonen des „Dritten Reichs“ wie Albert Speer und Karl Dönitz erreichten mit ihren Erinnerungen heute kaum noch vorstellbare Auflagen. Hinzu kamen die Schilderungen namhafter Publizisten wie Margret Boveri, Sebastian Haffner, Marion Gräfin Dönhoff oder Wolf Jobst Siedler.

Schier endlos auch die Zahl der Romane und Erzählungen, in denen der Krieg und seine Folgen literarisch verarbeitet wurden. Von Heinrich Bölls „Haus ohne Hüter“ über Günter Grass' „Danziger Trilogie“ und „Beim Häuten der Zwiebel“ über Ernst Jüngers „Strahlungen“ und Hans Hellmut Kirsts „08/15“-Trilogie über Lothar-Günther Buchheims „Das Boot“ oder Arno Surminkis „Jokehnen“ reicht das Spektrum. Ein Solitär zwischen all diesen Werken ist Walter Kempowskis monumentale Zitatesammlung „Das Echolot“.

In den letzten Jahren, als mancher glaubte, dass es kaum noch etwas über den Krieg zu erzählen gäbe, kamen publizistische Arbeiten über den „Untergang der kleinen Leute“ (so der Untertitel des Buches „Kind, versprich mir, dass Du mich erschießt“ von Florian Huber), die Schicksale der Frauen (etwa in Miriam Gebhardts Buch „Als die Soldaten kamen“ oder Ingo von Münchs „Frau, komm!“) sowie der heimgekehrten Soldaten (wie in Svenja Goltermanns Arbeit „Die Gesellschaft der Überlebenden“) hinzu.

Besondere Aufmerksamkeit erfuhren die Bücher von Sabine Bode über die „vergessene Generation“ der Kriegskinder und -enkel, die sich damit befassen, welche Traumata von den Erlebnisgenerationen an die Nachgeborenen weitergegeben wurden. Wer sie in die Hand nimmt, kann nur darüber staunen, dass es so lange gedauert hat, bis sich jemand dieser Fragen angenommen hat.

Ausblick

In diesem Jahr läuft das öffentliche Gedenken deutlich ruhiger. Und das nicht nur wegen der Corona-Pandemie, die zur Absage zahlreicher Gedenkveranstaltungen geführt hat. Auch auf dem Buchmarkt, wo alle neu erscheinenden Titel lange vor dem Ausbruch geschrieben wurden, gibt es nur wenige neue Titel. Selbst der „Führer“ Kasse machte, hat im Jubiläumsjahr auf eine Titelgeschichte zum Kriegsende verzichtet.

Ob dies ein Zeichen für ein nachlassendes Interesse der Öffentlichkeit oder für ein langsames Verblasen der Erinnerung an Krieg und NS-Zeit ist? Man wird sehen. Erst zur Jahreswende brach eine Debatte zwischen Polen und Russland über die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges aus, die uns zeigt, dass die Geister der Vergangenheit noch sehr lebendig sind.

Zusammen mussten Sieger und Besiegte erkennen, dass der „europäische Bürgerkrieg“ zwischen 1914 und 1945 in eine große Selbstzerstörung des alten Kontinents geführt hatte



Frühjahr 1945: Diejenigen, die den Krieg überlebten, ließ die Erinnerung niemals los Foto: paz

75 Jahre Kriegsende

VON KEITH LOWE

Im Mai 1945 lag Europa in Trümmern. Mindestens 50 Millionen Menschen waren umgekommen und Zigmillionen waren dem Hungertod nahe. Ein Artikel der „New York Times“ aus dieser Zeit verglich den gesamten Kontinent mit einer Vision aus dem Buch der Offenbarung: Von der Mitte bis zum Rand erstreckte sich eine Landschaft des Hungers, der Krankheit, der Zerstörung und des Todes.

Und doch gab es dabei auch große Hoffnung. Der gleiche Artikel berichtet: Europa „verfügt über genügend Vitalität, um selbst dies, die größte Katastrophe der Welt, zu reparieren“. Es werde wiederaufstehen, wie ein Phönix, größer und stärker als je zuvor.

Die „Stunde Null“ eines Kontinents

Man kann Europa heute nicht verstehen, ohne zuerst diesen Moment in unserer gemeinsamen Geschichte zu verstehen. In Deutschland nannte man ihn „Stunde Null“, in anderen Ländern „Jahr Null“. Der Begriff trug sowohl Schrecken als auch Hoffnung in sich: Einerseits war der Kontinent in die Steinzeit zurückgebombt worden, andererseits hatten wir aber auch die Chance erhalten, wieder bei Null anzufangen.

In den Jahrzehnten unmittelbar nach dem Krieg gewann die Hoffnung die Oberhand. Eine Zeitlang schien es überall Phönixe zu geben. Tausende Städte erstanden aus den Trümmern – nicht die alten mit ihren engen Straßen und Elendsvierteln, sondern neue, umgestaltete, die den Bedürfnissen der Moderne gerecht werden sollten. „Der Bombenkrieg hat den Planern unerwartete Chancen bereitet“, erklärte ein britischer Berater am Ende des Krieges. „Er hat uns nicht nur manch dringend notwendigen Abriss abgenommen, sondern – was noch wichtiger ist – er machte den Menschen aller Bevölkerungsschichten auch die Notwendigkeit des Wiederaufbaus bewusst.“ Die Städte, in denen wir heute leben, sind ein Produkt dieser außergewöhnlichen Zeit.

Andere Bereiche der Gesellschaft wurden ebenso wiederaufgebaut. Gesundheits- und Sozialversicherungssysteme wurden eingerichtet oder umgebaut – die gleichen Systeme, auf die sich so viele Europäer in der jetzigen Krise verlassen. Vermögen wurden umverteilt, Agrarreformen wurden durchgeführt, die Bildungssysteme wurden gründlich überarbeitet. In Frankreich, Belgien, Italien, Malta, Ungarn, Jugoslawien und Griechenland erhielten die Frauen zum ersten Mal das uneingeschränkte Wahlrecht. In Osteuropa wurde unter dem Kommunismus fast jede Form der wirtschaftlichen Aktivität unter staatliche Kontrolle gestellt; und selbst im Westen wurden wichtige Industriezweige wie der Kohlebergbau und die Stromerzeugung verstaatlicht. Für die nächsten 30 Jahre wurde die zentrale Planung – also die Art Planung, die sich während des Krieges als so wirksam erwiesen hatte – fast überall zur Norm.

Aufbruch im Westen, neue Gewaltherrschaft im Osten

In dieser Zeit wurde auch ein neuer Geist der Zusammenarbeit zwischen den Nationen geboren. Es begann mit einem Handelsabkommen zwischen sechs westeuropäischen Ländern zur Regulierung der Kohle- und Stahlproduktion. Dieses entwickelte sich rasch in eine umfassendere Wirtschaftsgemeinschaft und letztendlich in die heutige Europäische Union. Die Erinnerung an den Krieg bildete die ideologische Grundlage für diese Union: Nach den Worten von Robert Schuman bestand der Sinn und Zweck einer supranationalen Organisation darin, einen weiteren Krieg „nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ zu machen.

Aber diese Reformleidenschaft hatte auch ihre Schattenseiten. In den von den Sowjets befreiten mittel- und osteuropäischen Ländern wurden gegen den Willen der Völker kommunistische Regierungen eingesetzt. Die Programme des gesellschaftlichen Wandels, die sie einleiteten, entsprangen



Vergangene Zeiten: Im Westen Europas entwickelte sich zwischen den einst verfeindeten Nationen eine immer engere Partnerschaft. Doch der Geist des Aufbruchs – im Bild ein Treffen zwischen dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer 1962 – ist lange dahin
Foto: Süddeutsche Zeitung

Die Phönixe sind müde

Während das Jahr 1945 im Westen Europas in eine Einigungsbewegung mündete, folgte im Osten schon bald neues Unrecht. Die Erinnerung an die Apokalypse ist noch überall in Europa präsent. Doch vom Aufbruchgeist der Nachkriegszeit ist wenig geblieben

zumeist nicht dem Wunsch des Volkes. Sie waren Vorhaben von oben nach unten, die direkt aus Moskau importiert und gewaltsam aufgezwungen wurden. Vielleicht haben Sie sich schon einmal gefragt, warum die osteuropäischen Regierungen heute tendenziell nationalistischer und euroskeptischer sind als Regierungen im Westen. Der Grund liegt darin, dass diese Länder bereits Erfahrungen mit supranationalen Organisationen gemacht haben, und diese waren nie besonders gute, vor allem nicht unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ethnische Säuberungen

Es gibt weitere, noch düsterere Erinnerungen an diese Zeit. In dem Bemühen um ein Ende der ethnischen Spannungen, die durch den Krieg entfacht worden waren, setzte im Sommer 1945 eine Reihe von Bevölkerungsverschiebungen ein. Die Tschechoslowakei vertrieb ihre gesamte deutsche Bevölkerung und versuchte auch – mit weniger Erfolg –, ihre ungarische Bevölkerung auszusiedeln. Polen vertrieb seine deutschen und ukrainischen Minderheiten. Juden, die der auch nach dem Krieg anhaltenden Verfolgung müde waren, flohen zu Hunderttausenden nach Amerika und Palästina.

Vorkommnisse wie diese sollten Teil des Wiederaufbaus der Nationen sein, doch in Wirklichkeit waren sie etwas viel Dunkleres: der Schlussakt des Zweiten Weltkrieges selbst. Ihre Folgen sind bis heute in ganz Europa spürbar. Vor dem Krieg gehörten Länder wie Polen, Ungarn und die Tsche-

choslowakei zu den ethnisch vielfältigsten Regionen des Kontinents. Heute sind sie durch eine nahezu vollständige kulturelle Homogenität gekennzeichnet, insbesondere wenn man sie mit dem Regenbogen der im Westen existierenden Farben und Glaubensbekenntnisse vergleicht.

Erinnerungen an Geschehnisse wie diese sorgen noch immer für Verdruss. Die große Tragödie der „Stunde Null“ besteht darin, dass die Hoffnungen und Träume des Jahres 1945 nach 75 Jahren verblasst sind, das Trauma jedoch weiterlebt. Familien, die gezwungen waren, aus Osteuropa zu fliehen, fühlen sich noch immer als Flüchtlinge. Die Wohnungsbauentwicklungen der Nachkriegszeit wirken nicht mehr so utopisch: Sie sehen eher aus wie Narben in der Landschaft – eine physische Erinnerung an die Gewalt, die wir im Krieg erlebt haben. Selbst die Europäische Union mutet nicht mehr an wie ein Phönix, sondern eher wie ein träger alter Hund, der sogar zu müde ist, um nach den Fliegen zu schnappen, die ihm um den Kopf schwirren.

Geopolitische Wunden

Auch die geopolitischen Wunden jucken weiter. Die östliche Hälfte Europas beschwert sich regelmäßig darüber, dass sie von der westlichen Hälfte nicht verstanden wird. Warum sollten sich Länder wie Polen oder Litauen an den Mai 1945 als Moment der Wiedergeburt erinnern? Sie gedenken lieber des 23. August 1939 – des Tages, an dem die Sowjetunion und Nazideutschland

Die Tragödie besteht darin, dass die Hoffnungen und Träume von 1945 verblasst sind, das Trauma jedoch weiterlebt

Buch-Tipp



Brendan Simms
Furcht und Befreiung. Wie der Zweite Weltkrieg die Menschheit bis heute prägt
Klett-Cotta 2019, 592 Seiten, 30 Euro

Europa unter sich aufteilen. Dies ist kein Symbol der Wiedergeburt, sondern eines ihrer Opferrolle.

Ungeister der Vergangenheit

Europa erlebt gefährliche Zeiten. Ein Opfergefühl ist keine solide Grundlage für den Aufbau einer stabilen Gesellschaft; und doch sind es heute diese Erinnerungen, nach denen wir fast ohne nachzudenken greifen. Jedes Mal, wenn eine griechische oder italienische Zeitung Deutschland vorwirft, das „Vierte Reich“ zu sein, oder Politiker in London EU-Beamte mit KZ-Wachen vergleichen oder führende Politiker der Welt das Coronavirus als „unsere größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg“ bezeichnen, verstärken wir unsere Erinnerung an das Trauma. Diesen Erinnerungen stand einst die Hoffnung auf eine bessere Zukunft als Gegengewicht gegenüber, aber wo ist das Gegengewicht heute?

Dies ist vielleicht die größte Herausforderung, vor der wir 75 Jahre nach Kriegsende stehen. Die Erinnerung an die Apokalypse ist noch immer präsent, so stark wie eh und je, doch die Phönixe von 1945 sind alle alt und müde geworden.

● Keith Lowe ist britischer Historiker und Schriftsteller. Zu seinen Büchern gehören u.a. „Der wilde Kontinent. Europa in den Jahren der Anarchie 1943–1950“ (2014) sowie „Furcht und Befreiung. Wie der Zweite Weltkrieg die Menschheit bis heute prägt“ (Klett-Cotta 2019).
www.keithlowehistory.com

75 Jahre Kriegsende

Hauptfeind war der Westen

Im Gespräch mit Brendan Simms.

Über Hitlers wahre Kriegsziele, sein Streben nach Lebensraum – und seine Ansichten über die Schwäche der Deutschen

Kann man nach 75 Jahren noch Neues über Adolf Hitler erzählen? Der irische Historiker Brendan Simms meint: ja. In seiner umfassenden „globalen Biographie“, so der Untertitel der deutschen Ausgabe, vertritt Simms sogar die Ansicht, dass wichtige Dinge, die wir über Hitler zu glauben wissen, falsch sind.

Herr Simms, die erste Frage, die sich bei einer neuen Hitler-Biographie aufdrängt, ist: Brauchen wir diese? Sie selbst erwähnen in Ihrer Einleitung, dass ein Kollege bereits vor 20 Jahren über 120.000 Arbeiten zu Hitler gezählt hat. Und Sie erwähnen auch eine Reihe maßgeblicher Biographien wie die von Alan Bullock, Joachim Fest und Ian Kershaw. Warum also eine weitere Hitler-Biographie?

Brendan Simms: Die bisherigen Biographien sind auf ihre Weise allesamt bedeutend und sehr gut. Gleichwohl sind in all diesen Arbeiten ganz wichtige Aspekte von Hitlers Biographie gar nicht oder nicht richtig berücksichtigt worden, zum Beispiel Hitlers Verhältnis zum internationalen Kapitalismus, das grundlegend war für seinen Antisemitismus, sowie – damit zusammenhängend – seine Besessenheit von Anglo-Amerika, also den Angelsachsen, wie er sie nannte.

Hitler trieb die Überzeugung an, dass Deutsche über hunderte von Jahren ausgewandert waren und – wie er sagte – den „Dünger“ geliefert haben vor allem für die Vereinigten Staaten. Im Ersten Weltkrieg dann seien diese Deutschen, bzw. deren Nachfahren zurückgekommen und hätten einen wesentlichen Beitrag zur Niederlage des Kaiserreichs geleistet. Diese Vorstellung war der Ursprung für seine ganze Lebensraum-Theorie. Und weil diese und weitere Aspekte bislang kaum berücksichtigt wurden, hielt ich es für angebracht, eine neue Biographie zu schreiben.

Sie schildern in Ihrem Prolog eine Begebenheit aus dem Sommer 1918: Hitler begegnete im Felde US-Soldaten, die er als Nachfahren deutscher Auswanderer erkennt. Warum war dies ein Schlüsselerlebnis für ihn?

Hitler schrieb in den 20er Jahren wiederholt darüber und leitete aus dieser Begegnung verschiedene Erkenntnisse ab: erstens seine Theorie dafür, warum das Deutsche Reich so schwach geworden war; nämlich weil „die besten Elemente“, wie er sagte, zuvor ausgewandert wären. Und zweitens seien die USA – nicht zuletzt wegen der Kraft und Energie dieser Auswanderer – die große Macht der Zukunft.

Die Deutschen konnten, so Hitlers Überzeugung, einer solchen Macht gegen-

über nur bestehen, wenn sie einerseits den Aderlass stoppen und andererseits eine eigene Macht aufbauen würden. Und dafür brauchte das Reich seiner Meinung nach einen größeren Lebensraum. Diesen konnte es aufgrund der Kräfteverhältnisse nicht in Übersee oder in den ehemaligen Kolonien gewinnen, sondern nur im Osten, in Russland. Für den Osten entschied sich Hitler jedoch nicht hauptsächlich, weil er etwas gegen die Russen oder die Bolschewiken gehabt hätte, sondern weil er den Bolschewismus für eine Art Krankheit hielt, derentwegen die Russen zu geschwächt wären, um sich wehren zu können.

Wenn man die bisherige Forschungsliteratur vor Augen hat, wirken diese Überlegungen erstaunlich. Worauf basieren Ihre Thesen?

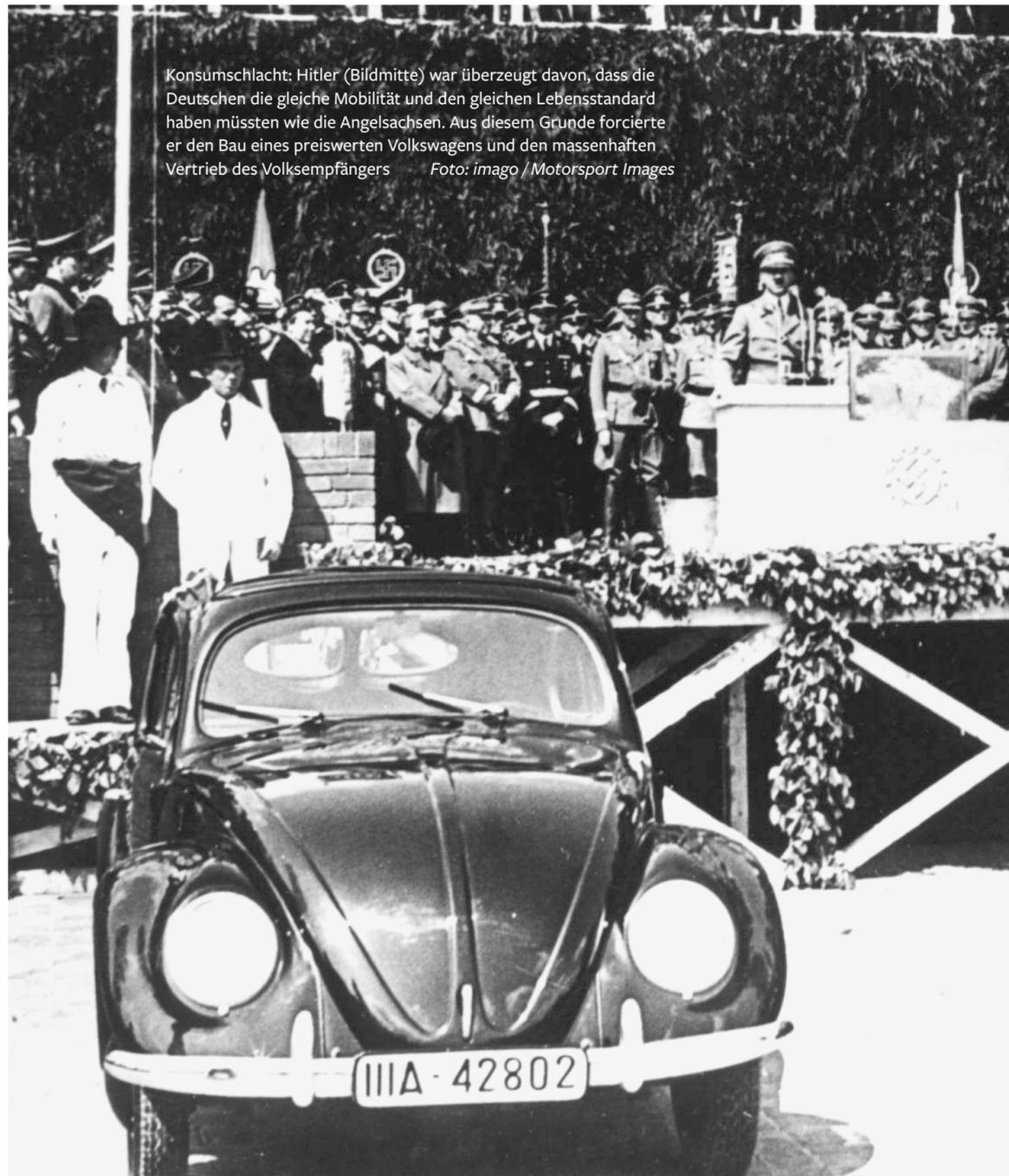
Zum größten Teil auf bekannten Quellen, etwa den Korrespondenzen, Schriften und Reden Hitlers sowie natürlich auch auf neuen Quellen wie beispielsweise die Begegnung im Sommer 1918. Wenn man sich die Dichte der Aussagen zu Anglo-Amerika anschaut, lag das Hauptaugenmerk Hitlers eindeutig auf der Gefahr im Westen. Das ist eigentlich auch nicht verwunderlich, denn das Deutsche Reich wurde ja im Ersten Weltkrieg nicht von Russland besiegt, sondern von den westlichen Mächten.

Wenn jemand einen anderen als Konkurrenten wahrnimmt, kann er versuchen, diesen als Partner zu gewinnen – oder in eine Konfrontation gehen. Warum entschied sich Hitler für den Weg der Rivalität? Warum versuchte er nicht, die Anglo-Amerikaner, die er sogar als eine den Deutschen überlegene „Herrenrasse“ ansah, als Partner zu gewinnen?

In der Tat sah Hitler die angelsächsischen Nordamerikaner wie auch die Briten als „Herrenrasse“, sozusagen als die Habenden, die besitzenden Schichten der Welt. Sich selbst und sein Land sah er als „Habenichtse“; den Begriff benutzte er oft, besonders am Anfang des Zweiten Weltkriegs.

Nach seinem Dafürhalten hat Hitler ja auch alles unternommen, um die Briten und Nordamerikaner als Partner zu gewinnen. Er hat nie daran gedacht, das Britische Empire zu zerstören oder die Amerikaner in die Knie zu zwingen. Und das nicht aus Sympathie und Bewunderung, sondern weil er nicht glaubte, dass das möglich sei. Sein Ziel war eine Parität zwischen dem Deutschen Reich und den Anglo-Amerikanern.

Allerdings war das Ansehen des „Dritten Reichs“ in der britischen und US-amerikanischen Öffentlichkeit von Beginn an schlecht: wegen der Diskriminierung der



Konsumschlacht: Hitler (Bildmitte) war überzeugt davon, dass die Deutschen die gleiche Mobilität und den gleichen Lebensstandard haben müssten wie die Angelsachsen. Aus diesem Grunde forcierte er den Bau eines preiswerten Volkswagens und den massenhaften Vertrieb des Volksempfängers Foto: imago / Motorsport Images



FOTO: ACTION PRESS

Zur Person

Brendan Simms ist Professor für die Geschichte der internationalen Beziehungen am Centre of International Studies der Universität Cambridge. Zu seinen Werken gehören unter anderem „Kampf um Vorherrschaft. Eine deutsche Geschichte Europas 1453 bis heute“ (DVA 2014) sowie „Die Briten und Europa. Tausend Jahre Konflikt und Kooperation“ (DVA 2019).

randomhouse.de

Juden und wegen der Behandlung politischer Gegner wie der Sozialisten. Auf der politischen Ebene änderte sich die Haltung der Briten, die zum Beispiel zur Ausrüstung der Wehrmacht geschwiegen hatten, ungefähr 1936 und die der Amerikaner explizit ab 1937. Am 5. Oktober 1937 hielt Roosevelt seine „Quarantäne“-Rede, in der er forderte, Japan wegen des Überfalls auf China, Italien wegen des Einmarsches in Abessinien (Äthiopien) und Deutschland wegen seiner Intervention im Spanischen Bürgerkrieg unter „Quarantäne“ zu stellen, also international zu isolieren. Hitler war davon stark getroffen. Er musste einsehen, dass weder die Briten noch die Amerikaner Sympathien für das „Dritte Reich“ und seine Politik hatten. Beide wollten eine deutsche Dominanz in Europa keineswegs akzeptieren; sie dachten nicht daran, die Welt mit Hitler zu teilen.

Welche sonstigen neuen Akzente setzen Sie in Ihrer Biographie?

Neben den bereits genannten Punkten ist Hitlers Bewunderung für die Angelsachsen als Rasse und dann auch sein Pessimismus gegenüber dem deutschen Volk bemerkenswert. Selbst wenn das deutsche Volk, so Hitler, von den sogenannten „unteren“ oder „unerwünschten Elementen“ gereinigt worden wäre, war es seiner Meinung nach nicht stark genug. Das deutsche Volk musste seiner Ansicht nach über Generationen aufgebaut werden, bis es das Niveau erreichen könnte, dass die Briten damals schon hatten.

Ein großes Problem der Deutschen sah Hitler in ihrem Hang zur Fragmentierung, ihre Spaltung durch Konfessionen, Klassen, Ideologien, aber eben auch ihre Zusammensetzung aus verschiedenen Rassen. Das deutsche Volk setzte sich

nach seinem Dafürhalten aus verschiedenen „Rasseelementen“ zusammen, wovon der nordische Teil zu gering war. Deshalb hatte er die Vorstellung, die nordischen Elemente fördern zu müssen.

Interessant ist auch die Frage, was für einen Krieg Hitler geführt hat. Dabei schaue ich weniger auf die Zahlen der Soldaten oder Gefallenen, sondern auf die Produktionsverhältnisse. Hitler sagte immer ganz klar, dass Deutschland den Krieg verlieren würde, wenn es nicht das Mobilitätsniveau und die Produktionskraft der Angloamerikaner erreichte.

Welchen Einfluss hatte Hitlers Bild von Anglo-Amerika auf seine Wirtschaftspolitik?

Der Einfluss war massiv. Hitler versuchte, sozusagen einen „German Dream“ gegenüber dem „American Dream“ zu entwerfen. Radios waren für ihn vor allem Konsumartikel und weniger Propaganda-Instrumente. Besonders wichtig war für Hitler das Auto. Er klagte in den 30er Jahren wiederholt, dass es ein Skandal sei, dass die Deutschen sehr viel weniger Autos hätten als die Amerikaner. Aus diesem Grunde trieb er die Entwicklung des Volkswagens voran – orientiert an der Produktionsweise der Ford-Werke. Hitler erklärte, dass Autos und Radios eine Frage des Lebensstandards seien und dass Deutschland den gleichen Lebensstandard bräuchte wie der Westen. Ansonsten würden die Leute weiter abwandern.

Das alles klingt nicht nach jemandem, der von dem Gedanken besessen wäre, dass sein eigenes Volk zum „Herrenmenschentum“ bestimmt ist.

Hitler verfolgte durchaus die Idee eines deutschen „Herrenmenschentums“. Aller-

75 Jahre Kriegsende



Getrieben von der ihm ausgelösten Dynamik und der „Logik des Krieges“: Adolf Hitler, hier zusammen mit Marineoffizieren
Foto: pa

dings war dieses für ihn ein Anspruch, keine Realität. Das Herrenmenschentum der Angelsachsen war für ihn Realität. Hitlers Argument war: „Wenn wir keine Herrenmenschen werden, dann werden wir Sklaven.“ Dieses Denken, dass Deutschland eine Kolonie sei, dass die Deutschen versklavt waren, dass sie „Neger“ seien und so weiter, schildere ich in den vorderen Kapiteln der Biographie. Als Ursache dafür sah er die Entwicklungen seit der Frühen Neuzeit, seit der Reformation und den Konfessionskriegen und dem Westfälischen Frieden. Durch diese Schwächung, so Hitler, haben die Engländer die neue Welt kolonisiert und nicht die Deutschen.

Mein Punkt ist: Beides geht zusammen – die Sorge und Angst um die eigene Schwäche sowie das Bestreben, diese durch Machtpolitik zu überwinden.

Aber warum zog Hitler mit diesem Volk, das er selbst für schwach hielt, in den Krieg?

Das ist eine sehr gute Frage, und die beantworte ich auch in meinem Buch. Hierzu muss man den Faktor Zeit berücksichtigen. Hitler sagte oft in den 20er Jahren und Anfang der 30er Jahre, dass das, was er vorhat, ein Projekt für Jahrzehnte oder Jahrhunderte sei, wie übrigens auch das Britische Empire über einen langen Zeitraum entstanden war. Er wollte im Grunde nur ein paar erste Schritte gehen und Pflöcke einschlagen und seine Nachfolger sollten dann sein Werk fortsetzen. Doch spätestens mit Roosevelts Quarantäne-Rede kam er zu der Erkenntnis, dass ihm die Zeit weglief. Deshalb sagte er: „Wir müssen das jetzt machen.“

Weil er glaubte, dass die Gelegenheit später ungünstiger für ihn wäre?

Exakt. Hitler befürchtete, dass sich die Amerikaner wie 1917 schon bald mit den Briten gegen Deutschland verbünden würden. Dann wäre sein Kampf von Beginn an aussichtslos gewesen.

Sie sagen in Ihrem Buch, dass Hitler keineswegs die Weltherrschaft angestrebt hat, sondern eher ein Getriebener der „Logik des Krieges“ war.

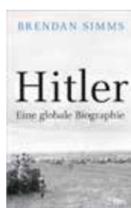
So ist es. Den Krieg mit den Briten und Franzosen hat er nicht gesucht. Eigentlich wollte er lediglich Polen zu einem Bündnis bewegen oder wenigstens zu einer Tolerierung eines Angriffs gegen die Sowjetunion. Die Polen haben sich aber aus verständlichen Gründen verweigert. Da die Briten und Franzosen Polen ihren Beistand garantiert hatten, löste der Angriff auf Deutschlands östlichen Nachbarn einen größeren Krieg aus. Nach Skandinavien ist Hitler eigentlich nur gegangen, weil er Angst hatte, die Briten würden ihn abschneiden vom Eisenerz in Schweden, und dass sie Norwegen besetzen würden. Auf den Balkan ist er gezogen, weil sein Verbündeter Mussolini sich dort festfahren hatte.

Ich will damit Hitler keineswegs entlasten. Ich will damit nur erklären, dass viele seiner Feldzüge nicht zu seinen ursprünglichen Plänen gehörten. Weder in „Mein Kampf“, noch in seinem „Zweiten Buch“ (in dem wir viel über die Rivalität zu Anglo-Amerika finden) oder in seinen programmatischen Reden wird etwa davon gesprochen, den Balkan anzugreifen. Das waren alles Operationen, die sich aus der Dynamik des Krieges entwickelten, nicht aus der Programmatik in Friedenszeiten.

Wenn Hitler ein Getriebener war – auch seiner eigenen Politik und der da-

Die Idee eines deutschen „Herrenmenschentums“ war für Hitler ein Anspruch, keine Realität. Das Herrenmenschentum der Angelsachsen war für ihn Realität

Buch-Tipp



Brendan Simms
Hitler.
Eine globale Biographie
DVA, Hardcover mit Schutzumschlag, München 2020, 1.056 Seiten, 44 Euro

durch ausgelösten Dynamik –, stellt sich die Frage, ob die Briten und Amerikaner irgendwann die Gelegenheit gehabt hätten, diese Dynamik zu bremsen oder zu stoppen?

Das ist eine sehr interessante Frage. Früher wurde oft und schnell gesagt, dass die großen Mächte Hitler gleich am Anfang seiner Expansionspolitik die Grenzen hätten aufzeigen müssen, anstatt ihn jahrelang gewähren zu lassen. Das leuchtet bis zu einem gewissen Grade ein. Andererseits gab es die Mai-Krise 1938, kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs. Da kam das Gerücht auf, Hitler plane sofort, in die Tschechoslowakei einzufallen, was er zu diesem Zeitpunkt nicht vorhatte. Damals drohten die Briten Deutschland, und Hitler fühlte sich gedemütigt. Dies war dann für ihn ein großes Argument während der Sudetenkrise, dass die Briten ihm gegenüber völlig feindselig wären.

Damit will ich Hitler nicht entlasten; ich will damit nur erklären, dass es sehr schwierig ist, mit einem im Grunde paranoiden Mann richtig umzugehen. Wenn man sich gegen ihn wehrt, fühlt er sich bestätigt; und wenn man sich nicht wehrt, dann fühlt er sich auch bestätigt.

Sie erwähnten Hitlers Selbstbild als „Habenichtsa“. Welche Selbstverständnisse haben ihn noch angetrieben?

Sehr wichtig war natürlich sein Selbstbild als Sozialist. Er war eben Nationalsozialist, kein Nationalkapitalist; wobei man dazu sagen muss, dass seine Feindschaft vor allem dem internationalen Kapitalismus galt. Konzerne wie Krupp oder Thyssen sah er durchaus als nützlich für seine Ziele an. Für ihn war sozusagen der Sozialismus gleichgesetzt mit Nationalismus; unter beidem verstand er, dass eine Gemeinschaft alle Güter teilt, vor allem das gemeinsame Schicksal.

Was ist mit Hitlers Selbstverständnis als Künstler?

Hierzu muss man unbedingt Wolfram Pyta lesen, der sich mit dem Geniegedanken bei Hitler befasst hat. Er hatte große Sympathie gegenüber Künstlern, nicht nur Wagner. Sich selbst verstand Hitler als Architekt, als Schöpfer eines neuen Deutschlands, aber auch als Baumeister von Gebäuden, die die Würde des neuen Reiches ausdrücken sollten. Er sagte explizit, dass Deutschland diese großen Gebäude wie in Amerika, aber auch Brücken wie die Golden Gate Bridge bräuchte, weil den Deutschen sonst das Selbstbewusstsein und der Mut fehlte. Insofern war die Architektur Teil seiner Machtpolitik.

Ansonsten sah Hitler die Kunst als Instrument der „rassischen Hebung“, wie er es nannte. Das ganze Volk sollte zum Beispiel Wagner hören; aber nicht wegen dessen Antisemitismus – den hat Hitler in diesem Zusammenhang nicht erwähnt –, sondern weil er überzeugt davon war, dass das Verständnis guter Kunst und Musik ein Volk heben würde.

Ein eigenes Kapitel mit immerhin 30 Seiten widmen Sie Bayern? Warum?

Weil Bayern in mehrerlei Hinsicht eine wichtige Rolle für die Entwicklung Hitlers spielte. München galt zwar als „Hauptstadt der Bewegung“, aber sein Verhältnis zur bayerischen Metropole und zu Bayern war stets ambivalent. Einerseits gab es nach seinem Dafürhalten zwar viele gute Elemente, die ihn etwa zwischen 1919 und 1923 gestärkt hatten, aber eben auch sehr schlechte Elemente, insbesondere die Bayerische Volkspartei und den bayerischen Separatismus. In der Frühphase seines politischen Lebens hatte Hitler größere Sorgen vor dem Separatismus und einem möglichen Zerfall des Reiches als vor dem Bolschewismus. Die Franzosen versuchten ja auch, das Rheinland und das Saargebiet aus dem Reich herauszulösen.

Der Putsch von 1923 war weniger ein Schlag gegen die Republik, sondern hauptsächlich ein Präventivschlag gegen den Separatismus in Bayern. Bezeichnend ist auch, dass 1933 die Machtübernahme dort am schwierigsten war, und dass Hitler 1934 beim „Röhm-Putsch“ nicht nur die SA-Spitze umbringen ließ, sondern auch einige Personen aus dem klerikalen und aus dem separatistischen Lager in Bayern.

Wo Sie sich mit der Forschung einig sind, ist, dass Hitler nicht von Beginn an politisiert war. Wann und wo begann seine politische Erweckung?

In der Tat kann man vor Ende des Ersten Weltkrieges relativ wenige politische Positionen ausmachen. Brigitte Hamann hat gezeigt, dass Hitler während seiner Wiener Zeit nicht nachweislich Antisemit war. Es sind keine antisemitischen Äußerungen überliefert; und es gibt mehrere Belege für jüdische Freunde. Thomas Weber hat in seiner hervorragenden Arbeit zum Ersten Weltkrieg gezeigt, dass Hitler auch zu jener Zeit keine antisemitischen Haltungen zeigte.

Das politische Engagement kommt erst 1919 und ist eine Reaktion nicht so sehr auf den Krieg, sondern vielmehr auf den Frieden, also auf die Niederlage und den Vertrag von Versailles. Dann jedoch geht es schnell, sodass Mitte der 20er Jahre die Grundlinien seines Denkens klar erkennbar sind.

Zum Schluss: Warum sollte sich ein junger Mensch 75 Jahre nach Hitlers Tod noch mit dessen Biographie befassen?

Hitlers Leben zeigt uns, wie gefährlich eine Ideologie, ein vereinfachendes Weltanschauungsmuster für komplexe Zusammenhänge sein kann. Hitlers Biographie lehrt uns, wohin es führen kann, wenn eine bestimmte Bevölkerungsgruppe – in seinem Falle die Juden – oder wirtschaftliche Systeme wie der internationale Kapitalismus zu Sündenböcken für etwaige Fehlentwicklungen deklariert werden. Ich will damit nicht sagen, dass man den internationalen Kapitalismus nicht hinterfragen sollte; aber ich glaube, dass man sich davor hüten sollte, dass ideologische Erklärungsmuster unsere Sicht auf die Welt bestimmen.

Das Interview führte René Nehring.

75 Jahre Kriegsende

VON IGOR GREZKIJ

Kurz vor Weihnachten hat der russische Präsident Wladimir Putin Warschau ein ausgesprochen unschönes „Geschenk“ unter den Baum gelegt, als er sich innerhalb von fünf Tagen insgesamt drei Mal öffentlich äußerte und der polnischen Vorkriegsregierung eine Teilschuld an der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs zuwies. Summa summarum bezichtigte Putin die Polen, sich mit Hitler aus expansionistischen, antisemitischen und sowjetfeindlichen Beweggründen abgesprochen zu haben. In einer fast 60-minütigen „Geschichtsstunde“ des russischen Präsidenten für acht postsowjetische Staatschefs wurde Polen anderthalb Mal häufiger als Hitlerdeutschland erwähnt. Den Höhepunkt seiner Äußerungen zu diesem Thema bildete eine ehrabschneidende Tirade gegen Józef Lipski, einen herausragenden polnischen Diplomaten jener Zeit.

Den formalen Anlass für Putins ausführliche geschichtliche Exkurse stellte die „Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas“ vom 19. September 2019 dar. Zum ersten Mal wurde auf europäischer Ebene ohne diplomatische Formulierungen und Andeutungen, sondern klipp und klar erklärt, dass zwischen der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Pakts und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs ein direkter Zusammenhang besteht. Damit wurde die Verantwortung für die schreckliche Zeit, die die Menschen auf unserem Kontinent erleiden mussten, Nazideutschland und Stalins UdSSR zugewiesen. Aber warum hatte sich Putin hauptsächlich auf Polen und nicht auf die Europäische Union eingeschossen?

Grobe Taktik, hässliches Ziel

Putins wichtigstes Ziel besteht darin, dafür zu sorgen, dass Kritik am aggressiven Verhalten des Kreml, und mag sie noch so gerechtfertigt und begründet sein, im Westen nicht ernstgenommen wird. Dadurch will er die globale politische Elite nachsichtiger gegenüber seinen außenpolitischen Abenteuern stimmen und deren Folgen legitimieren. Für Putin ist es ideal, wenn auch die kraftvollste Argumentation, mit der die Völkerrechtsverletzungen Moskaus entlarvt werden, von der westlichen Gemeinschaft als Ausdruck der Unfähigkeit und des absichtlichen Unwillens, mit Russland einen Konsens zu erreichen, verstanden wird. Putin will, indem er versucht, den Fokus der internationalen Agenda zu verändern, die Wahrheit über sich hinter dem negativen Image derjenigen verstecken, die sie aussprechen, und dafür reicht es aus, ein paar EU-Mitgliedsstaaten als paranoid und „russlandfeindlich“ zu brandmarken.

Und in dieser Hinsicht bietet sich Polen als Angriffsobjekt geradezu an. Nach der Machtergreifung durch die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) im Jahre 2015 ist das internationale Ansehen Polens spürbar gesunken, da sich seine Regierung auf einige überwiegend unnötige Konflikte mit mehreren Schlüsselpartnern eingelassen hat. In diesem Zusammenhang sei an die sich bereits über mehrere Jahre hinziehende Konfrontation mit Brüssel wegen der polnischen Justizreform erinnert, aufgrund welcher die Europäische Kommission Polen beschuldigt, gegen grundlegende Prinzipien der Demokratie verstoßen zu haben. Gleichzeitig wird das Verhältnis zu Deutschland durch haltlose polnische Forderungen nach Wiedergutmachung für Schäden im Zweiten Weltkrieg vergiftet.

Es sieht danach aus, als ob man sich im Kreml dazu entschlossen hat, diese ganzen Unstimmigkeiten auszunutzen und somit die Kritik des Westens an Russland abzuschwächen. Es war Putins offensicht-



„Unsterbliches Regiment“: Unter diesem Motto erinnert Russland seit Jahren an die Toten des Großen Vaterländischen Krieges. In der Ära Putin spielt die Erinnerung an den Krieg eine zentrale Rolle, um das autoritäre politische Regime zu legitimieren Foto: pa

Der Krieg um die Erinnerung

Seit Monaten tobt ein **Streit zwischen Russland und Polen** um die jeweilige Mitverantwortung für den Zweiten Weltkrieg. Die Debatte zeigt, wie mit Geschichte noch immer Politik gemacht wird

liche Absicht, in Warschau eine Reaktion von höchster Stelle auf seine Worte auszulösen. Er wollte deutlich machen, dass die Entschließung vom September 2019 zwar von der erdrückenden Mehrheit der EU-Parlamentsabgeordneten verabschiedet wurde, ihr Inhalt aber von den Regierungen der europäischen Länder – mit Ausnahme von Polen – nicht geteilt wird. Zum Teil ist ihm das gelungen. Obwohl die Europäische Kommission Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in seiner Auseinandersetzung mit dem russischen Autokraten uneingeschränkt unterstützt, hat sich bislang kein einziger EU-Staatschef zu diesem Thema geäußert.

Polens Fehler, Putins Nutzen

Polnische Historiker vergleichen Putins Argumentation damit, wie die Geschichte des Beginns des Zweiten Weltkriegs seinerzeit durch Josef Stalin präsentiert wurde, allerdings mit einem wesentlichen Unterschied: Zu Sowjetzeiten wurde Polen kein Antisemitismus unterstellt. Der jetzige Kremlchef hat aber offensichtlich vor, diese Karte auszuspielen. Er erschreckt Europa mit dem Antisemitismus, der in Polen angeblich sein Haupt erhebt, und versucht somit, das globale politische Establishment empfänglicher gegenüber der These zu machen, dass die polnischen Eliten grundsätzlich an ethnischen und nationalen Phobien leiden; und wenn sie gar antisemitisch eingestellt sind, dann sind sie allemal auch russophob.

Bedauerlicherweise begeht die polnische Regierung taktische Fehler und schafft somit selbst die Bedingungen, unter denen Putins Intentionen umgesetzt werden können. So hat sie beispielsweise Anfang 2018 die Meinungsäußerung, Polen als Land und die Polen als Volk seien Mittäter der NS-Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gewesen, unter Strafe gestellt

Putins wichtigstes Ziel besteht darin, dafür zu sorgen, dass Kritik am aggressiven Verhalten des Kreml, und mag sie noch so gerechtfertigt und begründet sein, im Westen nicht ernstgenommen wird

(zunächst als Straftat, später zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft). Es sieht danach aus, als ob die Führung von „Recht und Gerechtigkeit“ damit versucht hat, sich die Loyalität ihrer rechtsradikalen Wählerschaft am Vorabend der für den Herbst vorgesehenen Kommunalwahlen zu sichern. Die USA und Israel aber reagierten darauf ausgesprochen negativ. In Folge geriet die polnische Regierung immer häufiger wegen Holocaustleugnung und zunehmender antisemitischer Stimmungen in die Kritik.

Putin hatte angekündigt, einen Aufsatz über den Beginn des Zweiten Weltkriegs zu verfassen. Die Mitarbeiter der Präsidialverwaltung haben ihn mit Sicherheit schon vorbereitet, aber die derzeit auch in Russland herrschende Epidemie ist kein guter Zeitpunkt, um ihn zu veröffentlichen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird der „polnische Antisemitismus“ einen besonderen Stellenwert in diesem Aufsatz einnehmen, und höchstwahrscheinlich wird auch Józef Lipski wieder nicht ungeschoren davonkommen.

Alles für die Siegesparade

Sollte dann Putins Aufsatz irgendwann einmal erscheinen, werden professionelle Geschichtswissenschaftler den dilettierenden Historiker aus dem Kreml erneut widerlegen. Ihm ist es aber egal, was die Wissenschaftler von seinem Aufsatz halten werden. Für Putin ist Geschichte keine Wissenschaft, sondern nur ein Komplex miteinander konkurrierender Meinungen. Putin geht es nicht um Wahrheitssuche – für ihn ist es viel wichtiger, den westlichen Eliten seine These vom „antisemitischen und russlandfeindlichen Polen“ zu verkaufen.

Es gibt ein interessantes Detail: Am ausführlichsten hat sich Putin über Polen Ende Dezember 2019 auf dem informellen

Gipfeltreffen der GUS geäußert, das die Vorbereitung der Festlichkeiten zum 75. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg zum Inhalt hatte, die im Mai 2020 begangen werden sollten.

In der Ära Putin spielt der 9. Mai eine wichtige Rolle, um das autoritäre politische Regime zu legitimieren und die Russen um Putins Figur herum zu konsolidieren. Alle fünf Jahre werden die Festlichkeiten zum Tag des Sieges besonders pompös und stets in Anwesenheit ausländischer Staats- und Regierungschefs ausgerichtet. Deren Teilnahme gilt als Bestätigung des imperialen Status von Putins Russland und als Rechtfertigung des russischen Geschichtsnarrativs, in dem Stalin und die UdSSR ausschließlich als Befreier von der „braunen Pest“ und nicht als Mittäter an furchtbaren Verbrechen figurieren. Darüber hinaus sorgen solche Veranstaltungen dafür, dass die ältere Generation westlicher Politiker an ihren Phobien aus der Zeit des Kalten Krieges festhält. Diese Politiker schauen auf Russland, sehen aber die UdSSR. Der Kreml nutzt das geschickt aus, indem er dem Westen nichtexistierende Gefahren verkauft.

Darum kommt der Anzahl von ausländischen Delegationen höchsten Ranges, die am 9. Mai in Moskau anwesend sind, eine kolossale Bedeutung zu. 2005, zum 60. Jahrestag des Sieges, waren 53 Staats- und Regierungschefs mit von der Partie. Für Aufsehen sorgte damals die Weigerung von Estland und Litauen, an den Feierlichkeiten teilzunehmen. Aber da die Liste der ausländischen Gäste so beeindruckend war, fiel ihre Abwesenheit nicht weiter auf. Damit ließ der Kreml alle wissen: Die Geschichte wird von Siegern geschrieben, und über diese wird bekanntermaßen nicht gerichtet, und man kommt an Russland nicht vorbei, so oder so. Einzig und allein EU-Kommissionsmitglied Günter Verheugen zeigte damals Solidarität mit den baltischen Staaten. Die Kremlblätter bezeichneten ihn als „weiße Krähe“ und hoben besonders hervor, dass EU-Kommissionschef José Manuel Barroso und mehrere weitere Kommissionsmitglieder, so Benita Ferrero-Waldner, Peter Mendelsohn und Javier Solana, ihre Teilnahme zugesagt hatten.

Schrumpfender Einfluss

In den letzten 15 Jahren von Putins Regierungszeit ist jedoch der russische Einfluss auf die internationale Politik erheblich geschrumpft, obwohl Russland in der Lage war, nicht nur der Ukraine und Georgien, sondern auch dem Westen eine ganze Reihe sicherheitspolitischer Probleme zu bereiten. Das schlug sich auch in den Besucherzahlen anlässlich der traditionellen Feierlichkeiten in Moskau nieder. 2015 waren nur noch 21 Staatschefs anwesend.

Schon jetzt liegt auf der Hand, dass es Putin in diesem Jahr nicht möglich sein wird, den Russen und der Welt zu demonstrieren, dass Russland – wie es Barack Obama einmal gesagt hat – nicht nur eine regionale Macht, die sich verzweifelt an die Überreste des sowjetischen Einflusses klammert, sondern eine „Großmacht“ mit weltweiten Interessen ist. Es waren sowieso nicht besonders viele Politiker von Weltruf, die am 9. Mai auf dem Roten Platz dabei sein wollten. Jetzt aber, nachdem die Feierlichkeiten zum Tag des Sieges wegen der Covid-19-Epidemie auf einen späteren Zeitpunkt verlegt wurden, kann man davon ausgehen, dass die Loge für die ausländischen Gäste nicht überbelegt sein wird. Bis auf Emmanuel Macron, der sich in seinen Kombinationen in Bezug auf Russland ordentlich verheddert hat, werden wir wohl kaum einen westlichen Staats- oder Regierungschef in Moskau zu Gesicht bekommen.

● **Dr. Igor Grezkij** ist Historiker und Dozent am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an der Staatlichen Universität St. Petersburg.

75 Jahre Kriegsende

Eine Niederlage, kein Sieg

Bei der Deutung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs geht eine Perspektive zumeist unter – das **Schicksal der von der Sowjetunion besetzten Länder**. Was für die Bolschewisten ein Sieg war, wurde für Polen und andere zur abermaligen Katastrophe

VON PIOTR ZYCHOWICZ

Am 9. Mai sollte wieder dieselbe Vorstellung wie in jedem Jahr stattfinden. Doch das Corona-Virus hat vorerst Wladimir Putins Pläne durchkreuzt, sodass er seine Show zur Feier des Sieges über Deutschland absagen musste. Deshalb werden – vorerst – keine Soldaten in Uniformen der Roten Armee in ihren Stiefeln über das Pflaster poltern, und Moskau wird nicht mit Hammer- und Sichel-Fahnen sowie mit Stalinporträts geschmückt. Doch später wollen Putin und seine Freunde die Parade nachholen und den „sowjetischen Sieg über den Faschismus“ feiern.

Kein Grund zum Jubel

Polen teilt diese Freude nicht. Was für die Bolschewisten ein Sieg war, stellte für Polen eine entsetzliche Niederlage dar. Vielleicht sogar eine schmerzlichere als die Niederlage Deutschlands. Beim Anblick der Rotarmisten sehen die Polen keine „Befreier“, sondern Besatzer. Vor unseren Augen erscheinen:

- der Überfall am 17. September 1939, als die Sowjetunion das im Krieg mit Deutschland blutende Polen von hinten angriff
 - die Besetzung halb Polens durch die Bolschewisten von 1939 bis 1941
 - die Deportation von 350.000 Polen nach Sibirien und Kasachstan
 - das Massaker von Katyń 1940, als der NKWD 22.000 polnische Offiziere und andere Vertreter der Elite hinrichtete
 - bolschewistische Verbrechen an Gefangenen, zu denen es 1941 nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges kam
 - Morde, Vergewaltigungen und Raubüberfälle, die den Einmarsch der Roten Armee nach Polen in den Jahren 1944 und 1945 begleiteten
 - die Wegnahme des halben polnischen Staatsgebiets mit unseren zwei geliebten Städten Wilno/Wilna und Lwów/Lemberg
 - die Besetzung Polens und Einsetzung eines marionettenhaften kommunistischen Regimes, das bis 1989 regierte.
- Der Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs ist für Polen ein trauriger Anlass. Wir können uns darüber nicht freuen. Polen büßte durch den Krieg die Hälfte seines Staatsgebiets und seine Unabhängigkeit ein. Unsere Hauptstadt wurde während des Warschauer Aufstands zerstört, wir verloren einige Millionen Menschen, darunter einen erheblichen Teil der Elite. Sie wurden Opfer deutscher, sowjetischer und ukrainischer Verbrechen.

Die Polen betrachten also die Geschichte des Zweiten Weltkriegs gänzlich anders als das Regime Putins, der seine „historische Politik“ auf Thesen der sowjetischen Propaganda stützt. Er versucht, die Identität der jetzigen Russen auf dem Mythos „des Großen Vaterländischen Kriegs“ und der „Befreiung“ Europas von Hitlers Unterjochung aufzubauen. Diese grundsätzlich verschiedene Beurteilung der Vergangenheit führt natürlich zu Spannungen. Die Geschichte wird zu einem der Konflikttherde zwischen Polen und Russland.

Demontagen von Denkmälern

Ein Anzeichen dafür ist der Streit über die Demontage von Denkmälern, die eine Danksagung an die Rote Armee darstellen. Zu Zeiten des kommunistischen Re-



Postkommunistischer Denkmalsturz: Wie hier im schlesischen Liegnitz (Legnica) wurden seit 1990 in der Republik Polen die Denkmäler zur Erinnerung an das Kriegsende demontiert. *Foto: Xyz*

über einem Gesprächspartner hat ihre Grenzen. Doch ist anzumerken, dass Lipskis Aussage nicht der Ausrottung der Juden galt. Denn 1938 konnte diese noch niemand vorhersehen, die Wannsee-Konferenz fand vier Jahre später statt. Lipski sprach mit Hitler über eine Massenauswanderung der Juden. Seine Aussage betraf eben dies. Polen unterstützte in den 30er Jahren die zionistische Ideologie und arbeitete mit Zew Zabotyński, Menachem Begin und anderen zionistischen Revisio-nisten zusammen. Die Regierung in Warschau sprach sich für den Aufbau eines jüdischen Staates in Palästina aus, wohin ein beträchtlicher Teil der polnischen Juden auswandern würde. Wie aus erhaltenen Dokumenten des polnischen Außenministeriums hervorgeht, schlossen die polnischen Machthaber jedoch von Anfang an alle radikalen Vorschläge einer „Lösung der Judenfrage“ aus, wie sie vom nationalsozialistischen Regime in Deutschland lanciert wurden.

Das alles bedeutet natürlich nicht, dass Polen keinerlei Fehler beging. In Polen wird seit Jahren eine hitzige Debatte über unsere Politik am Vorabend und während des Zweiten Weltkriegs geführt. Einerseits beteiligen sich daran Romantiker, die apologetisch alle Beschlüsse unserer Regierenden preisen. Andererseits Realisten, die sie sehr kritisch betrachten. Ich gehöre zur zweiten Gruppe. Ich bin der Meinung, dass Polen zwei fatale Fehler beging:

- 1) 1939 entschloss sich Polen, das britische Garantieabkommen zu akzeptieren, dessen Folge ein Zweifrontenkrieg gegen die Deutschen und die Sowjets war.
- 2) 1944 entschloss sich die Leitung der Heimitarmee im Untergrund, den Warschauer Aufstand auszulösen. Dieser hatte keinerlei Aussichten auf Erfolg. Er wurde von den Deutschen blutig niedergeschlagen. Die polnische Hauptstadt wurde zerstört, 150.000 Einwohner verloren ihr Leben.

Mit den Urhebern der beiden selbstmörderischen Beschlüsse wird die Geschichte streng ins Gericht gehen.

Vorbild Deutschland

Zum Schluss noch ein Gedanke zum polnisch-russischen „Krieg um die Erinnerung“. Mit Genugtuung stellt man fest, dass in diesem Bereich die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland nahezu ideal sind. Die Aussöhnung markiert der berühmte Brief polnischer Bischöfe an deutsche Bischöfe von 1965: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“

Es zeigt sich ein eklatanter Unterschied zwischen der Art, wie die Deutschen mit ihrer totalitären Vergangenheit abrechneten, und der Art, wie Russland mit ihr „abrechnet“. Das ist ein weiterer von tausend Gründen, warum der Platz des jetzigen Polens im Westen und nicht im Osten ist. Im Bündnis mit Berlin, aber nicht im Bündnis mit Moskau.

● **Piotr Zychowicz** ist Publizist und Historiker. Er ist Chefredakteur des Magazins „Historia do Rzeczy“ (Geschichte zur Sache) sowie Verfasser zahlreicher Bücher, u.a. „Pakt Ribbentrop-Beck“ und „Obłąd '44“ (Irrsinn '44). dorzecy.pl

gimes wurden sie – wie auch in der DDR – in jeder größeren Ortschaft aufgestellt. Die Polen sahen in ihnen von Anfang an Denkmäler von Besatzern und verstanden sie als Demütigung. Es ist also nicht verwunderlich, wenn jetzt – da Polen unabhängig ist – die Relikte der sowjetischen Herrschaft aus dem öffentlichen Raum entfernt werden. Wir wollen nicht, dass Passanten auf polnischen Straßen mit Symbolen eines völkermordenden totalitären Regimes konfrontiert werden: mit roten Sternen, Hammer und Sichel.

Die Demontage sowjetischer Denkmäler erregt allerdings Moskaus Unmut. Es beschuldigt Polen der mangelnden „Dankbarkeit“ gegenüber den Sowjetsoldaten, die Polen von der deutschen Besatzung „befreiten“. Polen weist dies mit der Begründung zurück, dass es keinen Grund gebe, der Roten Armee „dankebar“ zu sein.

Weitere Streitfelder

Ein weiterer Konflikttherd sind Fragen zu postsowjetischen Archiven, die den Forschern verschlossen sind. Russland verweigert Polen die Übermittlung der sogenannten weißrussischen Katyń-Liste; das heißt, von Dokumenten zu etwa 3870 Polen, die 1940 in Weißrussland ermordet wurden. Moskau verweigert auch konsequent eine Aussage dazu, wo die Opfer der „Treibjagd von Augustów“ im Juli 1945 begraben sind. Damals entführten sowjetische Einheiten in der Umgebung von Augustów und Suwałki mindestens 600 Polen aus ihren Häusern und richteten sie an einem unbekanntem Ort hin. Ihre Kinder – mittlerweile alt und dem Tode nahe – wissen bis heute nicht, wo die sterblichen Überreste ihrer Nächsten ruhen. Eine Geheimhaltung dieser Informationen ist vonseiten Russlands unmenschlich.

Vor Kurzem konnte die Welt einen weiteren heftigen polnisch-russischen Streit um die Geschichte beobachten. Im Dezember 2019 beschuldigte Wladimir

Wir wollen nicht, dass Passanten auf polnischen Straßen mit Symbolen eines völkermordenden totalitären Regimes konfrontiert werden: mit roten Sternen, Hammer und Sichel

75 Jahre Kriegsende

FRISCH GEPRESST

Zeitgeschichte(n) zum Nachlesen

Auch wenn zum 75. Jahrestag des Kriegsendes vergleichsweise wenige Bücher zum Thema erschienen sind, so gibt es doch ein paar Titel, die zum vertiefenden Lesen einladen. Eine – keineswegs vollständige – kleine Übersicht



Der Endkampf im Überblick

Am 12. Januar 1945 begann die Rote Armee ihre lang erwartete Großoffensive gegen das Deutsche Reich. Binnen kürzester Zeit brach die Ostfront zusammen. Doch obwohl längst keine Hoffnung mehr auf einen Sieg bestand und sie personell und materiell weit unterlegen war, leistete die Wehrmacht vielerorts energischen Widerstand. Allein die Schlacht um die Hauptstadt Berlin dauerte gut zwei Wochen. Am 2. Mai hissten schließlich Soldaten der Roten Armee die sowjetische Flagge über dem Reichstag.

Der Historiker Peter Lieb schildert in diesem schmalen Buch aus der Reclam-Reihe „Kriege der Moderne“, herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, übersichtsartig die wichtigsten Ereignisse der letzten Kriegsmomente und erklärt, weshalb die Kämpfe in dieser Zeit noch einmal so viele Opfer gefordert haben. Dabei veranschaulicht der die gewaltige Vernichtungskraft des von Adolf Hitler ausgelösten Kriegs.

Peter Lieb
Die Schlacht um Berlin und das Ende des Dritten Reichs 1945

Reclam-Verlag 2020,
Klappenbroschur, 160 Seiten,
67 Abbildungen, 10 Karten,
ISBN: 978-3-15-011272-4,
14,95 Euro



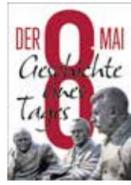
Agonie und Anarchie

Die letzte Woche des Dritten Reiches hat begonnen. Hitler ist tot, aber der Krieg noch nicht zu Ende. Alles scheint zum Stillstand zu kommen, und doch ist alles in atemloser Bewegung. Der Historiker Volker Ullrich schildert Tag für Tag dieser „zeitlosen Zeit“ und entführt den Leser in eine zusammenbrechende Welt voller Dramatik und Hoffnung, Gewalt und Angst. Sein Buch ist eine unvergessliche Zeitreise in den Untergang.

Während die Regierung Dönitz nach Flensburg ausweicht, rücken die alliierten Streitkräfte unaufhaltsam weiter vor. Es kommt zu einer Selbstmordepidemie und zu Massenvergewaltigungen. Letzte Todestmärsche, wilde Vertreibungen, abtauchende NS-Bonzen, befreite Konzentrationslager – all das gehört zu jener „Lücke zwischen dem Nichtmehr und dem Noch-nicht“, die Erich Kästner am 7. Mai 1945 in seinem Tagebuch vermerkt.

Aus historischen Miniaturen und vielen kleinen Mosaiksteinen hat Volker Ullrich ein spannendes Panorama der letzten „Acht Tage im Mai“ zusammengestellt.

Volker Ullrich
Acht Tage im Mai. Die letzte Woche des Dritten Reiches
Verlag C.H. Beck 2020,
gebunden, 317 Seiten, 21 Abbildungen
und 1 Karte, ISBN: 978-3-406-74985-8
24 Euro



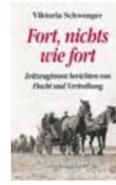
Panorama eines Schicksalstags

Dieses Buch lässt den 8. Mai 1945 in einer vielstimmigen Erzählung lebendig werden. Es führt in das gleichzeitige Geschehen an verschiedenen Orten und versammelt Aussagen unterschiedlicher Akteure und lässt somit teilhaben am Erleben Betroffener und Beteiligten. Was machten Stalin, Churchill, Truman, aber auch Keitel, Schukow und Eisenhower an jenem Tag?

Die Erzählung führt aber auch zu vielen anderen, etwa zu einer jungen Berlinerin, der ein sowjetischer Offizier einen Stoffballen auf den Tisch wirft und verlangt, dass sie über Nacht eine US-amerikanische Flagge zur Siegesfeier näht. Oder zu einem Deutschen, der als Leutnant der Roten Armee in seine zerstörte Heimatstadt Berlin einzieht. Oder zu der Rotarmistin, der ein Vorgesetzter am Morgen des 8. Mai ein Kästchen mit dem Gebiss Hitlers übergibt, das sie zur medizinischen Begutachtung bringen soll, um den Tod des „Führers“ zu beweisen.

Die Herausgeber Alexander Rahr und Wladimir Sergijenko haben historische Dokumente und kostbare, wenig bekannte Zeitzeugenberichte gesichtet und zu einer einzigartigen Erzählung verarbeitet.

Alexander Rahr/Wladimir Sergijenko (Hg.)
Der 8. Mai. Geschichte eines Tages
Verlag Das Neue Berlin 2020, gebunden,
224 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen,
ISBN: 978-3-360-01358-3, 22,- Euro



Flucht und Vertreibung

Mit zahlreichen persönlichen Erinnerungsbänden hat sich das Rosenheimer Verlagshaus in den vergangenen Jahren einen Namen gemacht.

In diesem Buch vereint die Herausgeberin Viktoria Schwenger die Erlebnisberichte von zehn inzwischen hochbetagten Damen um die Neunzig, die ihr ihre Geschichten von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung anvertraut haben. Sie flohen aus ihrer jeweils angestammten Heimat im Sudetenland, in Sachsen und andernorts, um den Gräueltaten der Besatzer zu entkommen. Nur mit dem Allernötigsten ausgestattet machen sie sich auf den Weg in den Westen, bei einigen sind die Männer nicht aus dem Krieg zurückgekehrt oder deren Verbleib ist ungeklärt.

So werden die Leser Zeugen brutaler, aber auch ergreifender Ereignisse bei und nach Kriegsende sowie auch während der Wiederaufbauzeit nach dem Kriege. Es sind ergreifende Schicksale, wie nur das Leben sie schreiben kann.

Viktoria Schwenger
Fort, nichts wie fort. Zeitzeuginnen berichten von Flucht und Vertreibung
Rosenheimer Verlagshaus 2020,
gebunden, 231 Seiten, zahlreiche
Abbildungen, ISBN: 978-3-475-54857-4,
14,95 Euro



Weltkrieg im Überblick

Zum 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs hat der britische Historiker Andrew Roberts Ursachen und Verlauf des globalen Kriegs neu erzählt. Seine Darstellung verbindet mit großer Anschaulichkeit und einem souveränen Überblick die zahlreichen Kriegsschauplätze.

Roberts folgt der Frage, warum die Achsenmächte den Krieg verloren: tatsächlich durch strategische Fehler und aus ideologischer Verblendung oder wegen der Übermacht der Alliierten? Im Mittelpunkt steht die Militärgeschichte mit ihren Operationen und Schlachten zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie dem Wettlauf der Rüstungsproduktion und Informationsbeschaffung. Dabei stellt Roberts alle Kriegsschauplätze in Europa, Afrika und Asien, im Atlantik und Pazifik gleichberechtigt dar. Die großen Zusammenhänge im Auge behaltend, erzählt der Autor souverän von den Schicksalen der Politiker und Generäle, der Soldaten in den Schützengraben und Sandstürmen und nicht zuletzt der unzähligen Opfer dieses größten Krieges aller Zeiten.

Andrew Roberts
Feuersturm. Eine Geschichte des Zweiten Weltkriegs
Verlag C.H. Beck 2019, 896 Seiten,
mit 52 Abbildungen, 22 Karten und drei
Grafiken, ISBN: 978-3-406-70052-1
39,95 Euro

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.

Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!

Prämie: 40 Euro
Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Bestellen Sie ganz einfach
unter (040) 41 40 08 42



Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z.Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name/Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

Konto: BLZ:

Bank:

Datum, Unterschrift: